

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Pettzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Das Resultat.

Die Tarifverhandlungen in Leipzig sind am Abend des 6. April zu Ende geführt worden. Die Schlichtungskommission hatte in den drei Tagen vom 4. bis 6. April ihre Schiedssprüche gefällt, welche in einer Schlußsitzung am letzten Tage, abends 7 Uhr, den Vertretern der Zentralvorstände verkündet wurden.

Bevor wir auf das nun vorliegende Ergebnis der langwierigen Verhandlungen eingehen, dürfte es angebracht sein, zunächst einen kurzen Rückblick auf den Gang derselben zu werfen. Dieser Rückblick führt uns zu den vorjährigen Verhandlungen in Berlin, welche das Ende der großen Aussperrung herbeiführten. Damals, im Mai v. J., war mit dem Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes nebenher auch vereinbart worden, daß die beiderseitigen Zentralvorstände in gemeinsamer Beratung eine Klasseneinteilung der deutschen Städte hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit vornehmen sollten. Diese Aufgabe wurde auf der Konferenz in Cassel im Oktober 1907 auch in Angriff genommen. Die vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes vorgelegten Grundsätze für die Klassifikation wurden von den Vertretern des Arbeitgeberschutzverbandes im allgemeinen anerkannt, und nach kurzer Erörterung derselben ging man zu der praktischen Frage über, in welche Klasse diejenigen Städte einzuteilen seien, deren Verträge im nächsten Jahre ablaufen würden. Bei dieser Gelegenheit bereits wurde von Arbeitgeberseite die Erklärung abgegeben, daß diese Verträge sämtlich von ihnen gekündigt werden würden, um sie auf einen gemeinsamen Termin zu erneuern, das heißt sie sollten den gleichen Ablauftermin erhalten wie die im Mai 1907 in Berlin abgeschlossenen Verträge, den 12. Februar 1910. Dieser Ansicht traten unsere Vorstandsvorteiler sofort mit ganzer Entschiedenheit entgegen und erklärten eine Einigung auf der Grundlage zweijähriger Verträge für absolut ausgeschlossen, wohl aber könnten die neuen Verträge mit einem einheitlichen Ablauftermin im Jahre 1911, eventuell auch im Jahre 1912 abgeschlossen werden.

Das Ergebnis der Konferenz in Cassel war die Vereinbarung, aus allen beteiligten Städten je drei Arbeitgeber- und Arbeitervertreter zu mündlicher Verhandlung nach Berlin einzuladen. Diese „Friedenskonferenz“, wie sie in der Presse benannt wurde, fand im Dezember v. J. im Berliner Rathaus unter Vorsitz des Herrn v. Schulz statt. Daß sie einen völlig negativen Verlauf nahm, wird unseren Lesern noch deutlich genug in Erinnerung sein. Von den Arbeitgebern war anscheinend der ganze Zweck der Konferenz nur dahin aufgefaßt worden, die Forderungen der Arbeiter kennen zu lernen, um damit auf Agitation gehen zu können. Im übrigen erklärten sie der Reihe nach, daß an irgendwelche Bewilligungen in Rücksicht auf die niedergehende Konjunktur gar nicht zu denken sei.

Die Konferenz in Berlin ging also aus wie das Hornberger Schießen, nachdem die Arbeitgeber sich bemüht hatten, mit Aussperrungsdrohungen unsere Kollegen einzuschüchtern. Nur ein praktisches Ergebnis war dabei herausgekommen, nämlich eine Vereinbarung der Zentralvorstände, eine besondere Kommission für die Klassifikation der Städte einzusetzen, welche aus je einem Arbeitgeber- und Arbeitervertreter der Städte Leipzig, Dresden, Görlitz, Kiel, Düsseldorf und Mainz gebildet werden und bereits im Januar in Leipzig zusammentreten sollte, damit auf diese Weise die Frage der Arbeitszeitverkürzung aus den örtlichen Verhandlungen ausgegliedert werden könne.

Am 1. Januar 1908 hatte der Arbeitgeberschutzverband seine Drohung wahr gemacht und sämtliche Verträge seinerseits gekündigt. Unsere Kollegen nahmen darauf in allen Städten eine zuwartende Stellung ein, was den Arbeitgebern jedoch gar nicht behagte. Wenige Tage vor dem projektierten Zusammentritt der Kommission in Leipzig versuchte der Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes in ganz unzulässiger Weise einen Druck auf unseren Vorstand auszuüben, die Verhandlungen in den Städten mit überstürzter Eile zu führen. Den ursprünglichen Plan, die Kommission in Leipzig nur über die Arbeitszeit entscheiden zu lassen, hatten die Arbeitgeber nachträglich als für unzweckmäßig erkannt, und so wurde der bereits auf 27. Januar an-

beraumte Zusammentritt der Kommission bis in den März verschoben, um bis dahin die örtlichen Verhandlungen in den beteiligten Städten zu Ende zu führen und der Leipziger Schlichtungskommission alsdann sämtliche Streitpunkte zur schiedsgerichtlichen Entscheidung zu überweisen.

An den letzten Verhandlungen der Städte nahmen auch Vertreter der beiderseitigen Zentralvorstände teil, die zu diesem Zweck mehrere Wochen von einer Stadt zur anderen unterwegs waren. Der Erfolg war gleich Null, da die Arbeitgeber sich fast nirgends zu nennenswerten Zugeständnissen bereit finden ließen. Es hatte also ganz den Anschein, daß ein ausgedehnter Kampf unvermeidlich sein werde, um so mehr als gleichzeitig die Kampfstimmung im Baugewerbe immer erregter wurde.

Der schwierigste Punkt, an welchem immer wieder die ganzen Verhandlungen zwischen den Zentralvorständen zu scheitern drohten, war bis zuletzt das Verlangen des Arbeitgeberschutzverbandes, die neuen Verträge nur bis 12. Februar 1910 laufen zu lassen. Man muß es dem Vorstand des Schutzverbandes lassen, in diesem Punkte hat er mit einer seltenen Zähigkeit und Ausdauer gekämpft. Ebenso entschieden aber verharteten unsere Vertreter bei ihrer Ablehnung dieses unberechtigten Verlangens und ließen keinen Zweifel darüber, daß der Deutsche Holzarbeiterverband fest entschlossen sei, eventuell sogar auf der ganzen Linie einen Kampf um den Ablauftermin aufzunehmen. Hier von möchte der Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes sich endlich auch überzeugen haben, worauf dann der 11. Februar 1911 als Ablauftermin für die neuen Verträge auch von ihm anerkannt wurde.

Über die am 25. März begonnenen Verhandlungen in Leipzig, über die Zusammenfassung der Schlichtungskommission, die Namen der verhandelten Städte und über die Art der gepflogenen Verhandlungen haben wir in den beiden letzten Nummern schon kurz berichtet. Zu großen Hoffnungen berechtigten auch diese Verhandlungen zunächst nicht, denn kaum jemals früher haben die Arbeitgeber sich so wenig bewilligungslustig gezeigt als diesmal. Anfang und Ende ihrer Reden war stets, daß die schlechte Konjunktur sie eher zwingt, Lohnabzüge vorzunehmen, als daß sie zu Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung in der Lage seien. So mußte in den langwierigen Verhandlungen um jede einzelne Stunde Arbeitszeitverkürzung in der Woche und um jeden ein Pfennig Lohnhöhung von unseren Kollegen ebenso hartnäckig als andauernd gekämpft werden, und dieser Kampf mit guten Gründen setzte sich zum Schluß in den internen Beratungen der Schlichtungskommission noch drei Tage lang fort, wofür unseren Kollegen, welche in die Kommission gewählt waren, volle Anerkennung und Dank gebührt.

Leicht war die der Kommission übertragene Funktion überhaupt nicht, insbesondere nicht für ihren Vorsitzenden Freiherrn v. Berlepsch. Wir haben unsere volle Befriedigung über seine Leitung der Verhandlungen bereits in unserer Nr. 15 ausgesprochen. Uneringeschränkte Anerkennung wurde ihm auch in der Schlußsitzung in Leipzig am Abend des 6. April zu teil.

Deinhardt richtete seinen Dank hauptsächlich an den Vorsitzenden v. Berlepsch. Mit großer Liebe habe er sich der schwierigen Aufgabe gewidmet und dieselbe nun auch zu einem guten Ende geführt. Dafür sei ihm herzlich Dank geschuldet.

Leipart führte im Namen der Arbeitervertreter aus, daß die Tätigkeit der Schlichtungskommission draußen im Lande nur mit geteiltem Beifall aufgenommen, daß es viele Enttäuschungen geben würde. Daraus könne aber kein Vorwurf für die Kommissionsmitglieder hergeleitet werden, welche beiderseitig wohl das ehrliche Bestreben hatten, unter Wahrung der Interessen ihrer Mandatgeber die richtige Entscheidung zu treffen. Für ihre anstrengende Mühe gebühre der Kommission aufrichtiger Dank, den er insbesondere auch dem Vorsitzenden für sein großes Interesse und seine unermüdete Hingabe abstatte.

v. Berlepsch erwiderte hierauf, daß er keinen Dank zu beanspruchen habe. Im Gegenteil, er selbst sei den beiderseitigen Parteien zu Dank verpflichtet. Wohl müsse er sagen, daß er sich die ihm übertragene Funktion nicht so schwer vorgestellt hatte. In seinem Leben sei er vor viele schwierige

Aufgaben gestellt gewesen, aber es war kaum eine so schwierige darunter, als die jetzt beendete. Dennoch spreche er seinen Dank dafür aus, denn die Übertragung des Schiedsrichtersamtes sei für ihn nicht bloß eine Ehre, sondern auch eine Freude gewesen. Er habe darin einen wohlthuenden Beweis von Vertrauen erblickt, und es freue ihn, daß ihm in seinen alten Tagen noch Gelegenheit geboten wurde, praktisch mitzuhelfen an der Sicherung eines dreijährigen Friedens in einem so großen Gewerbe. Bei seiner Beobachtung der Vorgänge sei er immer mehr zu dem Erkenntnis gelangt, daß es keinen anderen Weg als den des kollektiven Tarifvertrags gebe, um die opferreichen Arbeitskämpfe zur Befriedigung beider Teile zu beenden. Allerdings sei damit der Friede keineswegs für alle Zeit herbeigeführt, und auch das hier geschaffene Werk sei erst ein kleiner Schritt auf dem Wege zu einem größeren Ziel. Die Hauptsache sei, daß auch in der Zukunft beide Parteien ihren Vorteil in den Tarifverträgen erkennen, durch einen möglichst langdauernden Frieden im Gewerbe seien die Interessen der Arbeitgeber wie der Arbeiter am besten gewahrt. In diesem Sinne hoffe er, daß das unter seiner Leitung hier geschaffene Werk beide Teile befriedigen werde.

Anschließend lassen wir nunmehr das gesamte Ergebnis der Verhandlungen und der Schiedssprüche in den hauptsächlichsten Punkten folgen:

1. Stuttgart: Arbeitszeitverkürzung von 54 auf 53 Stunden ab 12. Februar 1910 nebst Lohnausgleich. Ferner Lohnerhöhung sofort 3 Pfg. pro Stunde und 5 Prozent Affordauschlag.

2. Cassel: Lohnerhöhung 2 Pfg. am 1. Juli 1909 und 1 Pfg. pro Stunde am 1. Juli 1910. Ferner ist ausgesprochen und protokolliert worden, daß in der nächsten Vertragsperiode die 53 stündige Arbeitszeit (jetzt 54 Stunden) eingeführt werden muß.

3. Eisenach: Arbeitszeitverkürzung von 59 auf 58 Stunden am 12. Februar 1909 und auf 57 Stunden am 12. Februar 1910 bei gleichem Wochenverdienst, außerdem am 12. Februar 1909 und am 12. Februar 1910 je 1 Pfg. Lohnerhöhung. Mindestlöhne steigern sich dementsprechend.

4. Chemnitz: Arbeitszeitverkürzung von 57 auf 56 Stunden am 1. April 1908 und auf 55 Stunden am 1. April 1910. Lohnerhöhung 2 Pfg. am 1. April 1908, 1 Pfg. am 1. April 1909 und 1 Pfg. am 1. April 1910. Erhöhung des Mindestlohnes von 87 auf 42 Pfg. am 1. April 1908, auf 43 Pfg. am 1. April 1909 und auf 44 Pfg. am 1. April 1910. Erhöhung der Affordsätze um 3 bis 8 Prozent, im Durchschnitt mindestens 5 Prozent.

5. Straßburg: Arbeitszeitverkürzung von 60 auf 59 Stunden am 1. April 1908, auf 58 Stunden am 1. April 1909. Der Schiedsspruch spricht ferner aus, daß die Arbeitszeit in der nächsten Vertragsperiode auf 57 Stunden verkürzt werden soll. Lohnerhöhung 2 1/2 Pfg. am 1. April 1908, 1 1/2 Pfg. am 1. April 1909 und 1 Pfg. am 1. April 1910. Der Stundenlohn erhöht sich hierdurch von 35 auf 40 Pfg.

6. Jena: Arbeitszeitverkürzung von 57 auf 56 Stunden am 1. April 1909. Lohnerhöhung 1 Pfg. am 1. April 1908, 2 Pfg. am 1. April 1909 und 1 Pfg. am 1. April 1910. Diese Lohnerhöhung findet auf die Affordpreise sinngemäße Anwendung. Bezüglich Lohngarantie bei Affordarbeit wurde durch Schiedsspruch die Fassung des Stuttgarter Vertrages zugestanden.

7. Elbing: Verkürzung der Arbeitszeit von 57 1/2 auf 57 Stunden am 12. Februar 1909 bei bisherigem Wochenlohn. Lohnerhöhung 1 Pfg. am 12. Februar 1909 und 2 Pfg. am 12. Februar 1910. In derselben Weise und unter Berücksichtigung des Ausgleiches der Arbeitszeit tritt eine Erhöhung der Mindestlöhne ein. Die Affordsätze erhöhen sich in demselben Verhältnis.

8. Posen: Verkürzung der Arbeitszeit von 58 auf 57 Stunden am 12. Februar 1909 und auf 56 Stunden am 12. Februar 1910. Neben dem Lohnausgleich bei der Verkürzung der Arbeitszeit tritt am 1. April 1908 und am 1. Oktober 1909 je 1 Pfg. Lohnerhöhung ein. Erhöhung des Mindestlohnes entsprechend den Lohnerhöhungen und dem Lohnausgleich bei Verkürzung der Arbeitszeit.

9. Forst: Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 56 Stunden am 12. Februar 1909. Lohnerhöhung 2 Pfg. am 12. Februar 1909 und 1 Pfg. am 12. Februar 1910. Der Durchschnittslohn beträgt 85 Pfg. pro Stunde. In der nächsten Vertragsperiode soll die 55 stündige Arbeitszeit eintreten.

10. **Ludenshalde:** Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 56 Stunden am 12. Februar 1909, auf 55 Stunden am 1. Oktober 1910. Aufbesserung der Akkordpreise um 2 Prozent am 12. Februar 1909 und um 3 Prozent am 1. Oktober 1910, für Drechsler Lohnerhöhung 1 Pf. am 1. April 1908, 1 Pf. am 12. Februar 1909 und 1 Pf. am 1. Oktober 1910 sowie Lohnausgleich bei der Verkürzung der Arbeitszeit. Für Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter tritt bei der Verkürzung der Arbeitszeit neben dem Lohnausgleich eine Erhöhung des Stundenlohnes um je 1 Pf. ein. Die vorhandenen Durchschnittslöhne sollen gemeinsam festgestellt und normiert werden und erhöhen sich entsprechend den Lohnerhöhungen und dem Lohnausgleich.

11. **Darmstadt:** Lohnerhöhung 2 Pf. am 12. Februar 1909 und 1 Pf. am 12. Februar 1910. Der Mindestlohn erhöht sich von 19 Mk. auf 21,60 Mk. (40 Pf. pro Stunde) am 1. April 1908.

12. **Essen:** Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 55 Stunden am 1. April 1909 und auf 54 Stunden am 1. Oktober 1910. Außer dem Lohnausgleich tritt am 1. April 1909 und am 1. Oktober 1910 eine Lohnerhöhung von je 1 Pf. pro Stunde ein. Die Durchschnitts- und Mindestlöhne erhöhen sich dementsprechend.

13. **Detmold:** Verkürzung der Arbeitszeit von 56 auf 55 Stunden am 12. Februar 1910 mit Ausgleich des Lohnausfalls. Für Maschinenarbeiter, Feiner, Furnierer und sogenannte vorbereitende Arbeiter, die ein Jahr als solche tätig sind, beträgt der erstmals in den Vertrag aufgenommene Durchschnittslohn 33 Pf. Eine Erhöhung desselben tritt ein

ab 1. Juli 1908 auf 34 Pf. = 3 Prozent Aufschlag
 ab 1. Juli 1909 " 35 " = 4 " "
 ab 1. Juli 1910 " 36 " = 3 " "

Der Durchschnittslohn für Tischler und Drechsler beträgt sofort 44 Pf. Bei Anfertigung neuer Muster werden 44 Pf. garantiert. Bei eventueller Arbeitszeitverkürzung für Tischler wird Ausgleich des Lohnausfalls gewährt.

Der neue Vertrag gilt für das ganze Fürstentum Lippe, dadurch wird die Arbeitszeit in Lage sofort von 57 auf 56 Stunden und am 12. Februar 1910 auf 55 Stunden verkürzt.

14. **Neumünster:** Arbeitszeitverkürzung von 57 auf 56 Stunden am 12. Februar 1909 mit Lohnausgleich. Lohnerhöhung 1 1/2 Pf. am 1. April 1908, 1 Pf. am 1. April 1909 und 1 Pf. am 1. April 1910.

15. **Osnabrück:** Arbeitszeitverkürzung von 57 auf 56 Stunden am 12. Februar 1909. Lohnerhöhung 2 Pf. ab 1. April 1908 und 1 Pf. ab 12. Februar 1909. Der Durchschnittslohn steigt von 41 Pf. am 1. April 1908 auf 45 Pf. am 12. Februar 1909 auf 46 Pf. Für Arbeiten im Bau 2 Pf. Zuschlag pro Stunde.

Bei Akkordarbeiten wird beim ersten Stück der Lohn garantiert. Nach Fertigstellung des ersten Stückes wird mit der Werkstattkommission der Akkordpreis für dieses Stück festgesetzt. Bei Stücken, die sich mit anderen vergleichen lassen, wird der Preis vor der Inangriffnahme, spätestens aber in den ersten drei Tagen von der Werkstattkommission festgesetzt.

16. **Wiesbaden:** Der Durchschnittslohn ist festgesetzt für Bankarbeiter

	über 20 Jahren		unter 20 Jahren
ab 1. April 1908	auf 50 Pf.		auf 40 Pf.
ab 12. Februar 1909	" 51 "		" 41 "
ab 12. Februar 1910	" 52 "		" 42 "

Lohnerhöhung 2 Pf. am 1. April 1908, 1 Pf. am 12. Februar 1909 und 1 Pf. am 12. Februar 1910. Für Maschinenarbeiter ist der Durchschnittslohn nach den derzeitigen Löhnen noch festzustellen und zu normieren.

17. **Potsdam:** Arbeitszeitverkürzung von 54 auf 53 Stunden am 1. Juli 1909. Lohnerhöhung 2 Pf. am 1. April 1909 und 1 Pf. am 1. Juli 1909. Der Durchschnittslohn beträgt sofort 47 1/2 Pf. und steigt sich auf 50 1/2 Pf. pro Stunde.

18. **Frankfurt:** Arbeitszeitverkürzung von 53 auf 52 Stunden am 12. Februar 1910 mit Lohnausgleich. Lohnerhöhung 1 Pf. am 1. April 1908 und 2 Pf. am 1. April 1909. Die ortsüblichen Stundenlöhne betragen für Werkstatt- und Maschinenarbeiter

	über 24 Jahre	von 20 bis 24 Jahre	unter 20 Jahre
ab 1. April 1908	54 Pf.	51 Pf.	41 Pf.
ab 1. " 1909	" 56 "	" 53 "	" 43 "
ab 12. Februar 1910	" 57 "	" 54 "	" 44 "

19. **Magdeburg:** Arbeitszeitverkürzung von 54 auf 53 Stunden am 12. Februar 1910 mit Lohnausgleich. Lohnerhöhung 2 Pf. am 1. April 1909. Die Durchschnittslöhne erhöhen sich dementsprechend. Für Montagearbeiten in Neu- und Umbauten, sofern sie länger als einen Tag dauern, wird ein Zuschlag von 3 Pf. pro Stunde gewährt.

20. **Serford:** Arbeitszeitverkürzung von 57 auf 56 Stunden am 1. September 1908 und auf 55 Stunden am 12. Februar 1910 mit Lohnausgleich. Erhöhung des Durchschnittslohns von 40 Pf. am 1. April 1908 auf 42 Pf., am 1. April 1910 auf 43 Pf. Nachprüfung der Akkordpreise und Erhöhung der ungünstigen Akkordpreise. Für Maschinenarbeiter wird der Durchschnittslohn von 34 Pf. ab 1. April 1908 auf 36 Pf. erhöht. Weitere Lohnerhöhung 1 Pf. ab 1. April 1909 und 2 Pf. ab 1. April 1910. Hilfsarbeiter erhalten denselben prozentualen Zuschlag.

21. **Gberfeld:** Lohnerhöhung 2 Pf. am 12. Februar 1909 und 1 Pf. am 12. Februar 1910. Die Akkordpreise erhöhen sich dementsprechend. Der Durchschnittslohn ist auf 50 Pf. pro Stunde festgesetzt.

22. **Zoppot:** Arbeitszeitverkürzung von 59 auf 58 Stunden am 12. Februar 1909, auf 57 Stunden am 1. Juli 1910 mit Lohnausgleich und je 1 Pf. Lohnerhöhung. Der Durchschnittslohn von 38 Pf. erhöht sich am 12. Februar 1909 auf 40 Pf. und am 1. Juli 1910 auf 42 Pf. Für Arbeiten im Bau, sobald sie länger als einen Tag dauern, 2 Pf. Zuschlag pro Stunde. Montagen über 3 Kilometer von Zoppot entfernt ohne Übernachten 90 Pf., mit Übernachten 2,25 Mk. pro Tag. Die Akkordpreise erhöhen sich entsprechend den Lohnzuschlägen.

23. **Hamburg:** Arbeitszeitverkürzung von 53 auf 52 Stunden am 1. April 1909. Lohnerhöhung 2 Pf. sofort, 1 Pf. am 1. April 1908. Der Mindestlohn erhöht sich sofort von 55 auf 57 Pf. und am 1. April 1909 auf 58 Pf.

Zu den Ergebnissen der Verhandlungen in vorstehender Aufstellung kommen noch eine Reihe sonstiger Vereinbarungen, zum Beispiel über Montagearbeiten, Zuschläge für Überstunden und Nachtarbeit usw., deren Aufzählung im einzelnen zu weit führen würde. Mit der Redaktion der neuen Verträge auf Grund der eingetretener Änderungen ist sofort nach Schluß der Leipziger Verhandlungen begonnen worden. Sobald auch diese Arbeit noch beendet ist, werden die Arbeitgeber und die Arbeiter in allen Städten am gleichen Tage in besonderen Versammlungen über die neuen Verträge endgültig beschließen. Bis zum Erscheinen dieser Nummer werden diese Versammlungen bereits stattgefunden haben.

Die Rechtlosigkeit des preussischen Proletariats.

p. h. Es gibt in Preußen noch immer Leute, die ein Interesse daran haben, nach außen den Anschein zu erwecken, als ob der größte deutsche Bundesstaat zu den konstitutionellen Staaten mit einer wirklichen Volksvertretung gehöre. Dies Märchen wird gründlich zerstört durch die von dem früheren Reichstagsabgeordneten G. v. Gerlach im Buchverlag der „Gilde“ erschienene Geschichte des preussischen Wahlrechtes, ein Buch, das, wenngleich es von kleinen Irrtümern nicht frei ist, doch dem preussischen Proletariat eine wertvolle Waffe in seinem Befreiungskampfe ist, gleichzeitig aber 60 Jahre innerpreussischer Politik schildert, die ebenso viele Jahre preussischer Schande bedeuten.

Nicht genug damit, daß man dem preussischen Volke das höchste Recht, für dessen Eringung die Helden von 1848 ihr Leben gelassen haben, durch einen frechen Staatsstreich, durch die Diktatorisierung des Dreiklassenwahlsystems, geraubt hat, nicht genug damit, daß bisher noch keine Regierung sich bemüht hat, die Sünden der Reaktion von 1849 wieder gut zu machen und dem Volke den ihm gebührenden Anteil an der Gesetzgebung zu gewähren, hat man das „elendeste aller Wahlsysteme“ dazu benutzt, um systematisch den Willen der Wähler zu fälschen. Diesem Zweck diene vor allem die öffentliche Stimmabgabe.

Man hat außerhalb Preußens kaum eine Vorstellung, welchen Mißbrauch die Regierung von jeher mit dem öffentlichen Stimmrecht getrieben hat. Derartige Wahlmißbräuche sind in Preußen bis auf den heutigen Tag an der Tagesordnung, die öffentliche Stimmabgabe ist in der Hand der Regierung und der herrschenden Klassen zu einem Mittel geworden, wirtschaftlich abhängige Existenzen unter Androhung des wirtschaftlichen Unterganges zur Heuchelei zu zwingen. Wer aber den Mut hat, wider den Stachel zu läden und seine politische Überzeugung frei zu betätigen, gegen den wird ein Terrorismus ausgetrieben, wie er sonst nirgends zu denken ist.

In dieser Beziehung hat v. Gerlach ein reichhaltiges Material zusammengetragen. Bereits in den fünfziger Jahren legte der Liberale Georg v. Winde dem Abgeordnetenhaus öffentliche Aktenstücke vor, wodurch nicht bloß einzelne in ihren Nahrungsverhältnissen bedroht worden sind, sondern sogar mit Nachtteilen, die ihre Mitbürger in den betreffenden Wahlbezirken treffen, wenn sie anders stimmen. In der Konfliktzeit, als die Wahl von Fortschrittler als Verbrechen angesehen wurde, ließ namentlich die Potsdamer Militärbehörde es sich angelegen sein, allen Gewerbetreibenden, die liberal gewählt hatten, ihr Einkommen zu schmälern, indem sie den Soldaten bei Androhung von drei Tagen Arrest verbot, bei ihrem Namen und Wohnung näher bezeichneten Fortschrittlermännern Waren zu kaufen. Einem Bäckermeister teilte ein Rittmeister der Gardehufaren mit, er brauche sich, da er nicht im Sinne des Königs gewählt habe, also kein Vertrauen zur konservativen Partei zeige, nicht mehr wegen Lieferung von Backwaren für das Regiment bemühen. Siner Witwe wurde bei Androhung sofortiger Ermission ihre Wohnung in der fiskalischen Gewerfabrik gekündigt, weil ihr Sohn liberal gewählt hatte; doch wurde ihr gnädig gestattet, wohnen zu bleiben, wenn sie ihren Sohn ziehen ließe. Also selbst die so viel gepriesene Heiligkeit der Familie haben diese Terroristen zu bedrohen versucht.

Die Beamten, Lehrer, ja sogar Doctoren und Nachtwächter wurden in der schamlosesten Weise unter Androhung der Entlassung für die konservative Sippschaft mobil gemacht, und die Konservativen des Landtages billigten solche Wahlmanöver, höchstens, daß sie einmal gegen die Form der obrigkeitlichen Erlasse Einspruch erhoben. So erklärte zum Beispiel der konservative Wagener am 20. April 1858 im Abgeordnetenhaus: „Ich erkenne ganz bereitwillig an, daß seitens unserer Staatsregierung bei der Beeinflussung der Wahlen hier und da über das Ziel hinausgeschossen worden, vielleicht sogar in einzelnen Erlassen — gestatten Sie mir den Ausdruck — zu plump vorgegangen ist.“

Also nicht die Beeinflussung an sich, sondern nur die ungeschickte Form wurde getadelt, die Beeinflussung selbst aber sind zum eisernen Bestandteil der Maßnahmen der preussischen Regierung geworden, und wenn in den letzten Jahren über besonderen Wahldruck gegenüber den Beamten nicht mehr so viel geklagt worden ist, wie früher, so liegt die Erklärung dafür, wie Gerlach zurecht hervorhebt, auf der Hand: ein besonderer Druck ist einfach nicht mehr nötig! Die abhängigen Beamten stimmen entweder garnicht oder nach dem Willen der Regierung. Das öffentliche Wahlrecht tut seine Schuldigkeit auch ohne ausdrückliche Wahlklasse.

Angesichts dieser Tatsachen ist die schroff ablehnende Haltung, die Fürst Bülow in seiner Erklärung vom 10. Januar der Forderung des Ersatzes der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime gegenüber einnahm, erklärlich. Der leitende Staatsmann im Reich und in Preußen, der sich so gern mit einem modernen Mäntelchen umgibt, ist in Wirklichkeit genau so rückständig wie die Bismarck und Puttkamer, er hält an der öffentlichen Stimmabgabe fest, weil er darin ein Mittel erblickt, die ohnehin schon um ihr Naturrecht geprellten Massen zu Sklaven zu machen.

Der reaktionären preussischen Regierung sind die Parteien würdig, die durch das Dreiklassenwahlsystem in den Sattel gehoben sind. Bei jedem Gefühl für Gerechtigkeit sind sie samt und sonders nur auf Vergatterung von Mandaten bedacht. Allen voran die Konservativen, deren einstiger Führer Freiherr v. Hammerstein ganz offen erklärte, daß seine Freunde vom Dreiklassenwahlsystem deshalb nicht lassen wollen, weil sie dabei gute Geschäfte machen. Nicht viel besser ist das Zentrum, das zwar vorgibt, Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechtes zu sein, aber in Wirklichkeit die ungerechte Wahlkreiseinteilung verewigen will, weil es bei einer gerechten Einteilung schlecht abschneiden würde. Auch die nationalliberalen Schwärmer für ein Pluralwahlrecht sind von dieser Idee nur deshalb so eingenommen, weil sie genau ausgerechnet haben, wieviel Mandate ihnen dadurch in den Schoß fallen. Was endlich den Freisinn betrifft, so kann es gar nicht oft genug und gar nicht deutlich genug gesagt werden, daß er nicht aus Gründen der Gerechtigkeit für die Übertragung des Reichstagswahlrechtes eintritt, sondern weil er hofft, dadurch die Zahl seiner Vertreter im Parlament zu vermehren. Eine Vertretung der stärksten politischen Partei Preußens, der Sozialdemokratie, im Landtag ist den Freisinnigen genau so unerwünscht, wie den Konservativen, ihr Kampf wird einzig und allein durch ihre eigenen Parteiinteressen diktiert. Auch dafür bringt Gerlach eine Reihe von Belegen aus den Parlamentsakten bei. Der Grundsatz

Das ist ein Geschäft,
 Das bringt noch was ein!

gilt für die Rechte sowohl wie für die Linke.

Wer das Buch von Gerlach gelesen hat, für den unterliegt es keinem Zweifel, daß es — abgesehen von vereinzelten Ausnahmen — nur eine Partei gibt, der es mit der Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen ernst ist: Die Sozialdemokratie. Bestärkt werden wir in dieser Ansicht durch die Art und Weise, wie der offizielle Freisinn, allen voran die „Freisinnige Zeitung“, über Gerlach herfällt und seine Schrift zerstückelt. Nicht, daß man es wagt, die von ihm angeführten Tatsachen abzuleugnen, aber man ist verärgert, daß Gerlach den Mut hat, diese Tatsachen der Vergessenheit zu entreißen und allemnäsig nachzuweisen, wie wenig doch im Grunde genommen der Freisinn zum Sturz des Dreiklassenwahlsystems getan hat und eine wie jämmerliche Rolle er bei den Wahlrecht Debatten spielt.

Es ist selbstverständlich nicht möglich, im Rahmen eines kurzen Artikels auch nur annähernd eine erschöpfende Übersicht über die Gerlach'sche Schrift zu geben. Wir können ihre Lektüre unseren Genossen, namentlich den am meisten interessierten preussischen Genossen, nur dringend empfehlen. Allerdings sollten sie sich nicht mit der bloßen Lektüre begnügen, sondern auch die Nutzenwendung daraus ziehen und die Waffe, die ihnen hier geboten ist, benutzen, um dem Dreiklassenwahlsystem den Garaus zu machen, damit endlich die Bahn frei wird für demokratische Reformen in Preußen und in letzter Linie auch für die übrigen Bundesstaaten, denen Preußen befanntlich in Bezug auf Zurückschraubung der Kultur und Förderung reaktionärer Bestrebungen vorangeht.

Zur Lage der Korkarbeiter.

Im Hinblick auf die Konferenz der Korkarbeiter finden wir es für angebracht, einige Worte über die Lage der Kollegen zu äußern, und damit gleichzeitig eine ernste Mahnung an unsere Berufsgenossen zu richten. Ein gut Teil Schuld an der Rückständigkeit unserer Organisation tragen zweifellos unsere älteren Kollegen. Die früheren Jahre der guten Konjunktur ließen unsere Kollegen unbedürftig vorübergehen. Statt an der Organisation zu arbeiten, lebten sie interesselos in erbärmlichen Lohnverhältnissen, säten Haß und Zwietracht in die eigenen Reihen und waren noch stolz auf ihr erbärmliches Handwerk. Schon der alte Korkarbeiterverband hatte mit diesen Mißständen schwer zu kämpfen. Der frühere Zentralarbeitsnachweis mußte durch die interesselosigkeit zugrunde gehen. Das gegenseitige Rekommandieren unter den Kollegen spielte von jeher eine große Rolle, kam es doch öfters vor, daß man arbeitslose Kollegen am Orte vollständig überließ und sogar vom Auslande her Arbeitskräfte rekommandierte. Heute noch werden einzelne Arbeitgeber förmlich überhäuft von Arbeitsangeboten. Gibt es doch noch Kollegen, welche die Gunst des Fabrikanten oder Werkführers eringen wollen, dieserhalb die eigenen Klassenossen aufs gehässigste bekämpfen. Welche traurige Rolle spielen denn heute die früheren Agitatoren des Korkarbeiterverbandes?

Die Handschneider sind mit nur wenigen Ausnahmen am schlechtesten gestellt; wird das Rohmaterial noch schlecht behandelt, so ist der Verdienst um so kärglicher. In vielen Stellen ist der Handschneider noch auf die sogenannte Hausarbeit angewiesen, um sich nur über Wasser zu halten. Der Maschinenarbeiter, soweit er noch als gelernter Arbeiter in Betracht kommt, steht in besseren Lohnverhältnissen. Aber unsere Unternehmer haben den Maschinenarbeiter zum großen Teil schon durch ungelernete und weibliche Arbeitskräfte ersetzt. Die Handarbeit ist tatsächlich infolge der vorherrschenden Maschinenarbeit zurückgegangen; in vielen Fabriken verarbeitet der Handschneider nur noch aussortiertes Holz und Maschinenabfall. Hätten die Korffabrikanten für ihre Arbeiter wirklich etwas übrig, so hätten sie schon längst deren bedürftige Lage eingesehen. Aber darum kümmern sie sich nicht. Daß die Korffabrikanten nicht zu den schlechtesten Profitmachern zählen, ist bekannt. Das Rohmaterial ist in den letzten Jahren im Preise bedeutend gestiegen, dabei sind die Korffabrikanten, durch die Konkurrenz getrieben, immer noch in der Lage, die Preise der Korfen zu erniedrigen. Jeder Kenner unserer Branche kann sich schon daraus einen Begriff machen von dem Profit, den die Korffabrikanten schon in den früheren Jahren eingeheimst haben. Mit der spanischen Importware machen sie ebenfalls kein schlechtes Geschäft, und was die Altkorfen anbetrifft, so haben jene Fabrikanten schon ihren Hauptprofit gemacht in der Zeit, wo es noch anging, Altkorfen für neue zu verkaufen. Die Bekämpfer der Altkorfen fabrizieren gar oft selbst solche Korfen. Die spanischen Importeure und Großfabrikanten arbeiten mit einem ganz enormen Profit.

Ihren Arbeitern gegenüber haben sich die Korffabrikanten von jeher so gestellt, als ob sie nicht in der Lage wären, ihnen ein paar Pfennige Lohnaufbesserung zu gewähren, und als ob sie selbst ihre liebe Not hätten, existieren zu können. Die Löhne sind oft lächerlich niedrig, zum Beispiel werden Leute, die sich Meister und Werkführer nennen, mit 20 bis 21 Mk. Wochenlohn abgesperrt. Löhne, die den ortsüblichen Tagelohn bei weitem nicht erreichen, sind bei uns keine Seltenheit. Auch die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte wird in weitgehendem Maße ausgeübt. Gewiß sind auch Kräfte vorhanden, welche durch die besondere Leistungsfähigkeit in verhältnismäßig recht annehmbarem Verdienste stehen, aber diese Ausnahmen ändern nichts an der Erbärmlichkeit unserer Lage im allgemeinen.

Dabei sind die Korffabrikanten stets auf der Suche nach billigeren Arbeitskräften. Nicht selten verlegen sie ihre Fabrikation in das Gebiet der Heimarbeit, oder sie suchen durch Anlernen ungelerner Arbeitskräfte sich willige Ausbeutungsobjekte zu erziehen. Demgemäß findet man auch vielerorts eine total minderwertige Arbeitsleistung. Mit welchem Bruch und Murks in vielen Fabriken gearbeitet wird, spottet jeder Beschreibern. Es gibt Fabrikanten, die sich lieber ihr Rohmaterial oder ihre Korfen von vollständig minderwertigen Arbeitskräften verschaffen lassen, als daß sie sich gelehrte Arbeiter einstellen. Die Lehrlingslöhntiere übt ebenfalls einen ungünstigen Einfluß auf unsere Lage. Die Lehrlinge werden nur zu Ausbeutungsobjekten benützt, es denkt auch kein Fabrikant daran, sie etwas Nützliches zu lehren. Nach beendeter Lehrzeit hat der Lehrling so viel gelernt, daß er eigentlich wieder vom neuem in die Lehre treten könnte, oder er ist so einseitig und minderwertig ausgebildet, daß es ihm schwer fällt, in seiner Branche fernere Existenz zu können. Tatsache ist, daß der größte Teil der ausgebildeten jungen Kräfte sich gezwungen sehen, ihrer Branche den Rücken zu kehren, andernfalls sie zeitweilig am Hungertuch nagen müssen. Die Korffabrikanten wollen sich dann noch wundern über den Mangel an gelernten Korftarbeitern.

Die Mißstände in unserer Branche machen das Fortschreiten unserer Organisation ungemein schwer, geben wir auch offen zu, daß wir ein gut Teil unserer erbärmlichen Lage selbst verschuldet haben. Unser Kampf ist schwer, doch wir müssen vorwärts. Wir müssen versuchen alles, zu organisieren, was in unserer Branche beschäftigt ist. Die ungelerten und minderwertigen Arbeitskräfte, welche man gegen uns als Lohndrücker zu Felde schießt, müssen vor allen Dingen unserer Organisation angeschlossen werden. Wir müssen eindringen in die Gebiete der Heimarbeiten, hauptsächlich in Thüringen. Es ist uns doch bekannt, daß in Thüringen Löhne gezahlt werden, die an Erbärmlichkeit jeder Beschreibung spotten, und daß dort die wahren Goldgruben der Korffabrikanten sind. Haben wir doch hauptsächlich unsere erbärmlichen Lohnverhältnisse dieser elenden Heimarbeit zu verdanken. Eine schwere Aufgabe steht uns allerdings bevor, aber nichts darf uns im Wege sein, um ernsthaft zu arbeiten an unserer Organisation. Die Hemmnisse in unseren eigenen Reihen müssen verschwinden, und eine tatkräftige Agitation muß erfolgen. Sorgen wir für gute Waffen, so fällt uns auch der Kampf nicht schwer. Kollegen, wir müssen mit der Sprache heraus, der Dünkel, der noch bei vielen Kollegen herrscht, muß aufhören, an unserer erbärmlichen Lage ist nichts zu verhehlen. Unsere Konferenz ist genehmigt, sorgen wir jetzt dafür, daß die Hoffnungen, die wir auf sie setzen, uns nicht trügen.

Zur gegenwärtigen Lage der Bürstenarbeiter und -arbeiterinnen von Schönheide.

Auch das hiesige Industriegebiet wird von der gegenwärtigen Krise ziemlich stark getroffen. Vor allem muß der Arbeiter darunter leiden, da er selbst in der Zeit der Hochkonjunktur nur von der Hand in den Mund lebt. Die Arbeitslosigkeit, eine Begleiterscheinung der Krise, trifft den Arbeiter in erster Linie und macht denselben brotlos. Seit einigen Wochen schon arbeiten mehrere Branchen mit beschränkter Arbeitszeit. Derartige Betriebsbeschränkungen sind allerdings auch früher so verzeichnet gewesen; wir brauchen nur auf die Jahre 1903, 1904 und 1905 zu verweisen, wo in leistungsfähigen Betrieben bedeutende und lange Betriebsbeschränkungen vorkamen. Mit gutem Gewissen kann behauptet werden, daß Geschäftstodungen fast jedes Jahr in der hiesigen Bürstenindustrie vorkommen. Früher jedoch betrachtete man die Geschäftskläue als etwas Selbstverständliches, diesmal dagegen gehen unsere Gegner damit um, besondere Ursachen vorzuschüben.

Als vor drei Jahren die hiesigen Bürstenarbeiter und -arbeiterinnen begannen, sich zu organisieren, gaben sich auch die hiesigen Bürstenfabrikanten eine Organisation, was ihr gutes Recht war. Nur verfolgen sie mit ihrem Zusammenschluß nicht den Zweck, bessere Warenpreise zu erreichen und jeder Schmuckkonkurrenz die Spitze zu bieten, sondern ihr Streben war darauf gerichtet, die Bürstenarbeiter, die sich bemühten, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, niederzuhalten. Wie bekannt, wagten im Jahre 1906 die Bürstenarbeiter, Lohnforderungen an ihre Fabrikanten zu stellen, welche so bescheiden waren, daß sie leicht erfüllt werden konnten. Die Fabrikanten bezeichneten diese Forderungen als übertrieben und verlangten von ihren Arbeitern, zu den seitherigen Löhnen und Bedingungen weiterzuarbeiten. Sie wollten es auf eine Machtwortankommen lassen, und die Folge war der zwölfwöchige Lohnkampf, welcher trotz der langen Dauer mit einem günstigen Resultat für die Arbeiterschaft endete.

Seit jenem Friedensschluß sind vierzehn Monate ins Land gegangen, und man hätte erwarten sollen, daß das, was seinerzeit von den Fabrikanten versprochen wurde, gegen die Verbandsangehörigen nichts zu unternehmen sowie alle Differenzen friedlich schlichten zu wollen, gehalten würde. Aber weit gefehlt. Schon nach einigen Monaten machten sich Fabrikanten und Werkführer an die Arbeit, verlangten von unseren Mitgliedern Austritt aus dem Verband unter Ankündigung der Entlassung. Um aber ganz gewiß zu gehen, daß die Arbeiter ihre Abmeldung vollziehen, verlangten die Fabrikanten die Abgabe der Verbandsbücher im Fabrikantor oder an einen ihrer Werkführer. Später wurden auf Verlangen der Ortsverwaltung die Abmeldungen unter Einsendung der Verbandsbücher durch den Fabrikanten vollzogen. Dieses Vorgehen der Fabrikanten mag auch einem Teil Organisierter sehr erwünscht gekommen sein. Anstatt daß diese ein solches Ansinnen zurückgewiesen hätten, zeigen sie sich jetzt als recht zweifelhaftes Element, indem sie gegen ihr eigenes Fleisch und Blut wüten und Verrat und Spitzelerei gegen ihre Arbeitskollegen üben. Die geringen Vorteile, welche ihnen durch eine solche Handlungsweise in den Schoß fielen, gehen gänzlich in die Brüche, indem die Krise auch vor ihnen nicht halt macht. Die Arbeitszeitbeschränkungen haben doch bereits gezeigt, wo die Reize hingehen soll. Man nimmt eine Auslese unter den Arbeitern vor, welche berufen werden, voll zu arbeiten. Diese Bevorzugten haben sich zur Konfliktzeit besonders dienlich durch Hausreicherdienste gezeigt, und man könnte sie später wieder mal gebrauchen, darum heißt es sie warm halten. Zugleich ist es auch ein probates Mittel, die Arbeiter gegenseitig zu erbittern.

Das beweist ja auch jener Fabrikantenschlag, welcher die Gründe der Betriebsbeschränkung angibt. Dieser Anschlag trägt die Unterschrift des Arbeitgebergeschutzverbandes und besagt, daß die schlechte Geschäftslage Nachwehen vom Bürstenarbeiterfreist sein. Man sollte kaum glauben, daß so etwas möglich wäre in den Zeiten der Krise; aber was damit bezweckt wird, ist die Verheugung der Arbeiter gegen unseren Verband. Das Unternehmertum scheut also vor keinem Mittel zurück, und sei es das verwerflichste; sie kennen ihre Leute genau, darum handeln sie dem Grundsatze entsprechend: „Beleumde fest drauf los, es wird schon etwas hängen bleiben.“ Auch wissen die Fabrikanten gut, daß solche Betriebsbeschränkungen die Arbeiterschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit anspannen, um die verlorene Arbeitszeit wieder wettzumachen. Aber diese Schustererei bringt nur den Fabrikanten jetzt wie später gewaltige Vorteile. Sie werden die Gelegenheiten wahrnehmen, zu beobachten, was der Arbeiter bei verkürzter Arbeitszeit verdient, und bei normaler Arbeitszeit den Arbeitern ihre Preisregulierung vorlegen. Natürlich in der Form von Lohnreduzierungen und ähnlichen Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses. Auch muß bemerkt werden, daß selbst Kollegen, um Arbeit zu erhalten, sich erboten haben, unter dem üblichen Preis zu arbeiten. Eine solche Handlungsweise ist einfach verwerflich.

Obenso schädigend wirkt aber auch die Überzeit und das Anhalten nach Feierabend in der Behandlung des Arbeiters. In wenigen Worten muß ich den Arbeiter sagen, daß er bei jener übermäßigen langen Arbeitszeit, die drücken wiederum, ohne daß ihr es ahnt, euren Lohn. Im weiteren ist auch diese Arbeitsmethode dazu angetan, einen ganz beträchtlichen Teil eurer Mitarbeiter von der Produktion auszuschließen, also arbeitslos zu machen. Alles dies zeigt davon, daß den Fabrikanten jede Zeit willkommen ist, dem Arbeiter die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Geht der Geschäftsgang wieder flott und die Arbeitsgelegenheit ist wieder besser geworden, dann hat sicher der Arbeiter wieder vergessen, wie frivol das Unternehmertum an ihm gehandelt hat. Sind doch in letzter Zeit in einigen Branchen Lohnreduzierungen, Einführung der Akkordarbeit bei einzelnen Arbeitern, welche bald diese bald jene Arbeit machen müssen, vorgekommen worden. Es gehört wahrlich ein trauriger Mut dazu, in der gegenwärtigen Zeit die Lebenshaltung der Arbeiter, welche ohnehin schlecht genug ist, noch weiter herabzudrücken. Freilich, dem Unternehmertum ist es gleichgültig, wenn der Arbeiter mit seiner Familie bittere Not leiden muß.

Eine weitere Beobachtung muß man machen, daß während ein Teil der Arbeiter keine oder nur teilweise Beschäftigung hat, der andere nicht genug arbeiten kann. Ja, sogar Überstunden und Neueinstellungen von Arbeitern sind zu verzeichnen. Auch durch Redensarten will man die Arbeiter müde machen, sagt man doch nicht höhnischer Miene, geht zum Verband und laßt euch dort Arbeit und Unterstützung geben. Sollen doch Fabrikanten gesagt haben, ihr habt uns voriges Jahr nicht gebraucht, nun, und jetzt gebrauche ich euch nicht. Alles das sind weiter nichts als Schikaneurungen und die Ausgeburt eines Unternehmertumschneuzels. Nicht die Arbeiter waren es, welche voriges Jahr die Fabrikanten nicht brauchten, sondern dieselben Arbeitgeber waren es, welche auch heute arbeiten und Arbeiterinnen den Brotkorb höher hängen. Denn gerade bei ihnen ist das Wort, wir brauchen euch nicht, jederzeit nach Beteben im Munde geflüßt und durch Entlassungen in die Tat umgesetzt worden. Alles das soll uns aber nicht aus der Ruhe bringen; sorgen wir dafür, daß Überstunden in der gegenwärtigen Zeit überhaupt nicht mehr gemacht werden, sondern die Arbeit gleichmäßig verteilt wird, damit nicht ein Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen der Krise vollständig zum Opfer

fällt. Nur wenn wir bestrebt sind, die Wunden, welche die Krise schlägt, gemeinsam zu tragen, haben wir auch die Kraft in uns, Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen wirksam zurückzuweisen. Sorgen wir dafür, daß unsere unerträgliche Lage nicht noch weiter verschlechtert wird. Das Unternehmertum ist an der Arbeit, dies zu tun. Setzt eure ganze Kraft ein, um die fernstehenden der Organisation zuzuführen. Agitiert unablässig für eure Organisation!

Richtet die Schwachen und Mutlosen auf und zeigt ihnen, daß durch geschlossenes Vorgehen vieles erreicht worden ist. Wenn wir alle Kräfte anspannen und geschickt arbeiten, so müssen wieder alle fernstehenden Holzarbeiter unserem Verband zugeführt werden. Deshalb auf zu reger Mitarbeit, tue ein jeder seine Pflicht.

Nachträglich eingefandte Anträge zum Verbandstag in Stettin.

- Zum Statut:**
 - § 6. **Hamburg.** Das Beitrittsgehd beträgt für neueintretende männliche Personen 50 Pf. (ordentlicher Verbandsbeitrag), für weibliche 20 Pf. Für wiederintretende männliche Personen 2 Mk., für weibliche 50 Pf.
 - § 11. **Hamburg.** Einführung von Staffelbeiträgen. **Hamburg.** Dem zweiten Absatz anzufügen: Von der Zahlung des Sozialbeitrags können Mitglieder, welche sich in außerordentlicher Notlage befinden, ganz oder teilweise entbunden werden. Die Entscheidung darüber liegt in Händen der Sozialverwaltung. Diejenigen Zahlstellen, welche bei Streik, Arbeitslosigkeit usw. aus Sozialbeiträgen zu den Unterstellungen aus der Hauptklasse Zuschüsse gewähren, haben zureichenden Kollegen, die in anderen Zahlstellen zu dem gleichen Zweck Sozialbeiträge geleistet haben, diese bei der Unterstellung in Anrechnung zu bringen. Differiert die Höhe der Sozialbeiträge, so sind diese entsprechend umzurechnen.
 - § 15. **Leipzig.** In diesem Paragraphen, wie auch in § 44 und 56 statt „Mitgliedschaftsbauer“ zu setzen: Beitragsleistung.
 - § 21. **Leipzig.** Im ersten Absatz statt „halbjähriger“ zu setzen: vierteljähriger Mitgliedschaftsbauer.
 - § 29. **Wilhelmshaven.** Die Wartefrist kommt in Wegfall, wenn der Arbeitslosigkeit eine mindestens sieben-tägige Erwerbsunfähigkeit durch Krankheit vorausging, sofern dieselbe gemeldet war.
 - § 30. **Leipzig.** Arbeitslosenunterstützung am Orte darf nur von derjenigen Zahlstelle gezahlt werden, an welcher das Mitglied angemeldet und arbeitslos wurde oder wo usw.
 - § 39. **Leipzig.** Folgenden dritten Absatz einzufügen: Ledige Mitglieder, welche abreisen können, haben bei Verweigerung von Arbeitsgelegenheit keinen Anspruch mehr auf Unterstützung.
 - § 41. **Leipzig.** Wenn verheiratete Kollegen während der Dauer eines Streiks oder Aussperrung nachgewiesene Arbeit außerhalb des Wohnortes annehmen, ist deren Familien während der Dauer des Streiks die Hälfte der Verbandsunterstützung weiter zu gewähren.
 - § 46. **Hamburg.** Erkrankte Mitglieder haben den Eintritt ihrer Arbeitsunfähigkeit innerhalb der ersten drei Tage unter Einreichung ihres Mitgliedsbuches dem Bevollmächtigten oder dem mit der Entgegennahme der Meldung beauftragten Verwaltungsmittglied anzuzeigen und sobald als möglich, spätestens jedoch bei Erhebung der ersten Unterstützung, durch ärztliches Zeugnis nachzuweisen. Bei späterer Meldung wird der Beginn der Arbeitsunfähigkeit drei Tage vor der erfolgten Meldung angenommen. Eine Abweichung von dieser Bestimmung ist nur bei nachgewiesener Verhinderung durch vollständige Hilflosigkeit zulässig. Einzelmitglieder haben diese Anzeige unter Beifügung eines ärztlichen Attestes direkt an den Verbandsvorstand zu erstatten.
 - § 55. **Wilhelmshaven.** Im ersten Absatz hinter „verheiratete Mitglieder bis zu 25 Mk.“ einzuschalten: sowie an ledige, welche die Fürsorge für nicht erwerbsfähige Eltern übernommen haben.
 - § 68. **Hamburg.** Jede Unterstützung ist von dem auszahlenden Kassierer in das Mitgliedsbuch des Empfängers einzutragen. Rückständige Beiträge werden bei Auszahlung von Unterstützung in Abzug gebracht.
 - § 85. **Hamburg.** Der Vorstand hat seinen Sitz in Berlin.
 - § 91. **Hamburg.** In Artikel 5 einzufügen: seinen Tätigkeitsbericht vier Wochen vor Zusammentritt des ordentlichen Verbandstags den Mitgliedern zugänglich zu machen, die Verbandstage usw.
 - § 92. **Hamburg.** In Gemeinschaft mit dem Vorstand bilden die Gauvorsteher, der Redakteur des Verbandsorgans und der Vorsitzende des Ausschusses den erweiterten Vorstand, welcher periodisch zu Beratungen zusammentritt. Zu den Beratungsgegenständen des erweiterten Vorstandes gehören: a. Die jeweilige Taktik des Verbandes bei Lohnbewegungen größeren Umfangs vorzubereiten und festzusetzen. b. Beschlußfassung über größere Agitationstouren. c. Einberufung von Branchenkongressen. d. Beratung des Vorstandes in allen wichtigen Verbandsangelegenheiten. **Hamburg.** Der Ausschuss hat seinen Sitz in Hamburg. **Hamburg.** Auf je 2000 Mitglieder ist ein Delegierter zu wählen. **Hamburg.** Im Falle der Ablehnung vorstehenden Antrags folgenden Zusatz anzufügen: In Wahlableitungen, in denen zwei und mehr Delegierte zu wählen sind, wird auf je zwei Delegierte nur einer gewählt. Die Delegierten ver-

treten so viel Stimmen, als ihnen nach § 96 Mandate zuzustehen.

§ 104.

Leipzig, Stadt „Dreiviertelmehrheit“ zu setzen: Mehrheit.

Sonstige Anträge.

Hamburg. Bei Montagearbeiten sind die in den Montageorten üblichen besseren Arbeitsbedingungen — besonders in bezug auf Lohnhöhe und Arbeitszeit — mindestens innezuhalten.

Hamburg. Die kleinen selbständigen, für sich abgeschlossenen, dem Holzarbeiterverband angeschlossenen Berufe wählen eine Zentralkommission. Diese Berufe sind berechtigt, alle drei Jahre eine Konferenz abzuhalten, sofern die Zentralkommission und aus drei Zahlstellen die Berufskollegen es für notwendig erachten.

Hamburg. Der Verbandstag wolle beschließen: Die Zahlstelle Mandatsbezirk vereinigt sich mit Hamburg zu einer gemeinsamen Verwaltungsstelle.

Hamburg. Die Abschnitte „Warnung von Fuzug“ und „Bekanntmachung des Vorstandes“ an der Spitze unseres Verbandsorgans zu bringen.

Hamburg. In der Präsenzliste des Verbandstagsprotokolls anzugeben, ob Angestellter oder im Beruf tätiger Kollege. Behm.

Kempten. Am Jahreschluß zur Agitation für die Zahlstellen eine Broschüre herauszugeben, welche ein aus der „Holzarbeiter-Zeitung“ zusammengestelltes Material unserer sowie der gegnerischen Organisationen enthält.

Regensburg. Der Hauptvorstand wird beauftragt, bei den Zahlstellen eine Erhebung zu veranstalten, um festzustellen, inwieweit den Lokalverwaltungen Entschädigungen gewährt werden und wie hoch dieselben sind. Das Ergebnis ist im Jahrbuch zu veröffentlichen.

Regensburg. Ohne Einverständnis der Ortsverwaltung des in Frage kommenden Ortes darf der Verbandsvorstand keine Sperre aufheben. Solange die informierenden Berichte über den Stand der Sperre von den zuständigen Ortsverwaltungen in den angegebenen Zeiträumen eingesandt werden, muß die Sperrnotiz im Fachorgan gebracht werden.

Stimmen zum Verbandstag.

Im nächsten Monat tritt der Verbandstag in Stettin zusammen. Beim Bericht des Vorstandes muß der Beschluß in Sachen der Feier des 1. Mai erörtert werden. Wenn auch zugegeben werden muß, daß im vorigen Jahre schon alle Zeichen einer Krise vorhanden waren, die Unternehmer darum neue Ausperrungen wegen der Feier desselben planten, so rechtfertigt sich der Beschluß, der jedenfalls unter Einfluß des Parteivorstandes gefaßt wurde, zum großen Teil trotzdem nicht. Ein großer Prozentsatz der Kollegen, auch die Verwaltung der größten Zahlstelle, Berlin, fanden das Vorgehen des Vorstandes gegen die Maifeier unverständlich. Einer näheren Begründung dieses Beschlusses bedarf es, da der Vorstand mit dieser Kundgebung die Agitation für den notwendigen Achtstundentag geradezu lahmgelegt hat. Darüber hatten die Unternehmer natürlich große Freude. Es gilt ferner, zu besprechen, ob es angebracht war, diesen Beschluß trotz des Protestes des Ausschusses in der „Holzarbeiter-Zeitung“ öffentlich bekanntzugeben. Eine sehr ernste Frage ist die Fluktuation der Mitglieder im Verband. Ein wichtiger Grund für diese Erscheinung ist, daß wir sehr viele Zwangsmittelglieder haben, Leute, die wirklich kein Interesse an der Organisation haben. Hierzu lehrt uns Berlin ein Beispiel, indem bei der letzten Ausperrung 5000 Mitglieder verloren gingen. Die Ansicht vieler Kollegen, daß dieselben wegen des hohen Beitrags verlustig gingen, trifft bloß auf wenige zu. Man kommt daher zu der Ansicht, daß bei der Agitation zur Gewinnung von neuen Mitgliedern von allen Seiten Fehler begangen werden. Der Hauptgrund liegt bestimmt darin, daß die moderne Gewerkschaftsbewegung es behauerlicherweise an der Erziehung der eigenen Persönlichkeit an der Seite der richtigen Klassenkämpfer fehlen läßt. Das liegt daran, daß wir die vielen Unterstützungen eingeführt haben. Mittel, die nicht angebracht sind, auf die Kollegen erzieherisch, opferwillig einzuwirken. Es gibt heute leider einen großen Teil von Kollegen, die den Verband bloß als Versicherungsanstalt betrachten. Arbeitslosen-, Kranken- und Sterbeunterstützung sind Ausgaben des Staates. Man kann es demnach nur bedauern, daß in unseren Agitationsversammlungen immer und immer wieder von Seiten der Redner auf die Leistungen der Organisation in betreff des Unterstützungswezens hingewiesen wird. Lieber eine kleinere Anzahl von tüchtigen Klassenkämpfern als wie eine große Zahl von Mitgliedern, die sich den Pflichten gegenüber der Organisation nicht bewußt sind. In der Agitation sehr hinderlich sind die vielen Klimbimvereine, wie Spar-, Rauch-, Theater- und Keglerklubs. Diese müssen von der Gewerkschaft ganz entschieden bekämpft werden. Bei Abhaltung von Branchen-, Werkstatt- und sonstigen Versammlungen muß alles Kleinliche, Persönliche beiseite gelassen werden, das Endziel immer im Vordergrund der Debatte stehen. Sehr notwendig sind uns leicht verständliche wissenschaftliche Vorträge; hier sollte es der Hauptvorstand nicht fehlen lassen.

Im Vordergrund der Debatte auf dem Verbandstag wird natürlich die Tariffrage stehen. Es muß untersucht werden, ob sich die Tarifpolitik, die von unserem Verband in den letzten fünf Jahren eingeschlagen worden ist, bewährt hat. Hier sollte uns allen der Deutsche Buchdruckerverband als warnendes Beispiel gelten. Tarifverträge, auf zwei oder drei Jahre abgeschlossen, wirken auf die Kollegen einschüchternd. Diese verlieren dadurch das Interesse an dem Klassenkampf, an der Organisation. Daneben haben Verträge auch gar keinen praktischen Wert, denn in Zeiten der Krisen werden sie vom Arbeitgeber doch nicht gehalten. Die Unternehmer haben davon den größten Vorteil. Darum ist der Grundsatz, der von der Arbeiterbewegung, insbesondere von deren Führern in den letzten Jahren befolgt worden ist, unter allen Umständen (!) Tarifverträge, strikte zu verwerfen. Das Ziel der Arbeitgeber ist dann, möglichst viel Verträge auf einen Tag zu kündigen, um die Arbeiterbewegung zu schwächen, damit die Herren solche „Mustertarife“ vorlegen können, wie es jetzt die Bauunternehmer machen,

Kollegen, die wirtschaftlichen Kämpfe nehmen ohne Zweifel von Jahr zu Jahr größere und schärfere Dimensionen an. Darum gilt es, die Organisation zu kräftigen. Bei den späteren Kämpfen werden die Forderungen der Arbeiter nur eine nebensächliche Rolle spielen, bei diesen Kämpfen wird es sich ganz einfach um die Macht zwischen Kapital und Arbeit handeln. Diese Kämpfe werden nicht mehr mit Unterstützungen zu führen sein, diese sind bloß zu führen mit Idealismus der Arbeiter. Das Kapital wird uns zwingen, zu dem Mittel des Generalstreiks zu greifen. Dies alles müssen wir jetzt schon beherzigen, es gibt schwere Hindernisse zu beseitigen, trotz alledem, erziehen wir eigene Persönlichkeiten und pflegen ein jeder Idealismus.

Ernst Winte-Berlin.

Fast alle Gewerkschaften haben mit Mitgliedern zu rechnen, die leicht dazu neigen, ihnen den Rücken zu kehren, oder in Zeiten der Gefahr die Flinte ins Korn werfen. Die Frage der Fluktuation zum Teil zu lösen, sollte der Verbandstag als seine wichtigste Aufgabe betrachten. Ganz beseitigen wird man sie wohl nie, doch muß man versuchen, sie auf ein Minimum zu beschränken. Die Bestworter der Krankenunterstützung glaubten in ihr das Bindemittel zu finden, das die Kollegen der rückständigen Gegenden an uns fesseln sollte. Trotzdem uns die Krankenunterstützung viel organisatorische Hilfe leistet und geleistet hat, hat sie doch leider nicht vermocht uns viele Kollegen dauernd zu erhalten. Um das zu erreichen, müssen wir diesmal von der sozialdemokratischen Partei lernen. Sofort nach dem letzten Reichstagswahl-ergebnis schritt man dort zur systematischen Aufklärung und Bildung der Arbeiterschaft. Volkshilfsvereine, Wanderredner, Ausgestaltung der Bibliotheken und Unterrichtskurse sollen dazu beitragen, überzeugte Genossen und agitatorische Kräfte zu schaffen. Wohl in jeder größeren Stadt sind für lernbegierige Arbeiter vorstehende Bildungsinstitute vorhanden. Auch werden in einer größeren Stadt agitationsfreudige und -fähige Kollegen in ausreichendem Maße zu finden sein. Diese sollten nun die Gau- respektive die Zahlstellenverwaltungen herausgreifen, und an den Unterrichtskursen oder ähnlichen Veranstaltungen auf Verbandskosten teilnehmen lassen. Die so ausgebildeten Kollegen sollte der Gauvorstand zur Agitation Werkstattbesprechungen, Hausagitation verwenden, denn durch Teilung mehrerer in eine Arbeit bleibt die Arbeitsfreudigkeit einzelner länger erhalten. Wollen wir einen dauernden Erfolg haben, ist es notwendig, die zum Verband neu eingetretenen Kollegen recht oft zusammenzurufen, um ihnen die Rechte und Pflichten, die man in der Organisation hat, auseinander zu setzen. Vornehmlich muß das in Orten geschehen, in denen wir erst festen Fuß fassen müssen. Mindestens alle vier Wochen sollten dort Mitgliederversammlungen respektive -besprechungen sein, wo ein vom Gauvorstand Beauftragter einen viertel- bis halbstündigen belehrenden Vortrag hält, der geeignet ist, eine Debatte hervorzurufen. Auf diese Weise wird man sich in dem Orte eine Anzahl zur Agitation geeigneter Kollegen erzehlen. Die Zusammenkünfte werden auch ein Sicherheitsventil für in den Betrieben oder im Orte entstandene Mißheiligkeiten sein, indem vorhandene Differenzen unter den Kollegen, (die gar zu oft zu leichtfertigen Austritten Anlaß geben), geschlichtet werden können. Die Kollegialität wird durch die Zusammenkünfte gepflegt und das gegenseitige Vertrauen gehoben werden. Auch müßte das Bescheidungs- durch geeignete Maßnahmen gehoben werden. In den größeren Betrieben empfiehlt es sich ebenfalls regelmäßige Betriebsbesprechungen mit einleitenden kurzen Ausführungen aufläuternden Inhalts zu veranstalten. Sind auch die Opfer Anfangs große, geht man auf diesem Wege auch langsam vorwärts, so ist doch nicht zu verkennen, daß, wollen wir der Fluktuation steuern, kein anderer Weg übrig bleibt, als Aufklärung. Die Mittel hierzu können zum Teil leicht dadurch gedeckt werden, daß man die teuren und wenig Nutzen bringenden Agitationstourneen wegläßt.

Ein weiterer Krebsgeschaden vornehmlich für unsere Organisation ist die von einigen Gewerkschaften geübte Grenzüberdrückung. Ist es wohl begreifbar, daß Vertreter des Buchdruckerhandwerks bei uns organisieren? Ich bin in den Schweißereien in ihrem Verband mitangeordnet haben. Auch ist die Laktir einiger Zahlstellen des Gemeindearbeiterverbandes bekannt, Stellmacher in ihren Verband aufzunehmen. Hier müßte der nächste Gewerkschaftskongreß versuchen, Remedur zu schaffen.

Henning-Dresden.

Jetzt haben wir also doch eine gewisse Erregung in den Kreisen der Verbandskollegen wegen einer beabsichtigten Beitragserhöhung. Als ich auf dem Gantag in Erfurt den Antrag stellte, der Vorstand solle zum Verbandstag 1910 Material vorlegen zwecks Einführung von Staffelbeiträgen, da wurde mir vom Vertreter des Hauptvorstandes zur Antwort, es sei notwendig, daß erst einmal eine gewisse Ruheperiode eintrete. Wenn mein Antrag aber auf dem Verbandstag zur Beratung käme, dann würde das eine Erregung unter den Kollegen geben, die dann annehmen würden, es siehe eine Beitragserhöhung bevor. Da noch hinzugefügt wurde, der Vorstand denke augenblicklich an keine Erhöhung der Beiträge und sei ebenfalls der Meinung, daß eine allgemeine Erhöhung jetzt, nachdem der Beitrag die Höhe von 50 Pf. erreicht habe, nicht mehr möglich sei, zog ich meinen Antrag zurück.

Nun ist ja der Vorstand allerdings nicht mit einem Antrag auf Erhöhung des Beitrages gekommen, aber in Wirklichkeit ist doch der Antrag zu § 77 genau dasselbe. Denn für die allermeisten Zahlstellen würde die Annahme des Antrages gleichbedeutend sein mit der Notwendigkeit der Erhöhung des Sozialbeitrages. Es wird aber doch niemand bestreiten wollen, daß in den einzelnen Zahlstellen die Schattenseiten einer Beitragserhöhung, das heißt unliebame Debatten in den Versammlungen, Verzögerung einer Anzahl Kollegen usw., sich weit mehr bemerkbar machen würden, als es bei einer allgemeinen Beitragserhöhung, wo den Mitgliedern doch meistens auch größere materielle Vorteile geboten werden können, der Fall ist.

Es war auch keineswegs ein Versehen des letzten Verbandstags, wie die Redaktion in ihrem Artikel der Nummer 13 glauben machen will, daß der Sozialanteil von 8% Pf. auf 10 Pf. pro Monat erhöht worden ist, sondern damals war es gerade ein Mittel mit, um die erhebliche Beitragserhöhung den Mitgliedern schwächer zu machen,

Ich bin mit dem Kollegen Schred-Bielsfeld der Meinung, daß man sich frei und offen erklären soll, wenn eine Beitragserhöhung infolge der großen Kämpfe notwendig ist. Allerdings stehe ich auch jetzt noch auf dem Standpunkt meines Antrages vom Erfurter Gantag, daß es notwendig ist, Staffelbeiträge einzuführen, um so auch die niedriger entlohnnten Kollegen zu der Organisation heranziehen zu können.

Will man nicht großen Unmut bei den Mitgliedern erregen und die örtliche Agitation, besonders in den kleinen Zahlstellen, gänzlich unterbinden, dann lehne man den Antrag des Vorstandes ab.

Die beabsichtigte Änderung des § 11 ist ebenfalls eine starke Unterbindung der Bewegungsfreiheit der einzelnen Zahlstellen. Ich will gerne zugeben, daß einige Auswüchse in der Höhe der Sozialunterstützungen vorhanden sind, und daß es auch nichts schaden kann, wenn hier gewisse Grenzen gezogen werden; aber der Antrag des Vorstandes geht doch wohl zu weit. Zum mindesten muß eine präzisere Fassung des Antrages durchgeführt werden, denn nach der jetzigen Fassung wäre es in Zukunft nicht mehr möglich, die Karenzzeit durch lokale Unterstützungen auszugleichen, und das muß meines Erachtens verhindert werden. Möglich ist ja allerdings, daß der Vorstand in seiner Begründung eine andere Ansicht vertritt, aber jedenfalls muß dies dann unzweifelhaft im Statut festgelegt werden.

Die Anregung des Kollegen Schred bezüglich Vorberatung der Anträge halte ich für angebracht und bitte ich, derselben zu folgen.

Joannes Lau-Sauterberg.

Nach meiner Ansicht ist es nicht nötig, daß immer an den Statuten geändert wird, es kommt dabei doch nichts heraus zum Wohle der Mitglieder. Ich möchte hiermit den § 47 zur Diskussion stellen, betreffend die Wartefrist bei Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung, daß selbige nicht sieben Tage, sondern nur drei Tage beträgt. Da wird den Mitgliedern eher etwas zugute kommen. Haben doch die meisten Ortskrankenkassen schon die eintägige Wartefrist eingeführt. Dann möchte ich zu der vorgeschlagenen Änderung des § 77 einiges sagen, wonach statt 20 Prozent nur noch 10 Prozent am Orte bleiben und die nicht benötigten Gelder aus den Verbandsentnahmen jeden Monat an die Hauptkasse eingesandt werden sollen. Dadurch wird doch nur den Kassierern eine Arbeit mehr aufgeschafft betreffs Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben. Es wird wohl keine Zahlstelle mit diesem Gelde unnütze Ausgaben bestreiten; es muß eben durch die Revisoren mehr darauf gesehen werden, daß die Gelder nicht zu anderen Zwecken verwendet werden.

Dann möchte ich den Antrag von Schweidnitz unterstützen betreffs der älteren Kollegen, welche das 50. Lebensjahr überschritten haben und 20 Jahre Mitglied waren, daß dieselben steuerfrei sind, aber die vollen Rechte genießen. Die meisten von uns werden diese Vergünstigung doch nicht erreichen, aber die sie erreichen, denen ist es zu gönnen, daß wir sie von dem Beitrag befreien. Die meisten Unternehmer mögen diese Kollegen ja gar nicht mehr haben, wenn sie über 50 Jahre sind.

H. S. Hütten bei Königstein.

Intensiv Agitation für den Verband, damit die Zahl der Organisierten vergrößert, diejenige der Indifferenten verringert und die Aktionsfähigkeit des Verbandes erhöht wird, dies ist wohl der sehnlichste Wunsch aller Kollegen. Verschiedenartig sind die Vorschläge, um dieses zu erreichen. Von dem Gedanken getragen, dem Verband Gutes zu leisten, wird von mir folgender Vorschlag gemacht, eine Staffelung der Beiträge durchzuführen. Diese Frage ist gegenwärtig im Verband sehr prurichreif. Auf dem Gantag des Gantes Frankfurt in Heidelberg fand ein diesbezüglicher Antrag der Zahlstelle Darmstadt große Sympathie, und mit nur geringer Majorität wurde er abgelehnt. Auch auf anderen Gantagen wurde diese Materie behandelt, und ich hoffe, daß auf dem diesjährigen Verbandstag sie ausgiebig erörtert wird. Diese Frage muß erörtert werden 1. im Interesse der Zahlstellen für den Verband und 2. im Interesse unserer Kollegen in den Großstädten und 3. im Interesse der Hauptkasse.

Wer schon Gelegenheit hatte, auf dem Lande zu agitieren, wird die Beobachtung gemacht haben, daß die Arbeiterschaft mit Aufmerksamkeit den Meseraten folgt, alles darin Ungesährte anerkennt, sich überhaupt der gewerkschaftlichen Organisation sehr zugänglich zeigt. Wenn es dann auszufüllen der Ausnahmeheine geht, dann wird zurückgehust, da vielen der Beitrag zu hoch ist. Und es gibt tatsächlich in unserem teuren Vaterland Gegenden, die wirtschaftlich sehr zurück sind, wo die Arbeiter nur das Notwendigste für sich und ihre Familie verdienen, denen es sehr schwer fällt, hohe Verbandsbeiträge zu leisten. Und um diesen Berufs-kollegen entgegenzukommen, um auch ihnen die Errungen-schaften des Verbandes zugänglich zu machen, müssen wir zur Staffelung der Beiträge schreiten. Auch von einem anderen Gesichtswinkel aus ist die Frage zu betrachten. Wie oft schon ist es vorgekommen, daß die Kollegen in den Städten im Streit standen, und auf dem Lande wurde die Streitarbeit gemacht, oder es kamen die Streikbrecher vom Lande nach der Stadt. Schon mancher Kampf mit dem Unternehmertum mußte deshalb abgebrochen werden oder er verlief resultatlos. Im weiteren könnte durch die Staffelung den Kollegen in den Großstädten Rechnung getragen werden. Ich gehe zu, daß die gegenwärtig geltenden Unterstützungs-sätze dem Leben in den Städten nicht entsprechend sind.

Auch die Hauptkasse würde dadurch aktionsfähiger. Damit soll aber absolut nicht behauptet werden, daß sie es seither nicht war; ich meine nur, sie wird gekräftigt, um den uns in Zukunft vom Unternehmertum in Aussicht gestellten Kämpfen ein stärkeres Julüsturm zu sein. Denn durch die Staffelung würden die Gelder, welche seither meistens durch Sozialbeiträge erhoben wurden, um einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen, zusammen in die Hauptkasse fließen. Daß sich ja auch der Hauptvorstand mit dem Ausbau unserer Hauptkasse befaßt, beweist ja sein Antrag zu § 77, statt „20 Prozent“ zu setzen 10 Prozent. Mit diesem Antrag kann ich mich nicht einverstanden erklären, denn die 20 Prozent von dem Wartenerlös müssen den Sozialkassen vorbehalten, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Nun macht ja der Hauptvorstand geltend, die technischen

Schwierigkeiten seien zu große, die sich bei Einführung der Staffelung ergeben würden. Ja, was sind denn Schwierigkeiten? Ist uns etwas so schwierig? Ich sage nein! Dieses „schwierige Problem“ haben ja andere Verbände schon gelöst. Bei den Schulmachern, Fabrikarbeitern, Zimmerern, Textilarbeitern usw. wird der Beitrag nach Staffelung erhoben. Ich kann nicht glauben, daß unser Verbandsvorstand den anderen Vorständen gegenüber an Intelligenz zurückbleibt. Dieses Argument des Hauptvorstandes gegen die Staffelung ist nicht stichhaltig.

Es würde mich freuen, wenn, wie oben gesagt, der Verbandstag in Stettin hierzu Stellung nehmen wollte, damit wir auch die noch fernstehenden Kollegen zu uns bringen. Denn die Macht unserer Organisation besteht nicht allein in einem guten Kriegsfonds, sondern auch vorwiegend darin, daß möglichst alle Berufscollegen unserem Verband angehörent. Und um dieses zu erreichen, bin ich für Staffelung der Beiträge.

In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde zu den Anträgen des Vorstandes Stellung genommen. Während sich die Kollegen mit den meisten Anträgen einverstanden erklärten, wurden die Anträge zu den Paragraphen 12, 67, 73 und 77 von der Versammlung als unannehmbar bezeichnet. Besonders der Paragraph 77 wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Die Herabsetzung der Prozente würde hauptsächlich die Zahlstellen von 50 bis 100 Mitgliedern treffen. Diese Zahlstellen sind genötigt, der Verwaltung, besonders dem Kassierer, eine Entschädigung zu gewähren, da man unmöglich verlangen kann, daß beim wöchentlichen Kassieren der Kassierer ohne Entschädigung den halben Sonntag arbeiten soll. Auch die Agitation würde darunter leiden, indem auch diese den Zahlstellen Opfer auferlegt. Es kämen noch die Kartellbeiträge, Entschädigung für die Kartellbelegierten, Ausgaben für die Bibliothek, sachliche Ausgaben und anderes hinzu, um zu beweisen, daß gerade die oben angeführten Zahlstellen durch die Herabsetzung der Prozente in ihrer Bewegungsfreiheit ganz kolossal gehindert würden. Wenn in Nummer 13 der „Holzarbeiter-Zeitung“ hingewiesen wird auf die Lokalbeiträge, so sind diese doch meistens dazu da, um die Kollegen bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit zu unterstützen. Wenn weiter hingewiesen wird, daß die lokalen Unterstühtungen in etlichen Zahlstellen über die Verhältnisse hinausgehen, so gibt dies keine Begründung den meisten Zahlstellen gegenüber, die eben ihren Mitgliedern solche Unterstühtungen nur im engeren Rahmen gewähren. Diesen hohen Unterstühtungen wird ja durch den Antrag des Vorstandes zum Paragraph 11 ein Miegel vorgeschoben. Dieses und verschiedene andere Umstände sind dazu angetan, gegen diesen Antrag des Vorstandes entschieden Stellung zu nehmen. Sollte trotzdem dieser Antrag vom Verbandstag angenommen werden, so würde er die Bewegung in den kleineren und mittleren Zahlstellen nur hemmen.

Grüger-Sameln.

In seiner Einsendung in Nummer 13 der „Holzarbeiter-Zeitung“ beschäftigt sich der Kollege Schirdewahn-Flensburg mit dem § 89 des Statuts, der besagt, daß an ledige Kollegen, die bei einem Streik oder einer Maßregelung nicht an den Ort gebunden sind, erhöhte Unterstühtung nach § 41 in der Regel nur für 14 Tage gewährt wird. Der Kollege will die Dauer der erhöhten Unterstühtung statutarisch verlängert haben. Ich bin nicht für eine Verlängerung der Unterstühtungsdauer, ebenso hat sich auch unsere letzte Versammlung nach eingehender Diskussion für die Belassung des Wortlautes des jetzigen § 89 ausgesprochen. Es ist, meiner Ansicht nach, Pflicht jedes in den Streik tretenden ledigen Kollegen, daß er, schon aus Solidarität gegenüber seinen an den Ort gebundenen Kollegen, den Ort verläßt, wenn nicht triftige Gründe vorhanden sind. Ferner sind ohnehin 14 Tage festgesetzt, daß der Kollege am Orte unterstühtungsberechtigt bleiben kann. Ich meine nun, ein wenig läßt sich doch voraussehen, wenn der Streik schon 14 Tage dauert, ob er bald aufhört oder noch unbestimmte Zeit währt. Im betreffenden Paragraphen steht die Klausel: „In der Regel“, und da glaube ich, daß gegebenenfalls hier die Lokalverwaltung diejenige Instanz ist, die hierüber zu urteilen in der Lage sein wird, und der sich dann die betreffenden Kollegen zu fügen haben. Ist ein Streik von längerer Dauer, und will ein Kollege den Streibrecher machen, dann macht er ihn nach sechswöchiger Unterstühtungsdauer noch ebenso, als er ihn nach vierzehntägiger machen würde. Das beste an der Sache wäre eben, und wir müssen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln darauf dringen, es zu erreichen, daß alle Kollegen, die einmal in unseren Reihen sind, auch wirkliche überzeugte Mitglieder werden, dann haben wir Streikbruch von Kollegen aus unseren Reihen überhaupt nicht zu befürchten, dann kann der § 89 ruhig bestehen bleiben.

Schubert-Meichenhall.

Unter den Anträgen des Hauptvorstandes betrachte ich den auf Herabsetzung des Anteils der Lokalkassen von 20 auf 10 Prozent vom Standpunkt der kleinen Zahlstellen für absolut undurchführbar. Wo sollen wir dann Geld hernehmen zur Agitation. Es heißt wohl, der Hauptvorstand könnte dann den kleinen Zahlstellen mehr helfen. Ich glaube, wenn bei dem jetzigen System die Gauleiter ein wenig hinter den Zahlstellen her sind, dann hat der Verband mehr Nutzen, als wenn man immer den Hauptvorstand ansteuern muß. Die Lust zu arbeiten würde dadurch sehr eingeschränkt. Denn woher soll man das Geld nehmen zur Anschaffung von Büchern für die Bibliothek? Beim Vorstand betteln? Die Beiträge, die teilweise etwas hoch sind, an die Gewerkschaftskassette, woher nehmen. Dann gibt es auch geographisch ungünstige Zahlstellen, die hohe Verwaltungsstellen haben. Wo Ausgaben ziemlich viel, aber so gut wie keine Einnahmen. Der Hauptvorstand wird sagen: „Ihr dürft ja Lokalbeiträge erheben.“ Jawohl, aber damit geht der Karren erst recht schief. Mit diesem Antrag hat der Hauptvorstand niemand als den Lokalkassen Freunde gemacht. Ich hoffe, daß die Mehrzahl der Delegierten diesen Antrag ablehnt, sonst könnten wir die betrieblchen Lohngeber spielen müssen. Nach meiner Meinung wäre durch Einführung der Staffelleiträge unserer Finanznot mehr geholfen.

H. r. Schwarzälder-St. Georgen.

Es ist in der letzten Zeit viel geschrieben und diskutiert worden über die Fluktuation und den Rückgang der Mitgliederzahl unseres Verbandes. Allerlei Gründe wurden dafür angeführt. Mangelnde Agitation soll mit schuld daran sein. Das scheint mir nicht ganz richtig, denn agitiert wird genug. Mir scheint vielmehr, als seien die hohen Beiträge in allererster Linie daran schuld, daß die Mitgliederzahl nicht weiter steigt. Denn die Kollegen, welche einen geringen Lohn haben, können keine hohen Beiträge zahlen, und wenn wir mit Engeldzungen redeten. Da wir aber alle Kollegen organisieren wollen, also auch die mit geringen Löhnen, so ist es die höchste Zeit, daß endlich Klassenbeiträge eingeführt werden. Möge man sich auch noch so sehr dagegen wehren, es bleibt uns doch auf die Dauer kein anderer Ausweg übrig. Der Verbandsvorstand hat ja schon wieder eine indirekte Beitragserböhtung beantragt, direkt getraut er sich es jetzt nicht. Diese indirekte Erböhtung wäre nach meiner Ansicht abzulehnen. Der Kollege Schreck macht den Vorschlag, eine Beitragsklasse mit 75 Pf. einzuführen. Damit ist aber nur nach einer Seite hin Rechnung getragen, indem die besser entlohten Kollegen, welche ja auch in der Lage sind, etwas mehr zu zahlen, stärker herangezogen werden. Auch die Hauptkasse wird dadurch erheblich gestärkt. Was soll aber mit jenen Tausenden von Kollegen, welche noch Löhne von 10, 12, 14 Mk. pro Woche verdienen, geschehen? Wollen wir die links liegen lassen? Damit würden wir uns den größten Schaden zufügen. Wir müssen sie unter allen Umständen zu organisieren suchen. Da sind aber 50 Pf. Beitrag zu hoch. Es müßte also für jene Kollegen eine Beitragsklasse mit vielleicht 35 Pf. eingeführt werden. Dadurch würde immerhin einer großen Anzahl von Kollegen der Beitritt ermöglicht. Schaden hat der Verband dadurch auf keinen Fall, denn die Zahl derer, welche 75 Pf. zahlen würden, ist ja bedeutend größer als die, welche 35 Pf. zahlen würden. Gerade für die schlecht entlohten Branchen und Berufe unseres Verbandes würde es von großem Vorteil sein, die Klassenbeiträge einzuführen, zum Beispiel für die Korbmacher. Da gibt es noch viele Tausende zu organisieren. Mit den hohen Beiträgen bekommen wir dieselben aber nicht, und somit ist auch die Aktionsfähigkeit der jetzt organisierten Korbmacher gelähmt. Das Beispiel haben wir ja eben erst wieder erlebt in der Geschloßkornbranche. Sollten die Klassenbeiträge aber vom Verbandstag abgelehnt werden, so ist es sicher, daß wir in zwei Jahren eine abermalige Beitragserböhtung bekommen. Dann werden wieder Tausende von Kollegen auf der Strecke bleiben, welche nicht mehr instande sind, infolge ihrer niedrigen Löhne die hohen Beiträge zu erschwingen. Und die Agitation wird immer schwieriger in solchen Gegenden, wo sie gerade am notwendigsten ist. Hier kann uns die Phrase: „Wir wollen keine Mitglieder zweiter Klasse“, nicht mehr hinwegtäuschen. Nicht Phrasen und schöne Redensarten helfen uns vorwärts, sondern es müssen Mittel und Wege geschaffen werden, um alle Holzarbeiter für uns zu gewinnen, nicht nur die bestentlohten, denn dann nützt uns der Verband nichts mehr. Außer den Klassenbeiträgen ist es aber auch notwendig, daß in solchen Zahlstellen, wo hohe Lokalbeiträge erhoben werden, die schlecht entlohten Kollegen von diesen Lokalbeiträgen befreit werden. Es sind uns durch die hohen Lokalaufschläge schon viele Mitglieder verlorengegangen. Also auch hier muß die Reform einsehen. Selbstverständlich müßten ja auch dann die Unterstühtungssätze entsprechend eingerichtet werden. Mögen die Kollegen und auch der Verbandstag meine Vorschläge prüfen; sie werden jedenfalls zu dem Resultat kommen, daß die Einführung der Klassenbeiträge nicht mehr zu umgehen ist, wenn nicht der Verband in seiner Aktionsfähigkeit gelähmt werden soll. Gerade in einem Industrieverband, wie es der Deutsche Holzarbeiterverband ist mit seinen so sehr verschieden entlohten Berufen und Branchen, sind die Klassenbeiträge eine Notwendigkeit.

H. Wedt-Themar.

Dem Antrag, den der vierte Gau des Deutschen Holzarbeiterverbandes zum Verbandstag gestellt hat dahingehend, den in der freien Jugendorganisation organisierten Jungen Leuten bei ihrem Eintritt in den Verband die dort geleisteten Beiträge anzurechnen, kann ich nur zustimmen. Manchem mag dieser Antrag etwas zu weitgehend sein, aber bei näherer Prüfung wird man zu anderer Ansicht kommen. Die jungen Leute sind im höchsten Maße vier Jahre bei der freien Jugendorganisation, wenn sie dem Verband beitreten, denn laut Statut derselben müssen sie nach beendeter Lehrzeit sich einer Gewerkschaft anschließen, wenn sie noch Mitglied der freien Jugendorganisation bleiben wollen. Die Beiträge sind monatlich und betragen durchschnittlich 20 Pf. Das wären in vier Jahren 48 Beiträge zu 20 Pf.

Es würden also 48 Beiträge à 20 Pf. in direkte Verbandsbeiträge zu 50 Pf. umgerechnet rund 19 Verbandsbeiträge herauskommen, die dem neuzutretenden freien Jugendorganisationsmitglied beim Eintritt in den Verband angerechnet würden. Das wäre bei einem vier Jahre in der Jugendorganisation Organisierten der höchste Satz, der angerechnet werden müßte. Man sieht also, daß dieser Antrag wohl zu akzeptieren ist, und ich möchte die Kollegen allerorts bitten, diese Angelegenheit in ihren Mitgliederversammlungen eingehend zu diskutieren und ihren Delegierten zum Verbandstag zur Pflicht zu machen, ihn zu unterstützen, damit ein diesbezüglicher Paragraph dem Verbandsstatut eingefügt wird. Es wäre das zum Nutzen des Verbandes und der freien Jugendbewegung.

O. B.-Eilenburg.

Die Behandlung, welche die Anträge zur Einführung von Staffelleiträgen auf den diesjährigen Gantagen gefunden haben, läßt erwarten, daß auf dem Verbandstag alle derartigen Anträge abgelehnt werden. Und doch würde es für den Verband von Vorteil sein, wenn die Staffelung der Beiträge beschlossen würde. Mit dem Beitrag von 50 Pf. werden wir nicht mehr lange auskommen, wie auch der Antrag des Vorstandes beweist. Eine allgemeine Beitragserböhtung würde die Agitation noch mehr erschweren, in einzelnen Berufen überhaupt unmöglich machen. Die verschiedene Höhe der Löhne in den einzelnen zu unserem Verband gehörigen Berufen — selbst in einzelnen Berufen sind die Löhne sehr verschieden — rechtfertigen viel mehr wie in

jedem anderen Industrieverband die Festsetzung der Beiträge nach Klassen.

Wenn wir die vielen uns noch fernstehenden Kollegen, welche gern Mitglieder unseres Verbandes werden möchten, wegen ihrem geringen Lohne die Beiträge in der jetzigen Höhe aber nicht zahlen können, zu Mitgliedern wollen, so wird uns nichts weiter übrigbleiben, als die Beiträge nach Klassen festzusetzen. Wenn man in Betracht zieht, daß in einem Beruf, in einer Fabrik Durchschnittslöhne von 12 bis 38 Mk. pro Woche verdient werden, könnte der Kollege mit 36 Mk. Durchschnittslohn viel leichter pro Woche 1 Mk. Beitrag bezahlen, als der Kollege mit 12 Mk. einen solchen von 26 Pf. Warum sollen die Kollegen in den Orten, wo es mit Hilfe des Verbandes möglich war, ganz bedeutende Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, nicht einen höheren Beitrag zahlen (von Lokalbeiträgen ganz abgesehen), wie die Kollegen in den Orten, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch alles zu wünschen übrig lassen? Warum soll der Kollege mit 36 Mk. Durchschnittslohn nicht die Möglichkeit haben, sich gegen Arbeitslosigkeit usw. höher zu versichern als der Kollege mit 12 Mk.? Die früher übliche Regelung der Streifunterstützung, die bei jedem Streik erst festgesetzt wurde je nach dem Orte verdienten Löhnen, gibt dafür ein passendes Beispiel. Jetzt erhalten manche Kollegen eine höhere Streifunterstützung, als sie an Lohn verdienen. Es kommen hier in Liegnitz vor allen anderen Kollegen die Kollegen in der Stocfabrik in Betracht. In dieser Fabrik werden so niedrige Löhne bezahlt, daß es den Kollegen bei dem Beitrag von 60 Pf. nicht möglich ist, sich im Holzarbeiterverband, wo sie hingehören, zu organisieren. Hier kommen der Handels- und Transportarbeiterverband, die mit ihren niedrigen Beiträgen schon Mitglieder dort haben, und suchen für ihre Organisation Anhang. Wir haben weiter hier noch eine ganze Anzahl Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter, die auch sehr geringe Löhne haben; auch diesen würde es möglich sein, nach Einführung von Staffelleiträgen sich bei uns zu organisieren. Ich gebe zu, daß die betreffenden Kollegen früher, bei dem niedrigen Beitrag, hätten Mitglieder werden können, um ihre Lage zu verbessern, aber das haben sie wie so viele andere veräumt.

Es sollen die Kollegen, denen es möglich ist, einen höheren Beitrag zu bezahlen, nicht daran gehindert werden. Den Kollegen, die wegen ihrer niedrigen Löhne nicht mitkommen, soll es möglich gemacht werden, sich in dem Verband, wo sie hingehören, bei einem ihrem Lohne entsprechenden Beitrag zu organisieren. Nach Einführung von Staffelleiträgen würde auch für die alten Mitglieder eine Erleichterung geschaffen werden können in der Weise, daß, wenn sie ein zu bestimmtes Alter erreicht und eine bestimmte Zahl Beiträge geleistet haben, sie in einer niedrigeren Klasse ihre Beiträge weiterzahlen könnten, dabei aber Anspruch auf die Unterstühtung der Klasse hätten, in welcher sie früher die Beiträge bezahlt haben.

Ich hoffe, daß der Verbandstag sich mit der Frage beschäftigt und zu dem von mir gewünschten Beschluß gelangt. Die Verwaltung würde sich noch schwerer gestalten, aber die Vorteile, die für den Verband dabei herauskommen, wiegen die Nachteile reichlich wieder auf.

Heinrich Renner-Liegnitz.

Bekanntlich wurde auf allen Gantagen von den Vertretern des Hauptvorstandes die Versicherung gegeben, daß an eine Erböhtung der Beiträge in diesem Jahre auf dem Verbandstag nicht gedacht wird. Um so mehr müssen wir uns wundern, daß nun auf einmal der Vorstand mit einem Antrag kommt, der zwar nicht direkt eine Beitragserböhtung ausspricht, sondern indirekt die Zahlstellen zwingt, höhere Leistungen für den Verband von den Mitgliedern zu fordern. In welcher Art und Weise diese die Erböhtung aus den Mitgliedern herauszuschlagen sollen, darüber schweigt des Vorstandes Höflichkeit. An dem Beispiel unserer Zahlstellen wollen wir nun zeigen, daß es doch nicht geht, diese Prozente der Beiträge für die Lokalkasse noch zu schmälern. 1907 Prozenten vereinnahmte unsere Lokalkasse im Jahre 1907 194,20 Mk. An Ausgaben hatten wir, ohne daß die Lokalverwaltung für ihre Arbeit etwas erhalten hätte, 397,50 Mk. Ohne die 220 Mk., die wir dem Vorstand während der Aussperrung zur Verfügung stellten, hatten wir noch einen Kasienbestand von den Prozenten von 16,70 Mk. Die freiwilligen Beiträge brachten wir aber durch Einführen eines Lokalbeitrags auf. Angenommen, wir hätten keinen Lokalbeitrag eingeführt und würden in eine Lohnbewegung hineingezogen, wäre es dann möglich, die lokalen Ausgaben zu bestreiten? Und wie sollte es erst werden, wenn wirklich die 10 Prozent Vergütung für die Lokalkasse vom Verbandstag angenommen würde? Ich meine, gegen diesen Antrag müßten sich vor allen Dingen die kleinen Zahlstellen und unsere in wirtschaftlicher Beziehung schlechtheligen ergebungsreichen und vogeländlichen Zahlstellen richten, denn diesen ist es unmöglich, einen Lokalbeitrag einzuführen, und mit einem Zuschuß von 10 Prozent der Beiträge für die Lokalkasse läßt es sich heute eben nicht auskommen. Ist es aber tatsächlich notwendig, direkte Mittel für den Verband aufzubringen, so würde ich empfehlen, daß wir zur Einführung von Staffelleiträgen schreiten würden, und zwar zwei Klassen, eine mit 50 Pf., die andere mit 70 Pf. Beitrag. Dann wäre es auch möglich, wenigstens in den kleinen Zahlstellen und dann auch in den zurückgebliebenen Gegenden noch Fortschritte für den Verband zu erzielen. Für die Reduzierung der Prozente für die Lokalkassen darf kein Delegierter zum Verbandstag eintreten.

E. G. Felbinger-Muerbach i. B.

Es ist vor allem notwendig, daß wir Mittel und Wege finden, die noch fernstehenden Kollegen dem Verband zuzuführen. Dieses würde uns wohl sehr erleichtert werden, wenn der Antrag auf Einführung staffelleiträger Beiträge angenommen werden würde. Aber gerade dafür scheinen sehr wenig Kollegen Sympathie zu haben, obwohl die Sache infolge der großen Fluktuation, welche in den letzten Jahren festgestellt hat, und der Situation, in welcher sich die Verbandskasse den Machtkämpfen der Unternehmerorganisation gegenüber befindet, ganz unentbehrlich geworden ist. Wir haben bei der Beitragserböhtung vor zwei Jahren gewiß schlimme Erfahrungen genug gemacht, und darf es nicht wundernehmen, wenn der Vorstand diesmal sich nicht

getraut, eine Beitragserhöhung vorzuschlagen. Daß aber das Geld in der Kasse infolge der durchgeführten Kämpfe knapp ist, dürfte wohl jedem Kollegen bekannt sein. Daß aber nun gerade die Lokalkassen dadurch geschädigt werden sollen, ist mir nicht sympathisch. Würden die Beitragsleistungen nach dem Verdienst des Verdienstes eingeführt werden, so glaube ich sicher, daß die finanziellen Fragen damit gelöst werden könnten. Denn dadurch würde es leichter möglich werden, die in schlechten Lohnverhältnissen stehenden Kollegen dem Verband zuzuführen und zu erhalten. Nur mit einer starken Organisation können wir die Machtkämpfe, wie sie von den Unternehmern provoziert werden, siegreich abwehren. Und ist der Vorstand dann auch mehr in der Lage, für Hebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Mittel zur Verfügung zu stellen. Wenn immer wieder Gesuche zur Unterstützung einer Lohnbewegung abgelehnt werden müssen, so wird die Fluktuation nicht beseitigt, sondern verschlimmert, obwohl ein Ablehnen eines Streikgesuches kein Grund zum Austritt ist und jeder Kollege sich die Gefahren eines solchen Schrittes für sich und die Allgemeinheit vor Augen führen sollte, so haben wir aber doch auch in den Reihen der organisierten Kollegen mit einem weitgehenden Indifferentismus zu rechnen. Wir müssen infolgedessen alles versuchen, diese bestehenden Übel aus der Welt zu schaffen, wenn wir die Organisation ausbauen wollen zu dem, was sie sein soll: eine Feste zur Sicherung und Hebung unserer Existenz. Um dieses zu erreichen, schlage ich vor, 3 Prozent des Verdienstes als Verbandsbeitrag und eine dementprechende Unterstützungsleistung einzuführen. Und zwar in fünf Klassen zu 30, 45, 60, 75 und 90 Pf. 30 Pf. würden die Kollegen zu bezahlen haben, welche unter 15 Mk. verdienen, 45 Pf. von 15 bis 20 Mk., 60 Pf. von 20 bis 25 Mk., 75 Pf. von 25 bis 30 Mk. und 90 Pf., die darüber hinaus verdienen. Das sind Beitragsätze, die jeder Kollege mit Leichtigkeit bezahlen kann, und auch die Unterstützungen werden dann bei allen Kollegen mehr Anklang finden als jetzt. Denn wo der Verdienst über 30 Mk. wöchentlich steht, sind auch die Verhältnisse dort so, daß mit 12 bis 15 Mk. Streik- oder Gemahregelunterstützung an ein Auskommen nicht zu denken ist, obwohl die Lebensmittelverteuerung durch Zölle und indirekte Steuern von allen Kategorien getragen werden muß, so sind doch besonders die Mieten dort so hoch, daß die Unterstützung dadurch fast allein aufgebraucht wird. Jetzt zahlt die Kasse bei 50 Pf. Beitrag 12 respektive 15 Mk. Unterstützung; bei 30 Pf. würden dann, wenn derselbe Prozentsatz beibehalten werden soll, nur 7,40 Mk. kommen usw., und damit würden sich die Kollegen viel leichter abfinden können als wie bei einem Verdienst von zirka 10 Mk. wöchentlich 50 Pf. Beitrag zu bezahlen. Und daß es sehr viele Kollegen gibt, die in so erbärmlichen Verhältnissen stehen, ist in der „Solgarbeiter-Zeitung“ oft genug geschildert worden. Aber es muß auch an diese gedacht werden, denn viele von denen sind es gewesen, welche ihre Beiträge gern abgeführt haben, wovon nur besonders die Kollegen in den Großstädten (na, na, na! mach's halbwegs! Redaktion.) einen Nutzen hatten, indem sie mit der Waffe einer starken Kasse ihre Lage einigermaßen besser gestalten konnten. Infolgedessen ist es auch die höchste Zeit, mit dem Beitrag nach dem Kopf aufzuräumen und an dessen Stelle einen gerechten, der Leistungsfähigkeit entsprechenden Beitrag einzuführen, um es den Kollegen in den schlecht entlohnenden Gegenden möglich zu machen, die noch fernstehenden und sich besonders an den hohen Beiträgen stoßenden Kollegen für den Verband zu gewinnen, um auch dort durch den Verband bessere Lebensbedingungen erkämpfen zu können. Die Kollegen in den Großstädten haben dann auch den Vorteil, daß der Zugang nach den Großstädten nachläßt, sobald die Löhne in den Konkurrenzgebieten ebenfalls steigen; auch die Unternehmer werden es sich dann überlegen, den Kollegen in den Großstädten Machtkämpfe aufzuzwingen, und die Finanzlage des Verbandes wird dadurch eine recht günstige. Ich hoffe, daß alle Kollegen mit daran arbeiten, die Frage ins Klare und in meinem Sinne zur Durchführung zu bringen, denn ist der Verbandstag vorüber, dann ist es zu spät.

Zur leichteren Durchführung dieser Entscheidung schlage ich vor, für jeden Kollegen Lohnwucher einzuführen, in die er jeden Monat den durchschnittlichen Wochenlohn einträgt und das er gleichzeitig mit dem Verbandsbuch den Werkstattdelegierten, wo solche nicht bestehen, den Beitragstassierern zur Kontrolle gibt. Übrigens möchte ich empfehlen, an § 78 des Statuts den Anhang zu setzen: „Die Kassierer sowie Werkstattdelegierte sind verpflichtet, monatlich eine Kontrolle des Verbandsbuchs vorzunehmen, um ein größeres Nestieren der Beiträge zu vermeiden.“

Zu § 89 könnte ich keine Veranlassung zur Abänderung finden, da doch Kollegen, welche an den Ort gebunden sind, nach den Bestimmungen des § 89 ohnedies nicht benachteiligt sind. Die Ansicht des Kollegen A. Wille-Schweidnitz teile ich insoweit, als ich es für geboten erachte, älteren Kollegen, welche nicht mehr so viel verdienen können, eine Vergünstigung zu gewähren. Die Frage wird jedoch überflüssig, wenn stufenweise Beiträge eingeführt werden, wie oben erwähnt. Noch möchte ich einen Antrag empfehlen, daß an Orten, wo es irgend möglich ist, die Inhaber der Versammlungsorte für ihr Lokal entschädigt werden, um den Trinkwang bei Versammlungen zu vermeiden, damit kein Kollege die Ausrede, wenn er die Versammlung geschwänzt hat, brauchen kann, er hätte kein Geld dazu. Auch könnten wir dadurch den Alkoholmißbrauch etwas bekämpfen. Die Gewerkschaften haben schon viel Schaden durch übermäßigen Genuß des Alkohols erlitten.

Hermann Kempe-Potschappel.

40 Mk. Davon gehen ab für Zeitungstragen und Kassieren pro Mitglied und Beitrag 3 1/2 Prozent gleich 28 Mk., für Porto 5 Mk., Kartell- und Gaubeiträge 12 Mk., Sozialgeschenke 3 Mk., an Entschädigung der Delegierten, des Bevollmächtigten und Kassierer gar nicht zu denken, bleibt schon ein Defizit von 8 Mk. Wo bleibt dann etwas für Agitation und Aufklärung? Ja, die Notwendigkeit, wovon sich der Hauptvorstand fürchtet, ist die versteckte Schraube ohne Ende, die Beitragserhöhung, welche dann den Lokalkassen aufgehalst werden soll. Aber wir stehen doch in Zeichen der Tarifverträge, da brauchen wir ja keine Agitation, dieselben agitieren ja nach Ausspruch von Tarifverträndern schon genug, auch keine Aufklärung, da es kein Einsehen des einzelnen mehr gibt, weil doch alles von den leitenden Kollegen nur noch geregelt wird. Denn aus all den letzten Bewegungen unseres Verbandes war zu entnehmen, daß die Tarifverträge zum Heile der Kollegen dienen sollen, wir sind aber darin anderer Meinung. Wohin soll das führen, wenn die gesamten Solgarbeiter Deutschlands unter einen Tarif zu stehen kommen wie die Buchdrucker, denn deren Bewegung ist nach jeder Seite hin verflacht, gelinde gesagt. Durch Tarifverträge wird ein Teil der Kollegen betreffs ihrer höheren Arbeitskraft nur gehindert, ihre Lage noch wirtschaftlich besser zu gestalten, als es ihnen der gegenwärtige Tarif vorsieht. Also der Fortschritt wird nach jeder Seite gehemmt, andererseits kann man die lauen Kollegen gleich gar nicht mehr zur Agitation und zum Versammlungsbesuch bekommen. Unter solchen Verhältnissen ist die gesamte indifferente Masse überhaupt nicht zum Verband zu gewinnen; die sagt sich doch, die Verbändler mögen nur läsen, wir ernten doch mit. Dadurch wird den gelben Gewerkschaften nur Vorschub geleistet, indem dieselben auf Grund ihrer niederen Beiträge denselben zugänglicher sind. Schon das muß uns zu denken geben. Auch sind wir der Meinung, daß bei sämtlichen Verhandlungen mit den Unternehmernverbänden über die abgelaufenen Tarifverträge die Zentralgewerkschaften der Arbeiter die Geschlagenen waren und sich förmlich fettgefahren haben. Uns dünkt, daß Tarifverträge bloß dazu beitragen, die Kollegen über ihre erbärmliche Lage hinwegzutäuschen, mithin sind sie zu bekämpfen, weil sie antirevolutionär wirken, die Kollegen eher ans Dahinsiechen als an den Kampf gewöhnen. Und das ist die Unruhe in der Gewerkschaft, die sich bemerkbar macht, folglich können die Antragsteller zum Zusatz oder Änderung des § 77 nicht das Wohl der gesamten Kollegenschaft im Auge gehabt haben. Demzufolge beharrt es wohl einer großen Überlegung und dem Kampfesmut (!) der Delegierten dem Hauptvorstand gegenüber, derartige Anträge über Bord zu werfen.

Gustav Härtel und Max Weiskner-Verdau.

Soziales.

Aus dem Reichstag.

Das Vereinsgesetz ist unter Dach! Mit 197 gegen 168 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen wurde es bei der endgültigen Abstimmung in der dritten Lesung am 8. April angenommen, und der Bundesrat beilegte sich, den Beschlüssen des Reichstags seine Zustimmung zu geben. Schon am 15. Mai tritt das neue Gesetz in Kraft; die Arbeiterschaft wird also bald Gelegenheit haben, die Wirkung dieses Blockproduktes am eigenen Leibe zu verspüren.

Die Hauptschlacht wurde bei der Beratung des § 7 in der zweiten Lesung geschlagen. Hatte sich die Blockmehrheit vorher bemüht, möglichst wenig zu sprechen und der Opposition durch Schlussanträge das Wort abzuschneiden, so änderte sie hier ihre Taktik. Der eigentliche Macher des Blocks, der geadelte „Demokrat“ v. Payer wurde vorgeschickt, die Schande des Liberalismus zu verkünden. Der Führer der Volkspartei hielt eine große Rede: Überraschungen brachte sie nicht, denn es war bekannt, daß Herr v. Payer seitdem es genügt worden war, mit dem besten Willen zu dienen, keinen höheren Gehalt zu empfangen als dessen Witten zu erfüllen. Aber am 4. April wurde aus dem berufensten Munde das Ende der bürgerlichen Demokratie in Deutschland verkündet. Der Liberalismus fühlt sich wohl an der Regierungskrippe; wir wollen der Regierung weder Grund noch Vorwand geben, uns auszuschalten zugunsten anderer, die nur darauf warten,“ das ist das durch Payer verkündete Programm des Freisinn. Um nicht das Wohlwollen der Regierung zu verschmerzen, verleugnet der Liberalismus seine ganze Vergangenheit. Dieselben Freisinnigen, die noch kürzlich vorgaben, die Rechte der verfolgten Polen gegen die Enteignungsgelüste der preussischen Regierung zu schützen, marschieren jetzt Hand in Hand mit der Regierung und den Junkern, um den Polen das Recht auf den Gebrauch ihrer Muttersprache zu rauben.

Aber es handelt sich um mehr als das. Alle Dementierungsversuche können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß der Sprachenparagraf ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter ist und den rheinisch-westfälischen Kohlenbaronen zuliebe in das Gesetz aufgenommen wurde. Wenn es unseren Überpatrioten wirklich um den Schutz des Deutschtums zu tun wäre, dann müßten sie darauf achten, daß vor allem den deutschen Arbeitern die Existenzmöglichkeit gewahrt bleibt. Aber der Patriotismus hört auf, sobald der Profit in Frage kommt. Ausländische, fremdsprachige Arbeiter lassen sich willig ausbeuten, deshalb werden sie in steigender Zahl ins Land gezogen, um die Einheimischen zu ersetzen. Was verschlägt es den Kapitalisten, daß durch die Invasion der rückständigen, anspruchslosen Massen das Kulturiveau herabgedrückt wird; die Hauptsache ist, daß sich aus diesen Elementen ein höherer Profit herausqueischen läßt. Dieser Profit ist in Gefahr, wenn es den deutschen Arbeitern gelingt, an die Ausländer heranzukommen, sie in ihrer Muttersprache über die Rolle aufzuklären, zu der sie mißbraucht werden, und sie zu denkenden Menschen zu erziehen. Deshalb hauptsächlich wurde das Verbot des Gebrauchs nichtdeutscher Sprachen in öffent-

lichen Versammlungen in das Gesetz aufgenommen. Diese Zusammenhänge wurden von Legien und ganz besonders von Lue in einer glänzenden Rede dargelegt, aber es war vergebliche Mühe. Die Liberalen der verschiedenen Schattierungen waren fest entschlossen, ihren Liberalismus auf dem Altar des Blocks zu opfern, ungeachtet der Proteste ihrer Parteigenossen im Lande, unbekümmert um die Wünsche der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, der letzten Arbeiter, die noch zur Fahne des Liberalismus schwören. Nur vier Freisinnige stimmten gegen den „dummen und ungebildeten Paragrafen“, wie ihn der Abgeordnete Naumann nannte, der aber trotzdem dieses Monstrum annahm.

Fast noch deutlicher als in dem Sprachenparagrafen kommt die Arbeiterfeindschaft des neuen Vereinsgesetzes in dem § 10a zum Ausdruck, welcher Personen unter 18 Jahren die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen verbietet. In dem Sturm, welchen die Annahme des Sprachenparagrafen durch die Liberalen hervorgerufen hatte, ist die Bedeutung des § 10a nicht genügend zur Geltung gekommen. Sehr zu unrecht, denn dieser Paragraph ist durchaus geeignet, den Gewerkschaften die größten Schwierigkeiten zu bereiten. Der größte Teil der Arbeiter ist mit 18 Jahren wirtschaftlich selbständig, und die Gewerkschaften haben das größte Interesse, diese Schichten für sich zu gewinnen, um so zeitig wie möglich die Erziehungsarbeit an ihnen zu beginnen. Das neue Vereinsgesetz will das verhindern. Die Regierung hat es abgelehnt, zu erklären, daß die Gewerkschaften nicht unter den § 10a fallen, und nur zu bald wird man hören, daß die Polizei versucht, die jungen Leute aus den Organisationen und den Gewerkschaftsversammlungen auszutreiben. In der ursprünglichen Regierungsvorlage war der § 10a nicht enthalten, und die Regierung, welche erklärt hat, daß das Gesetz ohne den § 7 für sie unannehmbar sei, hätte sich auch mit der Ablehnung des Jugendparagrafen zufrieden gegeben. Aber die Konservativen verlangten nach diesem Mittel zur Schikanierung der Arbeiter, und aus lauter Liebe zu den Junkern haben die Liberalen die Interessen der Arbeiter bewußt mit Füßen getreten.

Das Vereinsgesetz ist also definitiv angenommen, und als Lohn hat der Liberalismus die Novelle zum Börsengesetz erhalten. Mit Enttäuschung ist die Behauptung zurückgewiesen worden, als sei das Vereinsrecht der Arbeiter verhässert worden, um dagegen Vorteile für die Börse einzutauschen, aber der Zusammenhang zwischen beiden Gesetzen liegt so klar zutage, daß er dem Blödesten auffallen muß. Es verdient festgehalten zu werden, daß das Vereinsgesetz ausschließlich den Freisinnigen zu danken ist; sie hatten die Möglichkeit, es zu Fall zu bringen, aber mit Wollust sind sie über den vorgehaltenen Stock gesprungen. Das Vereinsgesetz bringt, wie der Abgeordnete Heine ausführte, nur für die beiden Mecklenburger ungewisse Verbesserungen, für das übrige Deutschland bringt es mehr oder minder große Verschlechterungen des seitherigen Zustandes. Es ist ein schlechter Trost, wenn sich die Freisinnigen von Herrn v. Payer einreden lassen, daß sie dieses schlechte Gesetz annehmen mußten, um zu verhindern, daß in Preußen ein noch schlechteres Gesetz geschaffen werde. Mit dieser Ausrede wird Herr v. Payer bei seinen württembergischen Landsleuten und sogar bei vielen seiner seitherigen Parteigenossen recht schlechte Geschäfte machen.

In Wirklichkeit handelte es sich bei dieser Gelegenheit um eine Probe auf die Leistungsfähigkeit des konservativen Liberalen Blocks, und diese Probe ist bestanden; der Block hat seine erste Frucht zur Welt gebracht. Als der Block begründet wurde, da nannte ihn ein freisinniger Abgeordneter im Reichstag ein „Loch“ mit einem Kaninchen. In ihm solle man sich nicht aufhalten, um eine Mißgeburt zu gebären, und das neue Vereinsgesetz ist seiner Eltern würdig. Ob aber dieser mißgestaltete Sprößling die Dauerhaftigkeit der Ehe garantiert, ist noch sehr fraglich. Schwere Klippen drohen dem Block im Spätjahr, wenn die Finanzreform in Angriff genommen werden muß. Möglich, daß sie umschiffet werden, denn der Freisinn hat jetzt bewiesen, daß er gern bereit ist, seine Prinzipien zu opfern, und er wird schließlich auch eine Finanzreform nach dem Diktat der Konservativen machen. Aber was dann? Im Jahre 1912 läuft das Mandat des Reichstags ab und dann spätestens wird es mit der Herrlichkeit Bülow's und des Blocks und auch — des Freisinn's ein Ende haben. Je mehr der Liberalismus sein Wesen aufgibt und sich den Reaktionären nähert, um so deutlicher sehen die Arbeiter, daß nur die Sozialdemokratie ihre Interessen wahrnimmt. Und so werden schließlich die reaktionären Laten des Freisinn's am letzten Ende der Sozialdemokratie zum Vorteil gereichen.

Der fünfte deutsche Arbeitsnachweisungsrekord findet vom 12. bis 14. November in Leipzig statt. Auf der Tagesordnung stehen Vorträge über die allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweise und die besonderen Facharbeitsnachweise, Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitsnot auf dem Lande, die Verbindung des Arbeitsnachweises mit anderen sozialen Einrichtungen (Wohnungsamt, Schreibstube, Rechtsauskunftsstelle), die Einrichtung von Arbeitsnachweiskontrollbüros, der Mitteldeutsche Arbeitsnachweisverband und die Aufgaben von Reich, Staat und Gemeinde gegenüber den allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweisen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgender Zahlstelle wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokaltbeitrags erteilt, und zwar ab 15. April: Solingen 50 Pf.

Zunächst zu dem uminschten § 77; sollte man meinen, daß ein derartiger Antrag kommen könnte in einer Zeit, wo von allen Seiten hervorgehoben und uns täglich der Beweis geliefert wird, daß die Agitation mehr denn je gepflegt werden sollte, also den Zahlstellen höhere Agitationskosten schon erwachsen? Aber der Hauptvorstand scheint zu denken, wenn nur 3 Geld im Kasten klingt usw. Nein, verehrte Kollegen vom Hauptvorstand, wir brauchen auch Geld am Orte, denn wenn jetzt mit 20 Prozent noch keine den Verhältnissen entsprechende Tätigkeit entfaltet werden konnte, und die Zahlstellen bei jeder Gelegenheit von der Gnade der Hauptkasse abhängig waren, wie soll die Autonomie erst ausüben bei 10 Prozent? Angenommen, eine kleine Zahlstelle verbraucht pro Quartar 800 Beiträge, erhält dann 10 Prozent gleich

Der neue Leitfaden für die Sozialverwaltungen ist nunmehr unter dem Titel: „Handbuch für die Verbandsfunktionäre. Anleitungen für die Praxis der Geschäftsführung im Deutschen Holzarbeiterverband“ erschienen und an die Zahlstellen versandt. Das Handbuch wird allen Funktionären des Verbandes gratis ausgefolgt. Die übrigen Mitglieder können es auf Bestellung zum Preis von 50 Pf. für das kartonierete und 80 Pf. für das gebundene Exemplar nebst 20 Pf. für Porto von uns beziehen.

Nachstehende Mitgliederbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
 68590 Max Manzen, Tischler, geb. 15. 8. 75 zu Danzig.
 69756 Franz Kern, Stellm., geb. 20. 9. 81 zu Wolfmannshausen.

- 98605 Matthias Maas, Tischler, geb. 18. 10. 76 zu Erier.
 - 120384 Willi Gorkemann, Tischler, geb. 29. 11. 77 zu Berlin.
 - 249730 Fritz Schmidt, Modelltischler, geb. 26. 9. 86 zu Halle.
 - 304808 Max Litgen, Tischler, geb. 4. 12. 88 zu Elmshorn.
 - 317940 Wil. Janett, Stellm., geb. 19. 4. 73 zu Schleiß.
 - 346591 Gust. Zemanek, Tischler, geb. 1. 2. 87 zu Kotenbach.
 - 399506 Kurt Schmidt, Drechsler, geb. 6. 6. 85 zu Olbernhau.
 - 415551 Werner Venzen, Tischler, geb. 4. 2. 87 zu Damm.
- Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorsitz.

Agitation unter den Stellmachern.

Im Auftrag der Gauvorstände des Gaues Dresden und Chemnitz sowie der Zahlstelle Görlitz unternahm ich in der Zeit vom 21. bis 30. März eine Agitation unter den Stellmachern in Dresden, Döbeln, Partha, Radeberg, Wahren, Görlitz, Zeitz, Leipzig, Zwickau, Werdau und Chemnitz. Gätte es bisher eines Beweises bedürft, wie ungünstig sich noch immer die Lage unserer Berufskollegen gestaltet und wie sehr eine Verbesserung am Plage ist, so wäre dieser Beweis durch die stattgefundenen Versammlungen vollkommen erbracht. Aber es darf keineswegs verkannt werden, daß die traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter denen die Stellmacher fast aller Orte noch immer ihr Dasein fristen, einzig und allein das Produkt der bisherigen Interesslosigkeit gegenüber ihrer wichtigsten Lebensaufgabe: des festen Zusammenschlusses in der Gewerkschaftsorganisation ist. Eine eigenartige, kaum zu erklärende Schwerfälligkeit beherrscht die im Stellmachergewerbe tätigen Arbeiter derart, daß sie kaum zu spüren vermögen, in welcher Ungefährtheit ihre Arbeitgeber Jahr für Jahr Raubbau an der Arbeitskraft der schon ohnehin arg Gedrückten üben. Wie lange wird dieses Mißverhältnis noch weiter bestehen? Jedenfalls so lange, bis die in fast allen Versammlungen zutage getretene Gleichgültigkeit nicht endlich ausgemerzt ist.

Schon in Dresden, wo das Organisationsinteresse bisher ein leidlich gutes war, zeigte sich, daß von den 250 am Orte beschäftigten Kollegen nur 57 den Besuch der Versammlung für nötig fanden, trotzdem die Notwendigkeit der Aufbesserung des seit Jahren gleichgebliebenen Standes der Lohn- und Arbeitsbedingungen allseitig hervorgehoben wurde. Das letztere gilt auch für die Orte Döbeln, Partha und Radeberg. In Partha sind über 40 Kollegen im Wagenbau tätig. Die Produkte desselben werden fast ausschließlich zu einem derartigen Preise exportiert, daß die Lage der Kollegen mancher Orte hierunter sehr erheblich zu leiden hat. Gerade hier wäre durch einheitlichen Zusammenhalt eine Verbesserung am allerersten durchführbar.

In Wahren, Görlitz und Werdau traf ich Waggonfabriken an. Auch hier, wo in der Zeit Jahren herrschenden äußerst günstigen Konjunktur sich schon längst günstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse hätten erringen lassen, ist das Los unserer Kollegen noch immer ein verdammenswertes, trotzdem die Aktionäre der genannten Betriebe jahraus jahrein fette Dividenden — bis zu 20 Prozent — einheimen. Auch hier ist die Gleichgültigkeit der Berufskollegen die Wurzel alles Übels. Bezeichnend für die Bewertung der fraglichen Arbeiter seitens ihrer Arbeitgeber als Kulturmenschen ist es, daß die Betriebsleitung der Wahrener Waggonfabrik hygienische Vorträge für die Arbeiterschaft zu veranstalten gedenkt in dem Speiseaal, der von einigen Versammlungsteilnehmern als Schaffstall, von anderen jedoch mit noch weniger schmeichelhaften Ausdrücken bezeichnet wurde. Vernünftigerweise beschlossen unsere Kollegen, derartigen Verböhnungen des gefunden Menschenverstandes durch Fernbleiben von den Veranstaltungen der Direktion gegenüber in aller Deutlichkeit ihre Meinung zu sagen. Aber auch die 400 Stellmacher und Tischler der Görlitzer Waggonfabrik haben es dringend nötig, zur besseren Wahrung ihrer Menschenwürde mehr als je auf dem Posten zu sein. Noch reichlich 250 Kollegen stehen hier unseren Bestrebungen fern. Doch ließen sich in der Versammlung nur 82 Kollegen blicken. Besser war allerdings das Verhältnis in Leipzig, wo 45 Kollegen erschienen waren. Die Lage der dortigen Stellmacher ist jedoch ebenfalls die denkbar ungünstigste. In Zeitz ist es nicht besser. Von 80 Stellmachern, die zum meist in Kinderwagen- und Werkzeugfabriken beschäftigt sind, gehören kaum die Hälfte der Organisation an.

Betrübend war aber der Besuch der beiden letzten Versammlungen in Zwickau und Chemnitz. In dem ersteren Orte sind 45 Kollegen vorhanden; davon arbeiten 30 in der Wagenfabrik von Schumann bei Stundenverdiensten von zum Teil 27 Pf. Beklagt wurde sehr das eigenartige Verhalten der Parteiführer. Es kann nur im allseitigen Interesse liegen, wenn in Zukunft gerade diese mit den einzelnen Arbeitern durch Anschluß an die Organisation Hand in Hand an der Besserung der durchaus ungeunden Verhältnisse arbeiten. In Chemnitz wäre es durch das Eingreifen der Organisation leicht möglich, die unhaltbaren Zustände im Lohn- und Arbeitsverhältnis zu beseitigen, wenn nur die Kollegen wollten. Von reichlich 280 Beschäftigten sind nur 20 organisiert. Gerade in den Eisenbahnbetriebswerkstätten, wo der Organisation fast keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, täte es dringend not, daß sich die Kollegen einmal ernstlich aufräumen und dem Holzarbeiterverband anschließen, dann wird es auch dort besser werden. Die unerfreulichsten Zustände traf ich jedoch in Werdau an, wo etliche Anarchosozialisten zum Schaden der Arbeiterbewegung ihr Spiel treiben. Wie in Wahren und

Radeberg fand hier eine Mitgliederversammlung statt. In der meinem Referate folgenden Diskussion veruchten nun verschiedene Tischler, ihre anarchosozialistischen Ideen zu propagieren und in der heftigsten Weise gegen die bisherige Taktik der Gewerkschaften zu Felde zu ziehen. In meinem Schlussworte unternahm ich es, an der Hand zahlreicher Beispiele diese Unrichtigkeiten zu widerlegen, und dürfte die lebhafteste Zustimmung, die die Versammlung bis auf 3 Kollegen meinen Ausführungen am Schluß derselben zollte, als ein erfreuliches Zeichen der gewonnenen Einsicht der Mitglieder zu betrachten sein: durch eine durchgreifende Aufklärung der Kollegenschaft die Organisation zu stärken und auf Grund der geschaffenen Stärke zum Besten aller zu wirken. — Und das wäre wenigstens ein Erfolg!
 A. Siebel-Berlin.

Agitation unter den Stockarbeitern.

Auf Wunsch der Stockarbeiter in Meissen beauftragte mich der Gauvorstand Dresden, in vier Orten Agitationsversammlungen abzuhalten.

Am 21. März sollte ich in Döbeln in einer Drechsler-versammlung über: „Die Revolution im Drechslergewerbe“ sprechen. Trotzdem hier 53 Kollegen beschäftigt sind, hielten es nur 5 Kollegen nötig, in die Versammlung zu kommen. Dieselbe konnte nicht abgehalten werden. 24 Kollegen sind auf Holz, die anderen auf Horn beschäftigt. Die Durchschnittslöhne für Holz betragen 17,79 M., für Horn 20 M. Die Lage der Kollegen ist also eine äußerst gedrückte und haben sie alle Ursache, die Quertreibereien zu unterlassen und am Verbandslieben sich mehr zu beteiligen. Ein Bericht von der Konferenz der Drechsler ist noch nicht gegeben und regte ich eine Besprechung über die Aufgaben der Zentral-kommission an. Es soll diese Frage in Werkstattbesprechungen ventiliert werden, und müssen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse diese Sitzungen vollständig besuchen.

In Riesa sprach ich am 22. März nachmittags in einer öffentlichen Holzarbeiter-versammlung über das Thema „Der Kampf ums Dasein in der kapitalistischen Gesellschaft“. Die Versammlung war von 70, darunter viel jungen Kollegen besucht. 12 Aufnahmen wurden gemacht. Beschäftigt sind hier etwa 600 Holzarbeiter, meistens in Schneidemühlen und ein Teil auf Schiffsbauwerken. In den Schneidemühlen agitiert der Verband der Müller und der Handels- und Transportarbeiter. Eine Übersicht über die Anzahl der Organisierten fehlt also. Im Holzarbeiterverband sind 120 Kollegen organisiert. Es wurde angeregt, in einer nächsten Versammlung die Lage der Arbeiter auf den Schiffsbauwerken zu behandeln, um die dort Beschäftigten für die Organisation zu gewinnen. Gleichzeitig seien die Kollegen daran erinnert, daß beim Verlehr einzig und allein Blümlers Restaurant, das einzige Lokal, das organisierten Arbeitern zur Verfügung steht, zu berücksichtigen ist.

In Meissen behandelte ich am 23. März die Lage der Stockarbeiter. Anwesend waren von 120 Kollegen aus vier Betrieben leider nur 50. Organisiert sind im Holzarbeiterverband 60 Kollegen und 15 im Verband der Fabrikarbeiter. Es soll durch Hausagitation versucht werden, dem Verband neue Mitglieder zu gewinnen. Gleichzeitig wurde angeregt, die Wohnsituation der neuen Muster nicht mehr den einzelnen Kollegen zu überlassen, sondern alle an der Teilarbeit beteiligten Kollegen sollen dabei herangezogen werden. Gerügt wurde auch die Unsitte, daß der Arbeiter das Schleif- und Poliermaterial auf seine Kosten stellen muß. Es soll demnach zur Wahl eines Arbeiterausschusses bei der Firma Henschel & Wittig geschritten werden, damit die Kollegen bei Streitigkeiten eine anerkannte Vertretung haben.

Am 24. März hielt ich in einer Drechsler-versammlung in Dresden einen Vortrag über das Thema „Die Arbeitsverhältnisse unter tariflichen und tariflosen Verhältnissen“. Hier sind beschäftigt 90 Drechsler, von denen 50 organisiert sind, 125 männliche Kammacher mit 75 organisierten — über die Arbeiterinnen konnte ich Auskunft nicht bekommen —, außerdem 22 Stockarbeiter mit 14 organisierten. Insgesamt 237 Beschäftigte, von denen 130 organisiert sind. Hier ist es für die Arbeiter noch ein neues Feld. Von den Kammachern wurde besonders über Heranziehung jugendlicher Arbeitskräfte gellagt, wodurch der Lohn auf sehr niedriger Stufe gehalten wird. Es wird Aufgabe der Zentral-kommission der Kammacher, welche der Kommission der Stockarbeiter angegliedert ist, sein, in diese traurigen Verhältnisse Licht zu bringen, damit durch den Zusammenschluß der Kammacher im Holzarbeiterverband auch eine durchgreifende Verbesserung der Lage der in der Kammachindustrie beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter herbeigeführt werden kann.
 Jul. Hildebrandt-Rixdorf.

Agitation unter den Bürsten- und Pinselmachern.

Auf Veranlassung unserer Zentralkommission ersuchte mich der Gauvorstand Nürnberg, im dortigen Gau einige Bürsten- und Pinselmacherversammlungen abzuhalten. Mit Freude kam ich dem nach und besuchte vorerst Erlangen, Neustadt a. d. Aisch und Nürnberg. In Erlangen, wo sich die Sozialverwaltung redlich Mühe gab, die Arbeiter und Arbeiterinnen der großen Bürstenfabrik Kränzlein auf die Beine zu bringen, traf ich auch eine ganz nett besuchte Versammlung an. Aber meine Freude wurde doch etwas getrübt, als ich erfahren mußte, daß der größte Teil der Zuhörer Schreiner sind und die Mehrheit der Bürstenmacher durch Abwesenheit glänzte. Selbst ein Teil der Organisierten soll in letzter Stunde noch Furcht bekommen haben, und ist dieser der Versammlung fern geblieben. Es scheint wahrhaftig, als erblickten die Kränzleinschen Arbeiter ihr Heil in den dort bestehenden Wohlfahrtsvereinigungen. Das Herr Kränzlein, der in Erlangen den Ruhm als liberaler Mann hat, aber auch andere Seiten aufzählen kann, mußten seine Arbeiter wiederholt erfahren. Nur ein Beispiel: Die Arbeiter suchten um einen Aufschlag für Überstunden nach. Herr Kränzlein, der entgegenkommende Mann, gewährt einen solchen, aber — erst wenn mehr als fünf Stunden in der Woche geleistet sind. Überstunden werden weiter gemacht, aber nicht über fünf Stunden. Hoffentlich sehen die Bürstenmacher in der teuern Universitätsstadt bald ein, daß nicht durch Wohlfahrtsvereinigungen, sondern nur durch die Organisation andere Zustände zu schaffen sind.

In Neustadt konnte die Versammlung auch besser besucht sein. Furcht vor Entlassung hielt viele fern. Die Unter-

nehmer in Verbindung mit einer Anzahl indifferenten Arbeiter wollen die Organisation nicht aufkommen lassen. Doch haben wir dort einen guten Stamm.

Mit der Versammlung in Nürnberg war ich zufrieden. Besonders auch die rege Beteiligung der Kolleginnen ist erfreulich; sie verfolgten mit großem Interesse meine Ausführungen über die Verhältnisse in unserer Industrie. Die Organisation der Nürnberger Pinselmacher ist eine gute zu nennen. Es wird dort auch nicht schwer halten, geordnetere Zustände im Arbeitsverhältnis herbeizuführen. Unsere dortige Sektionsverwaltung ist sehr rege tätig und spürt Mängeln bis ins kleinste nach. Was unsere Münchener Kollegen für die Bürstenindustrie bewiesen haben, beweisen unsere Nürnberger für die Pinselindustrie, nämlich daß durch eine gute Organisation auch in unserem Berufe bessere Verhältnisse geschaffen werden können. Weder in Erlangen, noch in Nürnberg ist von einer Krise in unserer Industrie etwas zu merken, und die Aktiengesellschaften, welche im letzten Jahre 10, 12 und 15 Prozent Dividende zahlten, beweisen, daß der Weizen für die Unternehmer blüht.

Kollegen und Kolleginnen! Der Deutsche Holzarbeiterverband hat schon Hunderttausenden Kollegen die Möglichkeit geboten, ihre Lage zu verbessern. Nutzen auch wir die Zeit aus, werden wir unermüdet Mitglieder, damit auch wir vorwärts kommen.
 M. Reichitsch-Stuttgart.

Korrespondenzen.

Alfeld. An die hiesigen Kollegen müssen wir die dringende Mahnung richten, die Versammlungen regelmäßiger zu besuchen. Die Verhältnisse sind hier so, daß ein uniger Zusammenhalt der Kollegen notwendig ist, wenn wir vorwärts kommen wollen. Wie weit wir noch zurück sind, läßt sich daraus erkennen, daß von auswärtig zugereiste Verbandsmitglieder es selten lange hier ausblieben; wenn sie die Zustände hier kennen gelernt haben, dann beeilen sie sich, wieder fortzukommen. Die Kollegen bei der Firma Otto hätten es besonders notwendig, sich zu organisieren, denn gerade dort herrschen recht traurige Zustände, die jedoch mit Hilfe der Organisation beseitigt werden könnten. Auch für die Korbarbeiter wäre es gut, wenn sie recht bald den Weg zur Organisation fänden. Es gibt hier nur eine Korrfabrik, die jedoch eine größere Zahl von männlichen und weiblichen Arbeitskräften bei den jämmerlichsten Löhnen beschäftigt. Außerdem wird noch in zahlreichen Familien in den Dörfern der Umgegend die Unfertigung von Korren als Heimarbeit betrieben; ein Umstand, der die Hebung der Lage der Korbarbeiter besonders schwierig macht. Das darf uns aber nicht mutlos machen; eine nachhaltige Agitation wird uns auch hier vorwärts bringen. Die Hauptsache ist aber, daß die organisierten Kollegen nicht erlahmen. Am 2. Mai findet unsere Mitgliederversammlung bei Gastwirt Nieß, Reisterstraße 25, statt, in welcher auch ein Vortrag gehalten wird. Wir erwarten, daß diesmal kein Kollege fehlt.

Gelle. In der letzten Mitgliederversammlung beschäftigten sich auch unsere Kollegen mit den Anträgen des Hauptvorstandes; ganz besonders wurde der Antrag betreffend die Kürzung von 20 Prozent auf 10 Prozent der Lokalgelder scharf kritisiert, da gerade die mittleren Zahlstellen schwer davon betroffen werden. Es berührt einen eigentümlich, wenn von Seiten der Hauptvorstandsmitglieder auf Gattagen die Versicherung abgegeben wird: eine Erhöhung des Beitrags ist nicht zu erwarten! Und nun will man es auf eine andere Art und Weise machen. Am schlimmsten ist noch, daß dadurch das letzte bisschen Selbstständigkeit den Zahlstellen geraubt wird, damit sie ja recht abhängig sind von dem Hauptvorstand, der wohl gern das Richtige will, leider nicht immer trifft. Wie manche Zahlstelle hat Unterstützungseinrichtungen getroffen, die sich bei 10 Prozent nicht einhalten lassen, oder man muß wieder die Mitglieder beunruhigen, während unser Verband allen Grund hat, dies sein zu lassen.

Cronenfeld. Hier fand am 5. April eine öffentliche Holzarbeiter-versammlung statt, in der der Kollege Meyer-Düffeldorf über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation referierte. Leider waren in der Hauptstadt nur unsere Verbandskollegen aus dem benachbarten Ronsdorf erschienen. Diese waren auch die Veranstalter der Versammlung gewesen und hatten sich überhaupt um das Zustandekommen recht anerkennenswerte Mühe gegeben. Die große Anzahl der in Cronenfeld und Cronenberg beschäftigten Drechsler und Heftmacher waren lieber zu Hause geblieben, statt sich über die Verhältnisse in ihrem Spezialberuf in der Versammlung auszusprechen. Als Beweis, daß die Verhältnisse gerade nicht die besten sind, darf wohl angeführt werden, daß zum Beispiel die Löhne um mindestens 8 Mt. pro Woche niedriger sind als in dem ganz benachbarten Elberfeld, ja sogar niedriger als in dem ebenfalls nahen, aber ganz weltfremden Engelskotten, wo aber sonst dieselben Artikel angefertigt werden wie hier in Cronenfeld und Cronenberg. Die erschienenen unorganisierten Kollegen sahen denn auch ein, daß ohne Organisation auch hier nicht mehr auszukommen ist. Sie schlossen sich der neugegründeten Zahlstelle Engelskotten an, weil dort dieselben Berufsverhältnisse sind. Durch den Eintritt dieser Kollegen ist die Grundlage für eine eventuell zu gründende Zahlstelle gegeben, wenn die Kollegen es verstehen, durch die Mithilfe der Engelskotten und der Ronsdorfer Kollegen weitere Mitglieder für die Organisation zu gewinnen. Dahin zu wirken, versprochen denn auch die neugewonnenen Mitglieder.

Dachau. Im Betrieb des Herrn Maier, Zimmermeister, ist es gelungen, einen Tarifabschluß zustande zu bringen. Es wurde für die Kollegen eine Lohnerhöhung von 8 Pf. pro Stunde erzielt ab 16. Juni 1907, ab 1. April 1908 trat eine weitere Erhöhung um 2 Pf. pro Stunde in Kraft. Mit Stolz kann heute die Zahlstelle Dachau, welche in kurzer Zeit auf 120 Mitglieder gestiegen ist, sich sagen: „Nur ein energisches Zusammenhalten der Kollegen fördert die Interessen jedes einzelnen.“ Der Ruf an die Kollegen, „schließt euch der Organisation an“, soll nicht ins Leere verhallen. Leider mußten wir auch schon die Erfahrung machen, daß einzelne Kollegen nicht nur der Organisation den Rücken kehren, sondern auch noch andere aufzutreiben veruchten, ihrem Beispiel zu folgen. Kollegen, laßt euch nicht irreführen von solchen Elementen; bleibt unserer Organisation treu, sucht die noch fernstehenden Kollegen in den Verband zu bringen. Sorgt für zahlreiches Erscheinen in unsere,

Versammlungen, damit auch hier stets ein frischer Zug weht.

Dresden. (Korbmacher.) Am 4. April fand eine Korbmacherverammlung statt, welche sich mit dem Antwortschreiben der Innung zu beschäftigen hatte. Laut Vertrag hatte die Innung mit der Sektionsleitung im Jahre 1907 einen Vertrag abgeschlossen, wonach der bestehende Tarif vom 1. August 1907 ab um 15 Prozent, vom 1. April 1908 ab um weitere 15 Prozent erhöht wird. Da nun die Innung sich weigert, die weiteren 15 Prozent zu zahlen, sahen sich die Gehilfen gezwungen, Stellung zu diesem Vertragsbruch zu nehmen, und wurde beschlossen, das Einigungsamt anzurufen. Die Kollegen sehen hieraus, wie zurzeit die Verhältnisse in Dresden sind, und ersuchen wir die auswärtigen Kollegen, Dresden zu meiden, da in letzter Zeit 8 Kollegen entlassen wurden, darunter die gesamte Sektionsleitung. Die Innung glaubt jedenfalls, daß die Bewegung im Sande verläuft; darin soll sie sich getäuscht haben. Wir werden mit aller Energie die Interessen unserer Kollegen zu wahren wissen. Mit welchem Interesse die Kollegen die Entwicklung der Angelegenheit verfolgen, zeigte der starke Besuch der Versammlung. Hoffen wir, daß die Kollegen von auswärts dies beherzigen und bis auf weiteres Dresden meiden.

Engelskotten. Nach einiger Mühe ist es gelungen, daß der hier bestehende Verein der Hestmacher beschloß, sich aufzulösen und dem Deutschen Holzarbeiterverband anzuschließen. Dadurch war es denn möglich, daß hier am 4. April eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet werden konnte, der sich sofort außer den Übergetretenen noch einige andere Kollegen anschlossen. Die Zahlstelle besteht außer einigen Drechslern aus Hestmachern, welche als Spezialität Seite für Schlächtersäge, Fuchschwänze und Schlächtermesser anfertigen. Der Geist unter diesen Kollegen ist für die Organisation als sehr günstig zu betrachten, so daß wohl auf einen dauernden Bestand der Zahlstelle und weitere Ausbreitung unter den BerufsKollegen zu rechnen ist.

Frankfurt a. M. (Korbarbeiter.) In unserer Sektionsversammlung am 6. April wurde Stellung zur Konferenz genommen und der Beschluß des Vorstandes, eine solche abzuhalten, freudig begrüßt. Nach eingehender Beratung über die von dem Münberger Kollegen W. K. vorgeschlagene provisorische Tagesordnung erklärten sich die Kollegen damit einverstanden. Als Ort zur Abhaltung der Konferenz schlagen wir Frankfurt a. M. vor, indem Frankfurt wohl so ziemlich der Mittelpunkt für die Korbindustrie ist. Es kommt bei Abhaltung der Konferenz nicht darauf an, daß sie in einer Gegend abgehalten wird, wo die schlechtesten Verhältnisse existieren, sondern auf die Lage des Ortes; auch sollte dem Kollegen W. K. bekannt sein, daß in Erfurt und Eisenach so gut wie keine Korbindustrie vorhanden ist, nur in der weiteren Umgebung von Eisenach. Diese Kollegen sind aber so gleichgültig, daß sie von dem Stattfinden einer Konferenz in Erfurt oder Eisenach gar keine Notiz nehmen würden; also in agitatorischer Beziehung würden diese beiden Orte vollständig verfehlt sein, und ersuchen wir den Vorstand, bei Festlegung des Ortes Frankfurt a. M. zu bestimmen. Mit dem Zeitpunkt, daß die Konferenz zu Pfingsten stattfinden soll, sind wir auch einverstanden, und selbstverständlich auch damit, daß alle Orte, wo Korbindustrie vorhanden ist, zur Konferenz zugelassen werden. Zum Schluß wurde noch der Wunsch geäußert, daß der vorgeschlagene Zeitpunkt zur Abhaltung der Konferenz vom Vorstand eingehalten werden möchte, und nicht wie bei der Drechslerkonferenz die Sache auf die lange Bank geschoben wird.

Furtwangen. Am 20. und 23. März erschien im „Volksfreund“ je ein Artikel über die Firma Dr. Krügener, Fabrik photographischer Apparate, hier, welche die Verhältnisse bei genannter Firma kritisierten. Dies paßte nun dem Betriebsleiter ganz und gar nicht; er berief am 23. März abends nach Arbeitschluß den „Fabrikarschuß“ und noch weitere 5 Mann zu sich und ging mit ihnen beide Artikel, Satz für Satz durch. Er wußte die Sache so hinzustellen, daß die Leute sich von ihrem Standpunkt aus mit ihm einverstanden erklären konnten. Nachdem er nun die Leute zwei bis drei Stunden bei sich behalten hatte, legt er ihnen die selbstverfaßte Erklärung zur Unterschrift vor, in welcher erklärt wurde, daß die Artikel im „Volksfreund“ nicht der Wahrheit entsprechen. Die Leute unterschrieben, und am folgenden Tage erschien besagte Erklärung in beiden hiesigen Lokalblättern. Zu dieser Erklärung nahm eine kombinierte Mitgliederversammlung des Gewerkschaftsartells Stellung. Hier fand eine Resolution Annahme, in der den Kollegen, welche die Erklärung unterschrieben, die schärfste Mißbilligung ausgesprochen wird. „Die Kollegen,“ heißt es in der Resolution, „waren um so weniger berechtigt, ihre Unterschrift zu geben, da sie gar nicht in der Lage waren, die Angaben des Betriebsleiters auf ihre Richtigkeit zu prüfen.“

Werra. In einer stark besuchten Mitgliederversammlung am 4. April beschäftigte man sich mit den Anträgen, welche der Zentralvorstand an den Verbandstag stellt. Hauptsächlich rief der Antrag, welcher eine Abänderung des § 77 des Statuts bezweckt, eine lebhafte Debatte hervor. Man konnte nicht verstehen, wie der Hauptvorstand den Zahlstellen zumuten kann, ihre vielseitigen Verpflichtungen, wie die Entschädigung an die Beitragsammler, Werkstellostung, Inserate, Kartellbeiträge, Arbeitsnachweis, Entschädigung der Ortsverwaltung usw., mit 10 Prozent der Beiträge zu bestreiten. Die Stimmung der Versammlung fand ihren Ausdruck in einer einstimmig angenommenen Resolution, in welcher entschieden Protest gegen jede Kürzung der Prozente erhoben wird, welche jetzt den Zahlstellen zur Verfügung liegen, und der gewählte Delegierte angewiesen wird, gegen jede Kürzung der Prozente zu stimmen. Zur bevorstehenden Waisfeier wurde ebenfalls noch Stellung genommen, und die Resolution, welche die Zentralvorstände in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand und Generalkommission an die einzelnen Gewerkschaftsartelle gerichtet haben, kritisiert. Auch wurde der Beschluß gefaßt, daß in Betrieben, wo die Kollegen sämtlich organisiert sind und vier Fünftel für Arbeitsruhe am 1. Mai stimmen, die Kollegen zu feiern haben; Gemäßigtere erhalten vom zweiten Tag an die im Verbandsstatut vorgesehene Streikunterstützung. — Von der Firma Nothe & Buse (Harmonikastimmfabrik) wurden insofern Differenzen gemeldet, insofern die Firma die älteren Arbeiter entläßt und versucht, jüngere Arbeiter an deren Plätze zu stellen, weil selbige billiger sind. Die Kollegen der übrigen Betriebe können daraus wieder einmal die Lehre ziehen,

wie notwendig es ist, daß sie sich ihrer Organisation anschließen, damit für die Zukunft derartige Wanderver wie bei Nothe & Buse nicht auch in den anderen Betrieben stattfinden.

Nehe. Die letzte Mitgliederversammlung beschloß einstimmig, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Um diesem Beschluß die nötige Wirkung zu geben, wurde ferner beschlossen, daß die Kollegen, welche gegen diesen Beschluß verstoßen, 4 Mk. an die Lokalkasse zu zahlen haben. Hier von entbunden sind nur solche Kollegen, welche durch ihre Arbeitsverhältnisse gezwungen sind, zu arbeiten. Diese Kollegen haben eine Matimarle zu 1 Mk. zu nehmen. Die Lokalkasse ersucht die Kollegen, sich recht zahlreich an der Matimarle zu beteiligen, um sie zu einer würdigen zu gestalten. Die Kollegen werden gebeten, sich am 1. Mai, morgens 1/7 Uhr, bei Herrn Mehrstedt am Markt recht zahlreich einzufinden.

Konstanz. Am 11. März referierte in unserer Mitgliederversammlung Kollege Melber-Adolfzell über die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation zur Zeit der Krisis. Der Referent betonte vor allem, daß es Aufgabe der Kollegen sei, in der jetzigen Zeit treu zur Organisation zu halten und nicht zu glauben, daß man, wenn ein Tarif am Orte besteht, sich schlafen legen oder dem Verband gar den Rücken kehren könne. Er erntete für seine Ausführungen vielen Beifall, hoffen wir, daß sie von unseren Kollegen auch auf die Dauer beherzigt werden.

Mindeheim. Am 28. März fand hier eine äußerst gut besuchte Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege Albert Winter-München über das Thema „Warum und wie müssen wir uns organisieren?“ sprach. Zum Schluß seines Referats kam Hebler noch auf die örtlichen Angelegenheiten und damit auf die Holzwarenfabrik Firma Wendel zu sprechen, wo noch sehr traurige Verhältnisse vorhanden sind. Säger verdienen dort bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit Löhne von 2,30, 2,40, 2,50 Mk. usw., ein Kollege verdient sogar 3 Mk.! Die Seimarbeiterinnen verdienen 50 bis 90 Pf. pro Tag. Bei jeder Gelegenheit wird mit Entlassung gedroht, obwohl die Firma stets Arbeiter und Arbeiterinnen im hiesigen Anzeigblatt sucht. Besondere Schwierigkeiten sucht uns die hiesige Behörde zu bereiten. Zur Versammlung war mittels Handzettel eingeladen worden, wobei auch ein Mädchen von 14 Jahren einen Zettel erhalten haben soll, das übrigens zum Arbeiten für den Fabrikanten schon gut genug ist. Die hohe Obrigkeit lieh nun durch einen Schutzmann den Einberufer auf den Magistrat und von da nach dem Bezirksamt rufen und wollte man ihm vorschreiben, die Versammlung anzumelden, obwohl es keine öffentliche war. Es wäre endlich an der Zeit, den Bürgermeistern sowohl wie auch den Bezirksämtern die nötige Weisung zu erteilen, damit diese Scherezeien hintangehalten werden. Die Versammlung nahm trotz aller in den Weg gelegten Hindernisse einen glänzenden Verlauf, und eine Anzahl Neuaufnahmen lieferten den Schlagenden Beweis, daß die Worte des Referenten auf fruchtbarer Boden gefallen sind. Von der Aufmerksamkeit, mit welcher die hiesige Polizei unsere Tätigkeit verfolgt, legt der Umstand Zeugnis ab, daß man der Wirtin, die uns ihr Lokal zu Versammlungen zur Verfügung stellt, alle möglichen Schwierigkeiten zu machen versucht. Am liebsten möchte man uns abdackeln lassen. Wir konstatierten, daß die Polizei nicht das mindeste Recht hat, auf solche Weise Lokalinhaber zu beeinflussen. Kollegen, agitiert für den Verband, laßt euch durch derartige Schwierigkeiten nicht abhalten. Viele Kollegen und Kolleginnen können noch für den Verband gewonnen werden. Vereinzelt sind wir nichts, geschlossen alles.

Sommerfeld. In diesem Jahr ist eine unbeschreibliche Interesslosigkeit unter den hiesigen Kollegen eingetreten. Unsere Mitgliederversammlungen sind sehr schlecht besucht, obwohl die Kollegen zu jeder Versammlung extra eingeladen werden. Dabei sind die Arbeitsbedingungen recht miserabel, der Verdienst beträgt höchstens 34 Pf. pro Stunde. Die Kollegen scheinen den Versammlungsbeschluß vom 26. August vorigen Jahres gar vergessen zu haben, wonach alle Abende zwei Stunden lang organisiert werden, und zwar den ersten Sonntag im Monat im Restaurant Maxim, jeden zweiten Sonntag im Kurpark. Kollegen, laßt die Schlafmüdigkeit, erscheint pünktlich in den Versammlungen, Stelle jeder seinen Mann, damit wir uns vor unserer Nachkommenschaft nicht zu schämen brauchen; dann werden wir auch für die Zukunft bessere Verhältnisse erringen.

Wertheim a. Main. Hier am Orte befindet sich eine Haarzurichterei und hegen die hier beschäftigten Bürstenmacher den Wunsch, eine Zahlstelle zu gründen. Am 5. April sprach Kollege Reibisch aus Stuttgart hier, und die Versammlung beschloß hierauf, eine Zahlstelle zu errichten. Die Adresse des Bevollmächtigten ist Peter Went, Galtshaus zum Döhlen. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausgezahlt.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Bezug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.

Bezug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Dannenberg a. Elbe (B. Jelenitz), Karlsruhe (Meinzer), Biegnitz, Posen (Bernard), Keistenhäuser, Sangerhausen, Schwedt an der Oder, Straubing, Feitz (Stübel), Biel, Bern, Luzern und Zürich in der Schweiz;

Tischlern, Stuhlbauern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Rabenau i. S.;

Stellmachern nach Dresden (Wagenfabrik Reibischer); Korbmachern nach Gisleben, Lubeck (Mühlert), München-Ebenhausen (Sauer), Kopenhagen, Stockholm;

Pantinenmachern nach Wittftol (Gallenthal); Werftarbeitern nach Bremen, Bremerhaven, Flensburg, Hamburg, Kiel, Lauenburg a. S., Ostroff, Stekkin, Begeja;

Sägern nach Kirchseeon in Oberbayern (Dehlog);

Orgelbauern, Drechslern und Bildhauern nach Steinach am Brenner in Tirol; Klaviermachern nach Liegnitz (Schneider); Kistenmachern nach Bünde i. Westfalen (Wthage & Gerbrechtsmeier).

Zur Tarifbewegung in München.

Aus München wird uns über den Ausgang der dortigen Lohnbewegung im Schreinergerwerbe geschrieben: Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, mit welchem 1906 die hier bestehenden Tarife abgeschlossen wurden, kündigte für 1. April die Tarife für das gesamte Schreinergerwerbe, sowie für die Parkettleger und Puger, Sägewerke und Parkettmaschinisten. An Stelle der beiden erstgenannten Tarife wurden gleichzeitig Vorlagen mit bedeutenden einschneidenden Verschlechterungen überreicht. Unter anderem sollte an Stelle des bisherigen Mindestlohnes von 52 Pf., welcher zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit bezahlt werden mußte, ein Durchschnittslohn von 54 Pf. treten. Der Mindestlohn von 40 Pf. für Ausgelernte, ebenso die Garantie des Stundenlohnes im Afford sollte wieder beseitigt werden. Der Lohn für „Bolonäre und Praktikanten“, ebenso für Maschinenarbeiter mit weniger als zweijähriger Tätigkeit als Maschinisten sollte der freien Vereinbarung offen gehalten werden, bei überstundeten, Montagearbeiten, Agitation in den Werkstätten und einer Reihe anderer bisher geltender Bestimmungen sollten Verschlechterungen eintreten. Wie gut es da die Arbeitgeber gemeint hatten, geht schon aus der von ihnen vorgeschlagenen Einführung von niedrigen Durchschnittslöhnen hervor, denn diese betragen zurzeit für Möbelbeschreiner 55,5 Pf., für Bauschreiner 57,5 Pf., im Gesamtdurchschnitt 56,9 Pf. gegenüber 46 beziehungsweise 47,7 Pf. vor Abschluß des alten Tarifs im Jahre 1906. Am 28. März begannen nun vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Gerichtsrats Dr. Prener die langwierigen Verhandlungen. Die Kollegen erklärten, daß sie nur gewillt seien, auf der Basis des alten Tarifs zu verhandeln, gleichzeitig wurde eine Lohnerhöhung von 5 Pf. und dreijährige Tarifdauer gefordert. Nachdem die Arbeitgeber nicht zu bestimmen waren, ihren verschlechterten Tarif zurückzuziehen, endeten die Verhandlungen ergebnislos. In einer darauffolgenden imposanten Versammlung erklärten die Kollegen einmütig, daß sie auf ihren Forderungen beharren. Es wurde hierauf erneuter Termin auf den 28. März anberaumt, in welchem zunächst der alte Tarif von den Meistern als Grundlage der Verhandlung akzeptiert wurde, ebenso eine Aufbesserung der Löhne und Afforde, und zwar der ersteren um 2 Pf. die Stunde, die Verhandlungen scheiterten jedoch an der von unseren Kollegen geforderten dreijährigen Tarifdauer, da sich die Arbeitgeber weigerten, diesen Vorschlag überhaupt ihrer Versammlung zu unterbreiten. Die Gehilfen brachen hierauf die fünfstündigen Verhandlungen ab, und nur der Geschäftlichkeit des Vorsitzenden war es zu danken, daß der Streit noch in letzter Stunde vermieden werden konnte. Es wurde nach langen Verhandlungen eine Vereinbarung erzielt, wonach der alte Tarif bestehen bleibt bis 31. März 1910, ab 1. April 1908 tritt eine Lohnerhöhung von 1 Pf., ab 1. April 1909 eine solche von 2 Pf. die Stunde ein. Die Affordpreise werden entsprechend den gewährten Lohnerhöhungen gleichfalls um 5 Prozent aufgebessert. Einmütig erklärten die Kollegen, die Vereinbarung zu akzeptieren. Es wurden dadurch nicht nur die geplanten Verschlechterungen abgewehrt und der bisherige Tarif vollinhaltlich erhalten, sondern auch noch Lohnerhöhungen erreicht, wodurch innerhalb der Tarifdauer seit 1906 in drei Jahren für Bauschreiner 14 Pf., für Möbelbeschreiner 11 Pf. die Stunde gleich 20 beziehungsweise 11 Prozent Gehaltssteigerungen als Erfolg der Organisation zu buchen sind.

Auch die kurz hierauf folgenden Verhandlungen über den Parkettlegertarif, bei denen hauptsächlich die von den Unternehmern geforderte Befestigung der Auswärtszulage neben einer Reihe weiterer Verschlechterungen die Hauptrolle spielten, scheiterten, indem Herr Parkettfabrikant Vinke mitten drin davontief und die übrigen Herren sich mit ihm solidarisch erklärten. Eine weitere Verhandlung führte jedoch zu einer Verständigung, die neben der Aufrechterhaltung des bestehenden Tarifs einige weitere Vorteile für die Kollegen mit sich brachte. Tarifdauer zwei Jahre. Somit ist dank der gestifteten Organisation und der Entschlossenheit der Kollegenschaft der geplante Anschlag des Unternehmertums unter Führung des hiesigen Arbeitgeberverbandes erfolgreich zurückgeschlagen worden, und das alles trotz der Streiklust der Münchener Kleinmeister, welche vom Berliner Schuhverband ordentlich geschürt wurde, um auch dieses Unternehmertum unter die Fittiche des Herrn Nahardt zu bekommen. Für unsere Kollegen heißt es nun tüchtig weiterkämpfen für die kommende Zeit, denn der nächste Kampf wird in München zwei vereinten Gegnern gegenüber ausgefochten werden müssen, und diese heißen „Verband der Arbeitgeber für das Baugewerbe für München und Umgebung“ und „Arbeitgeberschutzverband“.

In Brandenburg a. S. sind die Tarifverhandlungen mit der Firma Adolf Schmidt, Brandenburger Glanzrohrmöbelfabrik, beendet. Nach längerem Verhandeln wurde mit der Firma ein Vertrag abgeschlossen, der neben anderen kleineren Verbesserungen die neunstündige Arbeitszeit (bisher zehnstündige) und eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung vorsieht. Kollegen, welche bei genannter Firma in Arbeit zu treten beabsichtigen, müssen wir dringend bitten, sich zuvor über bestehende Arbeitsbedingungen im Bureau der Zahlstelle zu erkundigen.

In Froburg i. Sa. befinden sich die Kollegen in der Möbelstuhlerei von G. Grächen in einer Lohnbewegung. Gefordert wird zehnstündige tägliche Arbeitszeit (bisher 11 Stunden) und entsprechende Lohnerhöhung. Zwei

Kollegen wurde nach Einreichen der Forderung gekündigt. Da betreffende Firma nicht das geringste Entgegenkommen bei so bescheidener Forderung zeigte, sind die Kollegen entschlossen, es auf einen Kampf ankommen zu lassen. Zugang von Tischlern nach hier streng fernzuhalten, ist Pflicht jedes Kollegen.

Zu Grabow i. M. legten die Schiffbauer und Werkarbeiter wegen zu niedrigen Löhnen und zu langer Arbeitszeit auf der Werft am 7. April die Arbeit nieder. Seit einigen Wochen waren dem Arbeitgeber die Forderungen unterbreitet. Sie lauteten bei den Schiffbauern auf 3 Pf. bei den Werkarbeitern auf 5 Pf. Lohnhöhung und eine Arbeitszeitverkürzung für alle um eine halbe Stunde (von 10¹/₂ auf 10 Stunden). Die Arbeitszeitverkürzung wurde vom Arbeitgeber anerkannt. Jedoch bei der Lohnhöhung konnte eine Einigung nicht erzielt werden, da sich der Unternehmer weigerte, die Löhne auch nur um einen Pfennig zu erhöhen. Der Gewerkschafter, Kollege Falkenberg, verhandelte ebenfalls mit dem Unternehmer, jedoch ohne Erfolg. Darauf beschloffen die Kollegen einstimmig, die Arbeit niederzulegen. Der Zugang ist strengstens fernzuhalten.

Zu München befinden sich die Vergolder in einer Lohnbewegung. Nachdem die Unternehmer in auswärtigen Blättern Vergolder suchen, sehen wir uns veranlaßt, München für Vergolder zu sperren. Zugang ist also streng fernzuhalten. Der Streit bei Sauer, Korbmachermeister, München-Ebenhausen besteht weiter und erfuche ich auch hier, Zugang fernzuhalten.

Zu Sangerhausen befinden sich unsere Kollegen bekanntlich in dem Betrieb des Herrn F. A. Braun in einem Ausstand zwecks Erringung günstiger Arbeitsbedingungen und Abwehr von Lohnabzügen. In Nr. 14 hatten wir bereits über den Konflikt berichtet. Herr F. A. Braun sendet uns nun eine Berichtigung jener Notiz, die wir veröffentlicht, obgleich sie den Rahmen einer prägnanten Berichtigung überschreitet. Die Berichtigung lautet:

„In dem Artikel zu Nr. 14 der „Holzarbeiter-Zeitung“, der sich mit dem Grunde und der Ursache des ausgebrochenen Streiks meiner Arbeiter beschäftigt, sind folgende tatsächlichen Behauptungen enthalten:

- 1. Die bisherigen Lohnsätze seien für Maschinenarbeiter 34 bis 38 Pf. pro Stunde, für Polierer 32 bis 45 Pf. pro Stunde, für Stuhlbauer und Gestellmacher 17 bis 19 Mk. pro Woche, für Tischler 22 bis 24 Mk. pro Woche.
- 2. Die Arbeiter seien bei der schlechten Geschäftslage nicht so „unerfährmt“ gewesen, 15 Prozent Lohnhöhung zu verlangen.
- 3. Ich hätte durch eine in brüskler Form abgegebene Erklärung: „Die Kommissionsvertreter, mit denen wir verhandeln wollen, bestimmen wir“, die Arbeiter in den Ausstand hineingetrieben.

Alle diese Behauptungen sind unwahr, denn

- 1. sind nach meinen Büchern und den Angaben meiner Beamten, die jederzeit bereit sind, ihre Angaben zu beschwören, die bisherigen Lohnsätze folgende: Für Maschinenarbeiter bis 45 Pf. pro Stunde, für Polierer bis 53 Pf. pro Stunde, für Stuhlbauer bis 21 Mk. pro Woche, für Gestellmacher bis 25 Mk. pro Woche und für Tischler bis 30 Mark pro Woche.
- 2. Nach den mir vorliegenden schriftlichen Eingaben verlangen die Gestellmacher eine Lohnhöhung von 15 bis teilweise zu 40 Prozent, die Polierer, obwohl deren Löhne im November 1907 tarifmäßig festgesetzt sind und bis November 1909 jede Lohnhöhung vertragsmäßig ausgeschlossen ist, eine solche von 15 Prozent, die Büfett- und Umbautischler eine solche von 10 bis 30 Prozent.
- 3. Ich habe mich bereit erklärt, meine Arbeiter anzuhören, aber nicht insgesamt, sondern in nach Werkstätten eingeteilten Kommissionen, dabei habe ich allerdings zur Bedingung gemacht, daß die Mitglieder dieser Kommissionen mindestens 25 Jahre alt und mindestens ein halbes Jahr bei mir in Arbeit stehen mußten.

Dieses Verlangen erklärte selbst der Vertrauensmann des Holzarbeiterverbandes, Herr Richter, für durchaus korrekt und gerechtfertigt. Auch die Arbeiter fügten sich diesem Verlangen. Nur eine Kommission stellte ein 28-jähriges Kommissionsmitglied, das ich, weil gegen die Abrede, zurückwies. Während ich noch mit den Kommissionen verhandelte, waren die Arbeiter, offenbar von dem Zurückgewiesenen veranlaßt, in den Ausstand eingetreten.“

So weit die Berichtigung. Wir müssen es unserem Berichterstatter überlassen, sich über ihren sachlichen Inhalt zu äußern. Bemerken wollen wir aber jetzt schon, daß in dieser „Berichtigung“ keineswegs bestritten wird, daß in dem Braunkohlen-Geschäft Lohnreduktionen vorgenommen und angedroht worden sind. Und diese Feststellung, die durch das beredte Schweigen über diesen Punkt in der „Berichtigung“ nur unterstrichen wird, war der hauptsächlichste Zweck unserer „berichtigten“ Notiz in Nr. 14 unserer Zeitung.

Zu Treprow a. d. Niga haben die Holzarbeiter die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich um die Erringung der zehnjährigen Arbeitszeit und um die Erhöhung des Stundenlohns um 3 Pf. Bisher war eine wöchentliche Arbeitszeit von 68 und 66 Stunden zu verzeichnen. Die Stundenlöhne betragen 32 bis 35 Pf. In Frage kommen zwei Werkstätten. In einer Werkstätte sind die Forderungen der Arbeiter bereits bewilligt. Zugang ist fernzuhalten nach dem Betrieb der Herren Bacholke in Treprow.

Zu Bentzenroda kam es in der Möbelfabrik von A. May, wo etwa 40 Tischler beschäftigt sind, zu Differenzen. Die Firma hatte die Gewohnheit, die Arbeiter, welche eine Erhöhung ihres Lohnes verlangten, zu entlassen, und um stets Erfolge zu haben, bemühte sie sich fortwährend, Arbeiter zu gewinnen. Auch vom Arbeitsnachweis in Leipzig waren ihr einige Kollegen zugeschickt worden, ohne daß man sich zuvor bei der hiesigen Verwaltung erkundigt hätte. Die Erbitterung der Kollegen war noch gesteigert worden durch das Verhalten des Werkführers, der nach Belieben die Löhne reduzierte. Es wurde schließlich das Verlangen nach einer fünfprozentigen Lohnreduktion gestellt. Da die Firma nicht genügend entgegenkam, legten am 24. März sämtliche ledigen Kollegen die Arbeit nieder, worauf auch die Verheirateten von der Firma entlassen wurden. Dem Eingreifen des Gewerkschafters, Kollegen Siegfried, gelang es, eine Verständigung herbeizuführen. Die Löhne wurden durchweg um 1 Pf. pro Stunde erhöht und für 20 Jahre alte Arbeiter ein Minimallohn von 20 Mk. festgesetzt.

Ausland.

Zu Zürich sind bekanntlich am 1. April die Klavierarbeiter in den Streik getreten. Den Anlaß dazu gab die Maßregelung des Gruppenobmanns. Schon seit längerer Zeit waren in der Klavierfabrik von Mohrdorf & Cie. Differenzen. Der dortige Werkführer, Pfeiffer, arbeitet schon längst daran, die Klavierarbeit für den ganzen Betrieb einzuführen, trotzdem nur 7 Mann von 25 in Akkord standen. Die Gewerkschaft legte sich nun ins Mittel, und es wurde von Seiten des Herrn Mohrdorf das Versprechen gegeben, er werde diese Frage prüfen, ob es möglich sei, auch für diese 7 Mann noch die Tagelohnarbeit einzuführen. Inzwischen scheint es dem Herrn Werkführer gelungen zu sein, den Prinzipal eines andern zu belehren. Die Herren Klavierfabrikanten fanden sich zusammen, und das Resultat ihrer Zusammenkunft war, daß der Gruppenobmann als Opfer herhalten sollte. Damit hatten wir nun die Antwort der Herren Meister; aber die Herren hatten die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht, jedenfalls glaubten sie, die Klaviermacher schlafen noch wie ehedem. Eine Versammlung, welche sofort einberufen wurde, erklärte sich mit ihrem Kollegen solidarisch und wurde die Arbeit in 4 Werkstätten niedergelegt. In Betracht kommen 40 Mann. Eine angebahnte Unterhandlung zwecks Beilegung des Konflikts war resultatlos. Daraufhin wurden seitens der Arbeiter die Forderungen formuliert, welche als erste die Wiedereinstellung des Gruppenobmanns und die Abschaffung der Akkordarbeit vorschlug. Es muß konstatiert werden, daß die Streikenden eine musterhafte Disziplin besaßen. Der Gedanke der Solidarität hat die Klavierarbeiter ergriffen, und sie werden auf dieser Bahn vorwärtschreiten. Am Schlusse der Woche hat es nun den Anschein gehabt, als ob die Herren schon etwas geneigter wären, es wird jedoch abzuwarten sein, was die Herren uns nun für Zugeständnisse machen wollen. Der Platz Zürich ist für Klavierarbeiter strengstens gesperrt.

Zu Kopenhagen haben die Korbmacher am 1. April die Arbeit niedergelegt; verlangt wird Lohnhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden. Die Arbeitgeber versuchen nun Arbeit aus Deutschland zu beziehen. Den Bezug von Meißelböden können wir wohl nicht verhindern, jedoch hoffen wir, daß es den Fabrikanten schwerer gelingen wird, Bedingtmittel dort anfertigen zu lassen. Wir erfuchen deshalb unsere deutschen Kollegen, aufzupassen, wenn Modelle von hier nach dort antommen.

Zu Stockholm befinden sich die Korbmacher in einer Lohnbewegung. Zugang ist fernzuhalten.

Zu Paris sind im Baugewerbe schwere Differenzen ausgebrochen, die sich auch auf die Bauschreinerbetriebe erstrecken. Auch sonst ist die Lage des Arbeitsmarktes im Holzgewerbe die denkbar ungünstigste. Zugang von Schreibern ist streng fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Des Teufels Dank.

Aus Thüringen wird uns geschrieben:

War da vor mehreren Jahren in einer größeren Stadt Thüringens ein Streit ausgebrochen in einer Holzwarenfabrik, in der neben einer Anzahl gelernter Wöblicher und Tischler auch eine Menge ungelerner Holzarbeiter beschäftigt waren. Es galt eine zugemutete Akkordlohnherabsetzung abzuwehren und die Aussichten waren vorzüglich, da die gelernten Arbeiter gut organisiert und einig waren, nur bei einem Kollegen haperte es. Dieser hatte sich kurz zuvor ein Haus gebaut, und zwar war dasselbe infolge des unglücklichen, nachgiebigen Bauerrains recht teuer zu stehen gekommen. Der Prinzipal war ihm damals entgegengesommen; er hatte auf das Anwesen eine ziemlich hohe Hypothek hergegeben. Jetzt kam die Reversseite der „Gefälligkeit“ zum Vorschein. Der Tischler hatte die Wahl: Entweder er wurde zum Zerbrechen und zum „Kobnolen“ des Chefs blieb ihn erhalten und damit zu gleicher Zeit auch die Hypothek, oder er schloß sich seinen Kollegen an und das Haus kam unter den Hammer, denn für die entzogene Hypothek wäre bei der Höhe der Belastung des Anwesens kein Ersatz zu beschaffen und alle die mühsam erworbenen und in das Haus hineingebauten Sparpfennige wären mit verloren gewesen. Der Kampf, den der Arme in seinem Innersten zu führen hatte, war ein schwerer, denn zu seiner Ehre sei es gesagt, er war immer ein guter Kollege und treues Verbandsmitglied gewesen. Als er der Streikleitung seine Lage auseinandersetzte, weinte er wie ein Kind. Die Kollegen überließen es ihm selbst, zu tun, was er wollte. Schon neigte der Sieg sich auf die Seite der Arbeiter, denn die Befürzungen drängten und der Sentorchef war im Grunde seines Herzens nicht böse; er war selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen und lag ihm nichts am Streik um die paar Lohnpfennige. Der Quertreiber war der Juniorchef, der zwar in der Schulzeit die Armut gerade sühnbar genug kennen gelernt, sich inzwischen aber zum „Selbstherrscher“ entwickelt hatte. Durch den Wiedereintritt des erwähnten Tischlers nun, der die stehengebliebenen und als Streikbrecher sich meldenden ungelerten und gelernter Holzarbeiter in die Spezialitäten einweichte und einarbeitete, neigte sich das Zünglein des Erfolges immer mehr zu ungunsten der Arbeiter, und der Streik ging nach nicht allzu langer Dauer vollständig verloren.

Sechs Jahre sind darüber hingegangen. Worige Woche nun erschien in einer Zeitung jenes Ortes folgende Notiz: Für diesche Familie wird durch die Gemeinde ein kleines Logis gesucht. Der Gemeindevorstand

Des Rätsels Lösung? Der Seniorchef ist vor einem Jahre plötzlich gestorben, die „Liebesdienste“ von ehedem sind vergessen. Das Haus war für die Dauer nicht zu halten, die Hypothek haben den „Besitzer“ erdrückt. Er mußte aus „seinem“ damals mit so schweren Opfern erkämpften und erhaltenen Anwesen, und da sich keine Wohnung finden will,

schlägt sich die Gemeinde ins Mittel. Fürwahr, ein abschreckendes Beispiel für viele, die da denken, durch Liebedienerei und Speichelleckerei das „ewige Glück“ zu erwerben. Ihrer wartet nichts anderes, als — des Teufels Dank!

Dem christlichen Holzarbeiter juckt wieder einmal das Fell nach einer moralischen Richtigung. Daß wir uns seine Terrorisnußkugeln nicht ruhig gefallen lassen, sondern ihn darob gelegentlich an den Pranger stellen und ihn außerdem von Fall zu Fall die Sünden seiner Leuten vor Augen halten, macht ihn ganz nervös. Und so hat er in seiner letzten Nummer wieder alle Terrorisnußfälle, die seit Adam und Eva von freiorganisierten Arbeitern begangen worden sind und zum Teil wohl auch nur begangen worden sein sollen, zusammengefaßt zu einem artigen Angriff auf unsere Sache. Obwohl er alle Ecken seines Sammelkastens — Marke „Roter Terrorisnuß“ — ausgekratzt hat, hat es zu einem Artikel doch nicht gelangt, deshalb hat er noch ein übriges getan und alle Verurteilungen sozialdemokratischer Gewerkschaftsredakteure wegen Beleidigung oder Vergehens gegen den berechtigten Haß und Verachtungsparagrafen mitregistriert. Ein eigentümliches Beginnen, insofern der Redakteur des christlichen „Holzarbeiters“ sich damit vor der Öffentlichkeit selber herabsetzt, denn er ist wegen ähnlicher Delikte bestraft worden, was ihm bekanntlich zu einer recht treffenden Kritik über die heutige Klassenjustiz anregte. Das hat er alles vergessen, sntemalen es seine Aufgabe ist, berufsmäßig nur bei den anderen, den Gegnern, Fehler zu finden. Eine Aufgabe, die nicht besonders delikater Natur ist.

Vielleicht hätte der christliche „Holzarbeiter“ seiner Sache mehr gedient, wenn er die scharfen Urteile des heftigen und des lothringischen Gewerbeinspektors über die von christlichen Gewerkschaftsführern verübten Terrorisnererei Ubergesinnter seinen Lesern mitgeteilt, oder wenn er ihnen den vom katholischen „Arbeiter“ in Berlin mitgeteilten schändlichen Terrorisnußfall aus Thalexweiler zur Kenntnis gebracht hätte. Der „Arbeiter“ schrieb darüber:

„Frau Johann Graf hatte in Gemeinschaft mit der Hebamme Berwang aus Steinbach und des Ackerers Johann Hoffmann am zweiten Weihnachtsfesttage von Dörsdorf aus ein Kind zur Laufe in die Pfarrkirche nach Thalexweiler gebracht. Den dazu benutzten Wagen hatten sie in der Gastwirtschaft Schmidt in Thalexweiler untergebracht. Als sie nach der heiligen Handlung zum Wagen wieder zurückkehrten, trafen sie dort die vier christlichen Gewerkschaftler Heinrich Mark, Johann Risch, Bergmann Risch und Knappschäftältester Bauh, die sofort mit Fragen über die Frauen herfielen: „Ist der Getaufte ein christlicher Gewerkschaftler oder ein katholischer Facharbeiter?“ Als die Frauen schließlich, weil der Vater Mitglied unseres Arbeitervereins und der Bergarbeitersachabteilung ist, sagten, er sei wohl Facharbeiter, erklärten die christlichen Gewerkschaftler nacheinander folgendes: Johann Risch: „Dann sollten sie ihm, dem Täufling, lieber den Hals abschneiden.“ Knappschäftältester Bauh: „Sie sollten ihm den Hals zuhalten.“ Heinrich Mark: „Geht mir das Kind mal her, ich nehme es an die Weine und ich lege es mit dem Kopfe gegen die Wand.“ Bergmann Risch: „Nacht es mich mal in die Augen gucken.“ Darauf: „Ja es ist nicht mehr wert!“ Die Frauen konnten sich und das Kind vor weiteren Beschimpfungen nur dadurch retten, daß sie schleunigst die Gastwirtschaft verließen.

Wir hielten diese Roheiten zuerst nicht für möglich und ließen deshalb an Ort und Stelle genaue Erkundigungen einziehen. Diese ergaben die volle Wahrheit der Vorgänge. Die beteiligten beschimpften Personen erklärten sich bereit, die gemachten Angaben nötigenfalls vor Gericht zu beschwören. Außerdem wurde noch eine Reihe weiterer Zeugen des Vorfalls genannt, deren Namen wir ebenfalls feststellen konnten. Diese Angreifer der wehrlosen Frauen sind Katholiken! Welch ungläubliche Gehässigkeiten gegen die Mitglieder unseres katholischen Verbandes müssen demnach in den „christlichen“ (?) Versammlungen verzapft worden sein, welcher Haß muß da gepredigt worden sein, der in solchen erbärmlichen Roheiten gegen die eigenen Glaubensgenossen zum Ausdruck kommt! Und wie müssen erst die nicht-katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gegen die Mitglieder des katholischen Arbeiterverbandes verbeht sein!! Wir fragen: Wer will diese in den christlichen Gewerkschaften gepflegte Verbehtung denn vor Gott und seinem Gewissen verantworten?! Katholische Arbeiter und Arbeiterfamilien, die getreu den Weisungen ihres Bischofs auch in der Arbeiter- und Gewerkschaftsfrage sich in innigster Verbindung mit ihrer katholischen Kirche halten, werden beschimpft, verhöhnt, mißhandelt!!!

Man sollte derartige Roheiten nicht für möglich halten. Aber der Umstand, daß ein katholisches Blatt es ist, das katholische, christlich organisierte Arbeiter solcher Handlungen bezichtigt, läßt jeden Zweifel an der Richtigkeit der Angaben schwinden.

So steht es um den Terrorisnuß im christlichen Lager! In geradem Maße werden Andersgünstige von christlichen Gewerkschaftern behandelt. Und das blüht sich auf über die Schlechtigkeit der freien Gewerkschaften.

Bekanntlich kann auch jetzt der christliche Holzkollege, der im „Deutschen Holzarbeiter“ in „rotem Terrorisnuß“ macht, das Älgen nicht lassen. Er sagt, wir hätten verschwiegen, daß es sich in dem Urteil gegen den christlichen Verleumder Ruf von Meß um eine Berufsungsverhandlung gehandelt habe, während wir durchaus richtig berichtet hätten (siehe Seite 108).

Im übrigen ist über den christlichen Terrorisnuß erst in voriger Woche in der badischen Kammer verhandelt worden; vielleicht interessiert sich der christliche „Holzarbeiter“ auch für diesen Reinfall der christlichen Terrorisnußschreiber. Er kann da viel lernen; vor allem das eine, daß es besser ist, nicht so sehr über den Terrorisnuß anderer zu schreiben, wenn es im eigenen Lager so sehr menschelt in punkto Terrorisnuß. Die Pharisäer machen immer eine tolle Figur! **Eine Kritik in der sächsischen Holzspielwarenindustrie?** Recht schweren Zeiten scheinen die zahlreich in der sächsischen Holzspielwarenindustrie tätigen Arbeiter entgegenzugehen, folgt man den übereinstimmenden Berichten über den Verlauf der diesjährigen Leipziger Ostervormesse. Von dieser holen sich die Fabrikanten fast für den ganzen Sommer Aufträge, wobei namentlich das Ausland, insbesondere aber Amerika, sich bisher stark engagiert hat. Der Ausfall an Aufträgen soll ein ganz bedeutender sein, so daß,

falls dieser durch nachträgliche Bestellungen nicht ausgeglichen wird, für die zahlreicheren, ohnehin schon genugsam ausgebeuteten Bewohner der bekannten Spielwarengenden das graue Hungergespenst vor der Tür steht. Bezeichnend ist, daß das Ausland sich immer mehr von den Erzeugnissen dieser ob ihrer Armut sprichwörtlich bekannten Bewohnererschaft, insbesondere der des sächsischen Erzgebirges, abwendet. Man findet die Erklärung hierfür wohl in der hohen Zolltarifizierung, welche die Spielwaren ungemein verteuert. Hierzu kommt noch, daß sämtliche Materialien erheblich im Preise gestiegen sind und daß die billigeren Nachspielwaren eine große Konkurrenz bereiten. Sie haben kein beneidenswertes Los, die ausgebeuteten Spielwarenarbeiter, die, zu meist an ihre Scholle gefesselt, obendrein noch der Willkür der Fabrikanten auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert sind.

Berliner Holzkontor in Berlin. Das Jahr 1907 stand laut Rechenschaftsbericht an fast allen Orten der Tätigkeit der Gesellschaft im Zeichen der Ausperrungen und Streiks; besonders lag das Berliner Baugeschäft sehr still. Dazu kamen umfangreiche Zahlungseinstellungen im Holzgeschäft, bei denen die Gesellschaft selbst zwar unmittelbar nur wenig beteiligt war, die aber im allgemeinen auf den Markt lähmend wirkten. Auf der anderen Seite erzielte die Gesellschaft aber gegen das Vorjahr günstigere Ergebnisse auf allen übrigen Gebieten ihrer Tätigkeit. Nach 182587 (205977) M. Abschreibungen verblieb ein Reingewinn von 388 046 (481 820) M.; woraus 6546 (9012) M. der Unterstützungskasse überwiesen, 5 (6) Prozent Dividende gleich 300 000 (360 000) M., sowie 35 002 (53 606) M. Gewinnteile verteilt und 44 496 (58 701) M. vorgetragen werden. Über das laufende Jahr wird gesagt, daß das Berliner Geschäft kaum lebhafter als im Vorjahr sein wird, dagegen die Ausfichten im Ausfuhrgeschäft wieder gut sind.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifbewegung im Baugewerbe ist auch jetzt noch nicht beendet. Nur in München ist es nach langwierigen Verhandlungen zu einer Einigung gekommen, dagegen sind die Verhandlungen für das westdeutsche Vertragsgebiet resultatlos abgebrochen worden, da die Unternehmer jedes Entgegenkommen besonders in der Lohnfrage ablehnten. Zur Zeit wird über dem Abschluß des Berliner Vertrags verhandelt, doch ist über den Stand der Verhandlungen Näheres nicht bekannt. So wie die Dinge jetzt liegen, ist es noch gar nicht ausgeschlossen, daß es im Baugewerbe nicht doch zu einem großen Kampf kommt.

Im Malergewerbe ist bereits seit dem 11. April die Ausperrung vollzogen. Es kommt vorzüglich Süddeutschland mit rund 12000 organisierten Malern in Frage. Auch hier wehren sich die Arbeiter gegen die Annahme eines von den Unternehmern einseitig aufgestellten Generaltarifs.

Der Bildhauerverband hatte Ende 1907 4360 Mitglieder gegen 4905 ein Jahr früher, das heißt er verringerte im Jahre 1907 seine Mitgliederzahl um 545. Das Vermögen der Hauptkasse belief sich Ende 1906 auf 91 829 M., Ende 1907 auf 59 566 M. Der Verband hatte im Jahre 1907 Beitragsentnahme in Höhe von 167 943 M., Ausgaben für Streikunterstützung 75 117 M., Arbeitslosenunterstützung 78 800 M., Reiseunterstützung 6142 M., Invalidenunterstützung 14 920 M., Agitation 7737 M., Remuneration der Lokalverwaltungen 8235 M., für die Zeitung 13649 M.

Der Brauerverband steigerte im letzten Jahre seine Mitgliederzahl von 28 602 auf 33 177; die Zunahme beträgt 4575. Die Einnahmen des Verbandes beliefen sich auf 665 147 (1906 511 328) M., die Ausgaben auf 542 868 (375 117) M. Der Kassenbestand der Verbandskasse betrug Ende 1907 379 213 M.; außerdem waren in 105 Zahlstellen lokale Fonds in Höhe von 72 919 M. vorhanden, so daß sich das gesamte Verbandsvermögen auf 452 132 M. belief.

Der Buchdruckerverband steigerte im letzten Jahre seine Mitgliederzahl von 48 447 auf 53 629, was einer Jahreszunahme von 5082 entspricht.

Der Handels- und Transportarbeiterverband erzielte im letzten Jahre seine Mitgliederzahl um 7177; er hatte Ende 1906 81 784, Ende 1907 88 961 Mitglieder.

Der Kleidermacherverband erzielte im letzten Jahre eine Zunahme seiner Mitgliederzahl von 1906 auf 2383, also ein Mehr von 427 Mitgliedern.

Zu Lübeck haben sich die Gewerkschaften im letzten Jahre recht günstig entwickelt. Ihre Mitgliederzahl stieg von 8691 auf 10 008, also um 1317.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein abgeschlagener Angriff auf das Koalitionsrecht.

Bei dem Streik der Schreiner in Düsseldorf im Jahre 1906 haben die dortigen Schreinermeister recht empfindliche Schäden erlitten. Das brachte den Arbeitgeberverband auf die schlaue Idee, von den Arbeitern einen Ersatz der erlittenen Verluste zu verlangen. Es wurde also ein Prozeß gegen die am Kampf beteiligt gewesenen Organisationen, nämlich den Deutschen Holzarbeiterverband, den Christlichen Holzarbeiterverband und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft der Tischler angehängt. Da aber der Ausgang des Prozesses immerhin zweifelhaft war und die entstehenden Kosten sich nach der Höhe des Objekts richteten, wurde zunächst die Firma Werner & Bardach vorgeschoben, um eine Schadenersatzklage gegen die genannten Organisationen anhängig zu machen. Würde diese Klage erfolgreich gewesen, dann wären die anderen Unternehmer gefolgt, und die Gewerkschaften hätten den Unternehmern die Kriegskosten zu zahlen gehabt. Ja, mehr als das; ein obliegenendes Erkenntnis, daß die Unternehmer in diesem Fall erkranken hätten, wäre ein Todesurteil für das Koalitionsrecht der Arbeiter gewesen. Der Zweck des Streiks ist es ja, dem Unternehmer Schaden zuzufügen; wenn die Organisationen verpflichtet werden können, diesen Schaden zu ersetzen, dann hat das Recht der Arbeiter, Koalitionen zu bilden zum Zweck der Erzielung besserer Arbeitsbedingungen, jeden Wert verloren.

Es kam aber nicht so, wie die Unternehmer gehofft hatten; das Landgericht Düsseldorf hat die Klage abgewiesen, wie wir seinerzeit berichtet haben. (Siehe „Holzarbeiter-Zeitung“ Nummer 9, Jahrgang 1906.) Die Unternehmer gaben sich

aber mit dem abweisenden Urteil nicht zufrieden und legten Berufung ein. Nunmehr hat aber auch der erste Zivilsenat des Oberlandesgerichts Köln das Urteil des Düsseldorf-Landgerichts bestätigt. Aus den Gründen des am 18. Februar d. J. gefällten Urteils entnehmen wir der „Holzarbeiter-Zeitung“ (ein direkter Bericht ist uns nicht zugegangen) folgende Sätze:

„Die verklagten Vereine sind nicht rechtsfähige Vereine im Sinne des § 54 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Ihre Parteifähigkeit, das heißt die Fähigkeit, als solche verklagt zu werden, ist nach § 50 Absatz 2 der Zivilprozessordnung gegeben. Die Klage ist eine Klage auf Schadenersatz als unerlaubte Handlung. Sie wird auf Verleitung zum Vertragsbruch und auf Unterfütterung bei demselben gegründet. Sie ist aber nicht zu halten, da die verklagten Vereine zur Klage nicht passiv legitimiert sind. Die in § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches für die rechtsfähigen Vereine gegebene Bestimmung, daß der Verein für den Schaden verantwortlich ist, den der Vorstand, ein Mitglied des Vorstandes oder ein anderer Vertreter durch eine in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen begangene, zum Schadenersatz verpflichtende Handlung einem Dritten zufügt, ist auf die nicht rechtsfähigen Vereine nicht anwendbar. Sie unterliegen vielmehr nach der Vorschrift in § 54 des Bürgerlichen Gesetzbuches den Normen über die Gesellschaft, und danach werden sie nur durch Rechtsgeschäfte, nicht durch unerlaubte Handlungen ihrer Vertreter verpflichtet. (§§ 714, 715 des Bürgerlichen Gesetzbuches.) Aus Handlungen oder Unterlassungen, die zum Schadenersatz verpflichten, haftet der nicht rechtsfähige Verein daher nur dann, wenn an einem solchen Verhalten alle Vereinsmitglieder beteiligt sind, oder ihnen allen ein Verschulden gemäß § 831 des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Last fällt. Sonst haften nur die an der Schaden stiftenden Handlung oder Unterlassung beteiligten Vereinsmitglieder persönlich, wogegen das Vereinsvermögen nicht in Anspruch genommen werden kann. Daß alle verklagten Mitglieder der verklagten Vereine an dem — nach der Behauptung der Klägerin — schädigenden Verhalten beteiligt gewesen seien, läßt sich nach der eigenen Darstellung der Klägerin nicht annehmen. Ihr Vorbringen ist aber auch nicht geeignet, eine Haftung der verklagten Vereine aus § 831 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu begründen. Die Lohnkommission, auf deren Tätigkeit die Klägerin vornehmlich ihren Schadenersatzanspruch stützt, war keine Angestellte der verklagten Vereine im Sinne der genannten Gesetzesbestimmung. Sie war nicht von den verklagten Vereinen oder ihren Vorständen bestellt, sondern durch Beamte der örtlichen Verbände gewählt. Wenn die Klägerin behauptet, die Beklagten hätten auf die Wahl dieser Beamten „einen mehr oder minder großen Einfluß“ gehabt, so ist das ohne rechtliche Bedeutung, da sich daraus keineswegs der Schluß ziehen läßt, daß die Lohnkommission die Weisungen der Beklagten zu befolgen hätte. Die verklagten Vereine können daher auch nicht für einen Schaden verantwortlich gemacht werden, der der Klägerin aus der Tätigkeit der Lohnkommission erwachsen sein sollte. Erst recht gilt das von dem Schaden, den sie von der Lohnkommission eingesehen Streikbureau und bestellten Streikposten der Klägerin zugesügt haben. Wenn die Vorstände der verklagten Vereine selbst die Arbeiter mittelbar oder unmittelbar in ihren Entschlüssen rechtswidrig beeinflusst haben sollten, so hätten doch die verklagten Vereine für den dadurch der Klägerin etwa verursachten Schaden nicht aufzukommen, da keine Schadenzufügung in Ausführung einer den Vorständen durch die Gesamtheit der Mitglieder aufgetragenen Verrichtung in Frage stünde.“

Dieser Versuch, den Gewerkschaften das Streikrecht durch Gerichtserkenntnis zu rauben, wäre also definitiv abgeschlagen. Das wird aber die Sachwalter der Unternehmer nicht hindern, neue Wege zu suchen, um das erstrebte Ziel zu erreichen.

Eingefandt.

Die Holzarbeiter der Stadt...

Auf der Drechslerkonferenz am 30. und 31. Dezember stellten die Vertreter der Kamm- und Haarfischindustrie aus den Orten Berlin, Darmstadt, Dresden, Leipzig und Nürnberg den Antrag, zur besseren Verbindung unter den Kollegen eine Zentralkommission einzusetzen und dieselbe der bestehenden Kommission der Stockarbeiter anzugliedern. Diese Kommission hat die Aufgabe, 1. eine engere Verbindung unter den Kollegen in Deutschland herzustellen; 2. den Hauptvorstand und die Gauvorstände in der Agitation zu unterstützen; 3. Sammlung von Material, wie Akkordpreise, Tarife, und Veröffentlichung desselben zwecks Information der Kollegen und Besserstellung der Agitation. Da nur fünf Orte auf der Konferenz vertreten waren, so unterbreiten wir diesen Beschluß den Kollegen der Kamm- und Haarfischindustrie mit dem Ersuchen, umgehend hierzu Stellung zu nehmen und an Unterzeichneten das Resultat der Stellungnahme mitzuteilen. Soweit wir Kenntnis haben, sind Kollegen beschäftigt in den Orten Leipzig, Dresden, Darmstadt, Oberammergau, Naumburg, Nürnberg, Lauterbach, Zerbst, Kreuznach, Hannover, Sankt, Düsseldorf, Schöttmar, Mannheim, Pforzheim und Frankfurt a. M. Gleichzeitig ersuchen wir die Verwaltungen vorstehender Orte, hiervon Kenntnis zu nehmen und auf die Kollegen einzuwirken, daß sie unserer Anregung Folge geben. Die Zentralkommission besteht aus drei Stockarbeitern und drei Kollegen der Kamm- und Haarfischindustrie. Dieselbe wählte Unterzeichneten zum Obmann, den Kollegen Janzki, Kammacher, zum Stellvertreter und den Kollegen König zum Schriftführer. Alle Briefe, Sendungen und Anfragen sind zu richten an Jul. Gildesbrandt, Rixdorf-Berlin, Selchowerstr. 6 III. Vorstehende Adresse gilt vom heutigen Tage an auch für die Vertrauensleute der Stockindustrie.

Achtung, Klaviermacher!

Wir möchten die Sektionsleitungen der Klavierarbeiter wiederholt ersuchen, die von uns im vorigen Monat versandten Fragebogen umgehend ausgefüllt an uns zurückzusenden. Die Zentralkommission der Klavierarbeiter Deutschlands: J. A. W. Schmieb, Hamburg 19, Eppendorferweg 41/1 I.

Zur Lage der Maschinenarbeiter.

Die Maschinenarbeiter in Berlin zeigen seit einiger Zeit eine Interesslosigkeit, welche zum Nachdenken veranlaßt. Die Branchenversammlungen werden ohne Ausnahme sehr schlecht besucht; von den über 2000 in dieser Branche beschäftigten Kollegen sind ganze 200 und auch einmal 250 Kollegen in den Versammlungen anwesend, und diese anwesenden Kollegen sind fast immer dieselben. Selbst die von der Werkstattkontrollkommission einberufenen Sitzungen werden von den Kollegen nur noch sehr wenig besucht. Die Kollegen zahlen ihren Beitrag, damit sie organisiert sind, aber im übrigen bestimmen sie sich nicht um das Geringste. Sie überlassen alles andere der jeweiligen Branchenkommission, um hinterher bei der kleinsten Veranlassung zu rasonieren über die Leitung der Branche oder des Verbandes, welche alles falsch macht.

Kollegen, an was liegt dies, was gibt die Veranlassung dazu? Die Kollegen lassen sich von der falschen Auffassung leiten, sie sind in einem großen Verband und haben nichts mehr darin zu sagen. Kollegen, das trifft nicht zu, geht in die Versammlungen und macht dort euer Recht geltend, so wird euch auch euer Recht werden. Die Kollegen sind vielleicht auch mutlos gemacht durch die jetzt herrschende Geschäftslage, durch welche sie zu längerer Arbeitslosigkeit gezwungen werden, und besuchen aus diesem Grunde die Versammlungen nicht; aber, Kollegen, gerade jetzt in dieser Zeit ist es dringend notwendig, die Versammlungen zu besuchen, um dort unsere Lage zu besprechen. Dahin zu wirken, daß das Umschauen unterlassen wird, welches den Unternehmern Veranlassung gibt, noch mehr, wie sie es ohnedies schon tun, die Löhne zu reduzieren. Kollegen, es ist bedauerlich, daß die traurige Tatsache konstatiert werden muß, daß gerade jetzt viele Kollegen nicht ihre Beschlüsse halten, und daß das Umschauen, welches der Branche unendlich großen Schaden bringt, jetzt in hoher Blüte steht. Kollegen, rafft euch auf, besucht die Versammlungen, arbeitet mehr an euren eigenen Interessen mit, unterstützt die Kommission, und in allererster Linie haltet die von euch gefassten Beschlüsse.

An die Kollegen in den Provinzen aber richte ich die Bitte, unterstützt uns und überlaßt Berlin nicht so sehr. Berlin ist nicht die Goldgrube, für die es gehalten wird. Die Berliner Unternehmer verlangen von unseren Kollegen eine solche intensive Tätigkeit, daß die meisten von den nach hier zugezogenen Kollegen bald wieder den Staub Berlins von den Pantoffeln schütteln oder aber in der Hoffnung auf eine bessere Stellung in Berlin, wo das Leben, nebenbei gesagt, ziemlich teuer ist, sich weiter aufhalten und auf dem Arbeitsnachweis wochenlang auf Arbeit warten, um dann, wenn sie wieder eine Stellung nachgewiesen erhielten, zu sehen, daß sie auch in dieser nicht lange sein werden. Es kommt noch hinzu, daß die Unternehmer diesen zugezogenen Kollegen Löhne anbieten, zu welchen die Berliner Kollegen unter Verzicht auf die hier bestehenden Verhältnisse nicht arbeiten können, und werden somit die zureisenden Kollegen ihren Berufskollegen gegenüber zu direkten Lohnrückern. Des weiteren kommen diese Kollegen durch die ihnen ungewohnte intensive Arbeitsleistung in weitaus größerem Maße als die ansässigen Kollegen in die Gefahr, Unfälle zu erleiden. Die Kollegen lockt, wie schon oben gesagt, der scheinbar höhere Lohn, und sie verlassen ihre bisherigen Arbeitsstätten, um hier in Berlin die große Enttäuschung zu erleben.

Es herrschen ja auch in der Provinz die unhaltbarsten Zustände. Wägen die Kollegen nur in Betracht ziehen, daß für dieselbe Arbeit in derselben Arbeitszeit in einigen an sich räumlich eng verbundenen Orten grundverschiedene Löhne gezahlt werden, oder in diesem Ort beträgt die Arbeitszeit 52 Stunden und in jenem beträgt dieselbe noch 60 und mehr Stunden. Ja, es ist in einem Orte möglich geworden, daß unsere Kollegen mit den Unternehmern einen Vertrag abgeschlossen haben, in welchem bei 59tündiger Arbeitszeit ein Höchstlohn (lese Höchstlohn) von 18 M. festgesetzt ist.

Kollegen, so geht es nicht weiter. Wir müssen versuchen, diese unhaltbaren Zustände für die Zukunft zu beseitigen. Es muß versucht werden, eine Unfallstatistik über ganz Deutschland einzuführen, welche systematisch durchgeführt werden müßte, um an Hand dieser den Unternehmern vorzuführen zu können, daß die von ihnen gezahlten Löhne in Verbindung mit der langen Arbeitszeit in keinem Verhältnis stehen zu der gefährvollen Arbeit in unserem Beruf. Es muß Material gesammelt werden, um bei den Gewerbeinspektionen dahin wirken zu können, daß die Unternehmer eventuell durch Gesetz gehalten werden, wirklich praktische und brauchbare Schutzvorrichtungen an den Maschinen anzubringen. Es soll an dieser Stelle nur noch hingewiesen werden auf die runde Sicherheitswelle des Herrn G. Carstens-Nürnberg. Dieselbe vereinigt wirklich alles in sich, was in betreff Sicherheit und Schonung der Gliedmaßen bei einem eventuellen Unglücksfall an der Abrichtmaschine möglich ist.

Eine Verständigung in allen diesen Fragen herbeizuführen, hält nun aber, auch durch die ausgedehnteste Korrespondenz, sehr schwer, da es auch endlich einmal die Frage erörtert werden müßte, ob es nicht möglich gemacht werden könnte, daß die Tischlerkollegen das Arbeiten an den Maschinen überhaupt verweigern müßten, und daß dafür in den in Frage kommenden Betrieben Maschinenarbeiter eingestellt werden müßten. Für Berlin ist ja diese Angelegenheit geregelt, da hier die Tischler an den Maschinen nicht arbeiten dürfen, wenn auch hier und da ein Kollege diesen Beschluß übersteht und doch einiges von seiner Arbeit selbst auf der Maschine fertigstellt. Es ist wohl angebracht, daß ich hier ausspreche: es ist unbedingt eine Notwendigkeit, daß eine Konferenz der Maschinenarbeiter ganz Deutschlands stattfindet, in welcher die Lage derselben überhaupt und das hier Angeführte in besonderen behandelt wird. Die Berliner Maschinenarbeiterkollegen haben ja auch schon vor einiger Zeit die Notwendigkeit dieser Konferenz eingesehen und in einer Branchenversammlung ihrem Wunsche nach Einberufung einer solchen durch eine dahingehende Resolution Ausdruck verliehen. Bis zu dem Zeitpunkt aber, wo wir die Konferenz möglich machen können, rufe ich den Maschinenarbeitern noch einmal zu: Haltet die von euch gefassten Beschlüsse, besucht die Versammlungen, arbeitet mit in Interesse des Verbandes, in eurem eigenen Interesse; versucht, die uns noch fernstehenden, in unserem Beruf tätigen Kollegen für den Verband zu gewinnen. Fort mit der Interesslosigkeit, fort mit dem alten Schlandrian, und wir werden vorwärtskommen. A. H. - Berlin.

Arbeitslosigkeit im Monat März 1908.

Table with columns for Gau, Arbeitslosigkeit am Orte, and Unterstützung haben erhalten. Rows include various regions like Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, etc., and a monthly summary for 1908.

Table comparing unemployment figures for the first quarter of 1908 with previous years (1904-1907). Columns show months and corresponding unemployment counts.

Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 1908.

Detailed table for the first quarter of 1908, showing unemployment statistics for various regions and a quarterly summary.

Im ersten Quartal 1908 betrug die Gesamtzahl der gemeldeten arbeitslosen Mitglieder 31302, das sind 3077 mehr als im vierten Quartal 1907 mit 28225 Arbeitslosen.

Die durchschnittliche Zahl der unterstützten Tage ist am höchsten im Gau München mit 19,4, am niedrigsten im Gau Erfurt mit 13,2. Die Gauen Berlin und Chemnitz stehen dem allgemeinen Durchschnitt mit 16,0 Tagen gleich.

Bezüglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Mitglieder ist wieder daran zu erinnern, daß es sich bei den Zahlen in der Tabelle in Wirklichkeit nicht um so viele Mitglieder handelt, da die reisenden Mitglieder so oft mehrfach gezählt werden.

Briefkasten.

* Infolge Raummangels mußten folgende „Stimmen zum Verbandstag“, die allerdings erst kurz vor Redaktionsschluß hier einliefen, zurückbleiben: von Morsberger-Fürth, Zahlstelle Oldenburg, Castien-Bielefeld, Schreibmeister-Rosenheim, Zahlstelle Zuffenhausen; ferner zwei „Eingefandt“ über die Lage der Maschinenarbeiter in Hamburg respektive Stuttgart und Korrespondenzen aus Flensburg und Glashütte.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (G. S. 8 in Hamburg). Einnahme im März: Überschüsse fanden ein: Weisensee 500 Mk., Berlin H 400, Zeitz 385, Schleißheim, Bitterfeld, Neu-Zsenburg je 300, Moosburg 204,02, Biberach, Gitorf, Duisburg, Gonsenheim je 200, Bückau, Bruchsal, Friedenau, Camberg, Dresden-N. je 150, Beiertheim, Tharandt, Pöbner, Odesloe, Schwarza, Hameln, Sangerhausen, Bbbau, Werfberg, Gotha, Cosmannsdorf, Rabenau je 100, Guben, Helbra je 80, Botnang, Großhain je 60, Bombach, Weilburg je 50 Mk.

Ausgabe im März: Zuschüsse erhielten: Nürnberg 1700 Mk., Offenbach 1600, Berlin E 1400, Berlin F, Berlin G je 1000, Wundensheim 900, Berlin J, Rixdorf, München I je 800, Berlin A, Kiel, Förde, Raff, Neckarau je 600, München III, Jülich, Cassel, Altenburg, Söckst, Essen je 500, Frankfurt a. M., Stuttgart, Breslau, Würzburg I, Freiburg i. B., Chemnitz, Bamberg, Lindenau, Mannheim, Erlangen je 400, Worms, Heidelberg, Kassel, Heddesheim, Frankenthal, Feudenheim, Augsburg, Schweiningen, Auit, Pantom, Brandenburg, München II je 300, Bielefeld, Vahr je 250, Lübeck 280, Wiesbaden, Bunsau je 250, Brix, Hoppes, Bendorf, Welsch-neureuth, M.-Glabbach, Gevelsberg, Ogersheim, Erlangen, Neu-Zsenburg, Oppau, Lichtenberg, Durlach, Siegburg, Wülheim a. Ruhr, Alzenau, Heuditz, Emmerich, Deuth, Hermsdorf, Bücheberg, B.-Glabbach, Haibach, Flensburg, Wombach, Hornberg, Rohracker, Nied, Wülheim a. Rhein, Coblenz, Schw. Gmünd, Diebichenstein, Gelsenkirchen, Förde, Schweenau, Fürstenwalde, Berghofen, Witten, Cannstatt, Carlshofen, Pfungstadt, Kniekingen, Gölthal, Lindenthal, Müdigheim, Meiderich, Gürth, Bürgel, Kofthelm je 200, Haibach, Herdecke, Soffenheim, Feuerbach, Rintheim, Ober-rad, Griesheim, Heidingfeld, Mandersacker, Boll, Bettenshausen, Lampertheim, Schöneberg, Wehlheiden, Diegnitz, Baumshulenberg, Wickendorf, Neuenbürg, Wapreuth, Jonn, Elmstein, Jagen, Neuschönefeld, Rehrenbach je 150, Grehen 120, Wünnen 175, Pritzwalk 130, Gotha, Dschab, Rheingönheim, Driefen, Detmold, Rheindt, Camberg, Bruchlöbel, Reutlingen, Wacknang, Friedrichsdorf, Schmölln, Wüdingen, Gleibitz, Muthlangen, Tiegenshof, Ladenburg, Garburg, Herdecke, Dammstadt, Konstant, Volkstätt, Sidorf, Sindslingen, Rddersheim, Westhofen, Heuchelheim, Cottbus, Hamburg II, Aterfen, Arnstadt, Förderfeld, Bonames, Jennes, Wiltter, Kreschau, Weisensele, Fierlohn, Rath-Heumrad, Breitenbach, Hochstadt, Gesehen, Mochau, Röhrenbroda, Soden, Schmölln, Frackenburg, Coburg, Schleißheim, Lorsch, Zuffenhausen, Wäblershausen, Görlitz, Finthen, Rothenburg, Fechenheim, Fechenhausen, Edingen, Lambrecht, Harleshausen, Böhlitz-Ghrenberg, Neuhäusen, Königsberg, Stötterich, Gr.-Süder, Sudentburg, Fellbach, Neue Neustadt je 100, Kempfen, Bremerhaven je 90, Unterhaußen, Weiterstadt, Benschheim, Oberbettingen je 80, Döbeln 75, Raichen, Neuhäusel, Friedberg, Grefeld, Brenzlau je 60, Rothenditmoib, Jena, Unterböbzig, Unterböbzingen, Wilhelmshäusen, Bürrig, Winkwitz, Teuchern, Wilhelmshäusen, Rosenheim, Freiberg, Seckenheim, Scharnhäusen, Dausen, Sobel, Neu-Lußheim je 50, Pasewalk, Sellern je 40.

Anzeigen.

Basel. Section des Schweiz. Holzarbeiterverbandes.
Anzeige über den Arbeitsnachweis der Holzarbeiter...

Karl Meyers
Abolf Ludwig
Diesedorf Klein
Felix Schludermann
Julius Michalich
Zahlstelle Saarbrücken.

Ein guter Feiler bei gutem Lohn und
dauernder Beschäftigung gesucht.
Gebrüder Marschall
Süddeutsche Stockfabrik :: Mannheim.

Korbmacher sucht
Fritz Nöltehe, Carow
Station Caderschleuse, Bezirk Magdeburg.
2 Korbmacher, einen auf grün Geschlagen
und Rohr, einen auf Mattarbeit und grün
Geschlagen, stellt sofort ein. Uter Lohn.

Ein tüchtiger Korbmacher wird auf Groß-
geschlagenes, meistens Reife- und Waschkörbe,
für dauernd bei gut lohnender Arbeit für
sofort gesucht.
H. Mühlberg, Wittweiba.

Sichere Existenzen
Bietet sich tüchtigen Schreiner durch
Übernahme einer nur infolge Krankheit
des Besitzers verkäuflichen Bau- und
Möbelschreinerei, bestehend in kom-
fortablem Haus, Garten, Lager- und
Werkplatz. Preis 18000 Mk., An-
zahlung 4-6000 Mk. Restefaktant,
denen es um ein wirklich gutes Ge-
schäft zu tun ist, erhalten kostenfrei
Ankunft durch: Finanz-Kontor
Viktor Jaekle, Stuttgart,
Bank- und Hypothekengeschäft,
Charlottenstraße 6 a l.

Hobelbänke
für Tischler, Stellmacher u. Bildhauer offer-
rieren billig. Werkzeugfabrik m. Dampftrieb
Gebr. Haase, G.m.b.H., Liegnitz, Schles.
Katalog gratis. Vertreter gesucht.

Technische : :
Lehranstalt
für Fern- und Korrespondenzunterricht in
Bau-, Kunst- und Möbelschneiderei, Zimmerer-
gewerbe u. Hochbau. Ausbildung zum Werk-
führer, Zeichner, technischen Beamten,
Polier und Baumeister ohne Berufsstörung.
WIEN I, Naglergasse 10.
Solidaritäts-Bleistifte u. Massstäbe
von Jean Blos, Stein-Nürnberg.

Für Schreiner!
Neu mod. Möbelw., ca. 60 Zim. m. 800 Skizz.,
1-10 farb. Räumungshalb. f. 3 Mk. abzugeb.
Paul Noack, Düsseldorf, Heimstr. 22.
Viele 1000.
verdanken ihr ausgezeichnetes Wissen und Können,
ihre sichere einträgliche Lebensstellung einzig
dem Studium der weitbekannten Selbstunterrichts-
werke System Karnack-Hachfeld. Von der
Bauschreinerschule, Kunst- und
Möbelschreinerschule, Zimmer-
meisterschule, Polierschule,
Holzbildhauerschule liefern wir Pros-
spekte und Anerkennungs schreiben gratis und
franko. Ansichtsendungen bereitwilligst.
Bonness & Hachfeld - Potsdam-R. 1.

Suche auf sofort zwei tüchtige Schreiner-
gesellen für Bau- und Möbelschneiderei.
Heinr. Mollmeier, Mechanische Bau-
u. Möbelschreinerei, Wabersloh b. Lippstadt.

3 tüchtige Bau Tischler
Gebr. Brasko, Hoherwerda, Lausitz.
Ein tüchtiger Abputzer findet dauernde
Beschäftigung bei
Rob. Vogel, Pianofortefabrik
Eisenberg (S.-Mtenburg).

Tüchtiger Furnierer
für Sofa- und Ausziehtische gesucht. Dau-
ernde Stellung.
Andr. Stanch, Tischfabrik
Gelsenkirchen.
Mehrere tüchtige Polierer, möglichst auf
Schmöbel geübt, finden sofort dauernde
Arbeit. Lohn ca. 4,40 Mk. in zehn Stunden.
Schubert & Schramm, Möbelfabrik
Hilf an Bodensee, Schweiz.

Ein tüchtiger Vergolbergerhülse (Rahmen-
arbeit) per sofort gesucht. Stundenlohn
45 bis 50 Pf.
Georg Hierling, Vergolderie und
Rahmenfabrik, Bremen, Meinkenstraße 15.
Tüchtige Polierer und Poliererinnen
auf Schildpatt und Zelluloid in dauernde
Arbeit gesucht. Bei zufriedenstellender Leistung
guter Lohn.
Schlager & Best, Rammfabrik
Darmstadt.

Tüchtiger Ausbieger
zum sofortigen Eintritt gesucht.
Bauer & Co., Stockfabrik
Gattersheim bei Frankfurt a. M.

Sachblatt für Holzarbeiter
Kunstgewerbe- und Fachzeitschrift
Her ausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband
Preis pro Jahrgang in geschmackvollem Originalband
gebunden 5 Mark, ungebunden 4 Mark
Der Jahrgang 1907 liegt jetzt vollständig vor und kann von dem
unterzeichneten Verlag gegen Voreinsendung von 5 resp. 4 Mark
nachgezogen werden.
Er enthält mehr denn 550 Abbildungen aus der Praxis des Holz-
arbeiters, darunter Reproduktionen von Arbeiten unserer bedeutendsten
Innenarchitekten, wie Richard Niemerschmid, Bruno Paul, Henry
Van de Velde, Bailie Scott u. a. Ferner gute textliche Beiträge der
ersten kunstgewerblichen Schriftsteller, so Josef Aug. Luz, Hermann
Muthesius, Franz Sammler u. a., und hervorragende fachtechnische
Artikel, so aus der Feder des Architekten und Kunstgewerbeforschers
D. Winkelmüller folgende Arbeiten: Türen, Tore und Windfänge
(mit 109 Abbildungen), Holzdecken (mit 26 Abbildungen), Fußböden
(mit 28 Abbildungen), Wandtäfelungen (mit 30 Abbildungen).
Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen
Der Verlag des Sachblatt für Holzarbeiter
Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Radfahrer-Bund „Solidarität“
Sitz: Offenbach a. M.
Gegründet 1896
Mitgliederzahl 90 000

Der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“, welcher sich über ganz
Deutschland, die Schweiz und einen Teil Oesterreichs erstreckt und die größte rad-
sportliche Organisation ist, bietet seinen Mitgliedern für ein Eintrittsgeld von
60 Pfg. und einem Monatsbeitrag von 20 Pfg. folgendes:
1. Das monatlich zweimal erscheinende Bundesorgan: „Der Arbeiter-
Radfahrer“.
2. Unfall-Unterstützung und zwar im ersten Jahre der Mitgliedschaft 1 Mk.,
im zweiten Jahre 1,25 Mk. und im dritten Jahre 1,50 Mk. pro Tag für die Dauer
von 13 Wochen, für Rad- und Motorrad-Unfälle. Bei Unfällen mit tödlichem
Ausgang 50 Mk., und nach einer einjährigen Mitgliedschaft 100 Mk.
3. Sterbe-Unterstützung nach einer einjährigen Mitgliedschaft an die
Hinterbliebenen 50 Mk.
4. Gewährung von Rechtsschutz, in Fällen, welche für das Radfahrer-
wesen von Bedeutung sind.
5. Zollfreie Ueberschreitung der Grenzen nach allen Ländern für
Rad- und Motorfahrer.
6. Wegkarten für Rad- und Motorfahrer werden an die Bundesvereine
gratis sowie an die Mitglieder zu ermäßigten Preisen abgegeben.
Alle Sportgenossinnen und -genossen, welche unserem Bunde noch fernstehen,
fordern wir auf, sich unserem Bunde als Mitglieder anzuschließen. Tretet ein in
die Reihen eurer Klassengenossen, in den Arbeiter-Radfahrer-
bund „Solidarität“.
Alle Zuschriften resp. Meldungen sind zu richten an die Geschäftsstelle:

Karl Fischer, Offenbach a. M., Bismark-
Strasse 32.

Paul Horn
Politur- und Lack-Fabrik
* Hamburg 23 *
Nach meinem durch
zwei deutsche Reisspatente
geschliffenen neuen Polierverfahren werden die
Poren des Holzes beim Polieren mit spritz-
löslichem Polierpulver (Lackstoffpulver)
gefüllt.
Dadurch wird erreicht
eine sofortige Porenfüllung
man erspart Material, Zeit, Arbeit
erzielt: : :
vermeidet
Beim Polieren wird kein Schellack-Erfatz,
kein Kunstharz, sondern reine, unerschöpfliche
Schellack-Politur verwendet.
Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine
Ermächtigung beim Zupolieren der Poren spritz-
lösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzu-
wenden; ganz gleich, unter welchem Namen
dasselbe angeboten oder gekauft wird.
Zu Versuchen zum Versuch
enthalten:
1. Schellack-Politur-Extrakt zum
Versuch
1. Reisspatent-Politur-Extrakt zum
Versuch
1. Patent-Politur zum Reisspatent
1. allerfeinsten Polituren-Glanz-lack, blond
zum Ausziehen von Kesseln usw.
1. allerfeinsten Kristall-Glanz-lack, blond,
(Schlack, Drehtler, Bildhauerlack)
1. Schellack- und Polieröl, gelblich (No. 1)
1. Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Horn“
1. Dose Porenfüllpulver, gemischte Qualität
„Marmor-Mono“
1. Bismut-Polierpulver, hellgelbbraun
1. Tube Internationallack (Holzlack), blond, 3.
Anklicken schabbarer Holzstellen
1 Stück Korkschleifloch, 120x75x30 mm
zum Ausschneiden 8 Mk.
Preis von
Ich übernehme jede Garantie für die Güte
der Ware und für ein gutes Resultat.
Bei Bestellungen genügt die Angabe:
1 Postkollo zum Versuchspolieren à 8 Mk.
Mein Lehrbuch über das Betzen,
Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in
markiger Schriftsprache fachwissenschaftliche
Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der
Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte
40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis
über 100 Artikel.
Empfohlen und glänzend beurteilt von: Prof.
Dr. Neumann, Berlin, Prof. Dr. Stöckel,
Leipzig, Prof. Dr. Hermann, Wabersloh,
Prof. Rudolf, Hameln-Wien, Direktor Oscar
Strobel, München, Louis Edgar, Andes-Wien
(Gesch. Gewerbe-Museum), L. f. Staatsgewerbe-
schule-Draz, Direktor Jos. Golsmann, München.
Preis M. 1.50. Bei Auftragserteilung wird
der Betrag zurückvergütet.
Werkstattpoliererei.
die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn.
Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle
Männer der Werkstatt, behandelt die Kon-
struktionen, Werkzeuge, das Material und
alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volks-
tümlicher Form. Abonnement: Jährlich
12 Nummern à Mk.